



MAGISTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Magisterarbeit / Title of the Master's Thesis

Politische Partizipation in sozialen Netzwerken

Eine automatisierte Analyse am Beispiel Facebook

verfasst von / submitted by

Tobias Heidenreich, Bakk.phil.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2016 / Vienna 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Magister Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

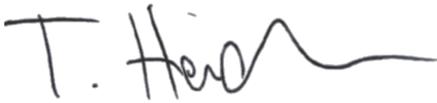
Betreut von / Supervisor:

Univ.Prof. Hajo Boomgaarden, PhD, MA

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, 19. September 2016

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'T. Heidenreich', with a long horizontal flourish extending to the right.

Tobias Heidenreich, Bakk.phil.

Abstract

Facing declining voter turnout and increasing political lethargy, democratic structures slide into a state of crisis. As traditional ways of mass media communication are no longer able to reach every part of society, political players need to integrate further channels into their communication strategies. Digital communication offers the possibility to get in touch with several stakeholders, obtain the basis of legitimacy, and import societal issues and ideas into the political system. Especially, social media such as Facebook provides a convenient and widespread alternative for political discussion and participation from a bottom-up approach.

Much academic debate has focused on the motives of political participation on a user specific level and its capabilities have been evaluated differently. To measure and classify participatory activities on Facebook this paper developed a stage model based on the theoretical framework of political participation research. With reference to existing studies in this field, this thesis focuses on the process of participation. Additionally, it points out how potentials are utilized, what requirements are needed, how they are set and which influence can be used by political Facebook profiles. Such profiles from Germany, Austria and German-speaking parts of Switzerland are the subject of this research. They were allocated to a stratified random sample, which enabled an analysis of coherence with associated political camps. Applying the coding language Python a large amount of data was collected through an automated procedure and assessed by a content analysis in R.

The results underpin the outcome of existing research and show an inconsistent picture of political participation on social network sites. Although, there is a causal link between the activities of political Facebook profiles and the users' participation, in most cases the political participation shows a weak qualitative level and no coherence with political camps is measurable. Nevertheless, there are some interesting findings related to activities by the right-wing camp. The tools to encourage political participation are limited. Status posts with a call to action are not followed by more or qualitatively stronger participatory activities. Solely, the intervention in the comments and subcomments has a slight influence on the political participation.

Abstract

In Zeiten rückläufiger Wahlbeteiligungen und steigender Politikverdrossenheit geraten demokratische Strukturen mehr und mehr in eine Krise. Teile der Bevölkerung können auf traditionellen Wegen nur noch schwer erreicht werden und politische Akteure müssen neue Kanäle in ihre Kommunikationsstrategien integrieren. Onlinevermittelte Kommunikation bietet dabei Möglichkeiten, sich Stakeholdern zu präsentieren, die eigene Legitimationsbasis zu erhalten und Meinungen und Ideen in das politische System zu transportieren. Speziell soziale Netzwerke wie Facebook stellen auch aus bottom-up-Perspektive einen einfachen und weitverbreiteten Weg zur politischen Teilhabe dar.

Die Potentiale dieser Plattformen zur politischen Partizipation werden in der bisherigen wissenschaftlichen Aufarbeitung meist sehr unterschiedlich eingeschätzt und häufig auf nutzerorientierten Ebenen mit Bezug auf deren Motiven betrachtet. Aufbauend auf dem theoretischen Fundament der Partizipationsforschung wurde im Rahmen dieser Studie ein Modell entwickelt, das es ermöglicht politische Partizipation auf Facebook zu kategorisieren und qualitativ einzuschätzen. Die vorliegende Arbeit geht somit der Frage nach, wie die politisch partizipativen Potentiale auf einer Prozessebene genutzt werden und fokussiert dabei auf Voraussetzungen, partizipative Handlungen und Einflussmöglichkeiten. Die Untersuchungsdaten deutschsprachiger politischer Facebook-Profilen wurden einer geschichteten Zufallsstichprobe unterzogen, um die Auswertung nach politischen Lagern zu ermöglichen. Im Zuge eines vollautomatisierten Erhebungsverfahrens, unter Verwendung der Programmiersprache Python, konnte eine große Masse an Daten gewonnen und anschließend in der Statistikumgebung R einer quantitativen Inhaltsanalyse unterworfen werden.

Die Ergebnisse dieser Forschung knüpfen an bestehende Studien nahtlos an und zeichnen ein uneinheitliches Bild politischer Partizipation in sozialen Netzwerken. Zwar lassen sich Verbindungen zwischen der Aktivität politischer Facebook-Profilen und einer Partizipation ausmachen, jedoch ist diese qualitativ meist nur schwach ausgeprägt und nicht mit politischen Ausrichtungen in Verbindung zu bringen. Dennoch zeigen sich, vor allem in Abgrenzung zum rechten Spektrum, einige interessante Auffälligkeiten. Auch die Instrumente der Profile zur Steigerung der politischen Partizipation sind begrenzt. Eine Aufforderung zur Interaktion in den Status-Posts selbst hat keinen Einfluss auf die Teilhabe, lediglich durch eine Moderation der darunter liegenden Kommentarsektion kann in geringem Maße fördernd eingegriffen werden.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| 1. Soziale Netzwerke: Eine Chance für die Demokratie? | 1 |
| 2. Demokratie, Partizipation und soziale Netzwerke | 5 |
| 2.1 Medien und Demokratie | 5 |
| 2.2 Partizipation in der Demokratie | 7 |
| 2.2.1 Deliberative Demokratie | 8 |
| 2.2.2 Partizipation als Legitimationsbasis | 10 |
| 2.3 Political marketing: Politische Akteure in Online-Medien | 11 |
| 2.4 Partizipation in sozialen Netzwerken: The engagement pyramid | 12 |
| 2.5 Politische Partizipation | 14 |
| 2.5.1 Was und warum? | 14 |
| 2.5.2 Im Internet | 17 |
| 2.5.3 In sozialen Netzwerken | 20 |
| 3. Auszug aus bisherigen Forschungen | 26 |
| 3.1 Politische Akteure in sozialen Netzwerken | 27 |
| 3.2 Potentiale politischer Partizipation im Internet | 30 |
| 3.3 Potentiale politischer Partizipation in sozialen Netzwerken | 31 |
| 3.4 Anschluss an den Forschungsstand | 33 |
| 4. Übersetzung des Erkenntnisinteresses | 34 |
| 4.1 Forschungsfragen und Hypothesen | 35 |
| 4.2 Operationalisierung | 40 |
| 5. Methodischer Zugang | 46 |
| 5.1 Fokuswahl | 46 |
| 5.2 Grundgesamtheit, Stichprobe und Feldzugang | 48 |
| 5.3 Untersuchungsdesign: Quantitative Inhaltsanalyse | 51 |
| 5.4 Automatisierte Analyse | 54 |
| 5.4.1 Datenerhebung: Facebook-Scraping mit Python..... | 54 |
| 5.4.2 Datenauswertung: Statistische Analyse mit R | 56 |
| 6. Ergebnisse | 58 |
| 6.1 Beschreibung der erhobenen Daten | 59 |
| 6.2 Auswertung: Hypothesenprüfung | 61 |
| 6.3 Fazit: Abschließende Diskussion der Forschungsfragen | 78 |
| 6.4 Ausblick | 84 |

| | |
|--|------------|
| 7. Literaturverzeichnis..... | 87 |
| 8. Abbildungs- und Tabellenverzeichnis..... | 98 |
| 8.1 Abbildungsverzeichnis..... | 98 |
| 8.2 Tabellenverzeichnis..... | 99 |
| 9. Anhang..... | 100 |
| I. Quellcode Facebook-Scraping-Script..... | 100 |
| II. Codebuch..... | 105 |
| III. Tabellen..... | 106 |

1. Soziale Netzwerke: Eine Chance für die Demokratie?

Die Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern eines Landes an politischen Prozessen gehört zur Grundlage einer demokratischen Gesellschaft und somit dessen staatlich verfassten Prinzipien selbst. Demokratisch konstituierte Systeme legitimieren ihre Staatsgewalt durch Wahlen (Petersen, 2009, S.1) und beziehen somit Einwohnerinnen und Einwohner eines Nationalstaates in die Entscheidungsfindung politischer Fragen mit ein. Wahlen sind jedoch bei weitem nicht die einzige Form politischer Partizipation, jedoch eine, die rückläufige Beteiligungen im deutschsprachigen Raum in den letzten 30 Jahren verzeichnet. Außer der Schweiz, die seit 1979 eine Beteiligung an den Nationalratswahlbeteiligung aufweist, die als konstant angesehen werden kann (Bundesamt für Statistik Schweiz, 2016), sinkt in Deutschland sowie in Österreich die Quote der Personen, die bei regierungsbildenden Wahlen auf Bundesebene ihre Stimme abgeben (Bundeszentrale für politische Bildung Deutschland, 2016; Bundesministerium für Inneres Österreich, 2016). Die Gründe für schwindendes politisches Interesse sind vielfältig und beschäftigen immer wieder die (politik-)wissenschaftliche Forschung. Unzufriedenheit, Desinteresse oder Protest (Kersting, 2014, S.53) münden in einer, auch häufig von Populärmedien thematisierten, Politikverdrossenheit vieler Menschen. Die so festzustellende Gesamtentwicklung lässt einen gefährlichen Trend für demokratische Staatsordnungen ausmachen und ist Anzeichen einer Legitimationskrise (ebd.). Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich vom politischen Geschehen weitgehend abgekoppelt, können ihm nicht mehr folgen oder wollen es schlicht nicht. Die Folgen sind schon heute in weiten Teilen Europas sichtbar: Etablierte (Volks-)Parteien verlieren massiv an Zuspruch, Populismus ist auf dem Vormarsch. Demokratische Strukturen und Prozesse westlicher Gesellschaften lassen „[...] immer deutlicher praktische und durchaus tiefgreifende Defizite in Anbetracht lehrbuchhafter Demokratie-Richtwerte hervortreten“ (Kopper, 2005, S.116).

Stellen neben der inhaltlichen Auseinandersetzung auch Zugänge zu politischer Partizipation eine Barriere dar, wird es für große Teile der Bevölkerung schwer sich eine politische Meinung zu bilden und vor allem diese selbst aktiv zu vertreten. Ein

Strukturwandel zu mehr politischer Partizipation ließe sich folglich als eines der Ziele formulieren, die demokratische Gesellschaften des heutigen Europas anstreben sollten.

Ein Weg zu einem Mehr solcher Partizipation an politischen Prozessen könnte über das Internet führen. Die immer stärkere Vernetzung der Gesellschaft macht es zu einem geeigneten Instrument, das eine Vielzahl von Möglichkeiten der politischen Teilhabe bereithält: Informationen lassen sich innerhalb von Sekunden von beliebigen Orten aus suchen oder bereitstellen, filtern und verarbeiten. Mit der massenhaften Verbreitung des Internets haben sich Prozesse der politischen Partizipation für Empfänger wie auch Absender verändert, vor allem aber vereinfacht und beschleunigt. Mit dem Aufkommen sozialer Netzwerke¹, der Generation des „Web 2.0“, vergrößert sich diese Palette der politischen Partizipation im Internet erneut. Verabredungen zu Versammlungen, Demonstrationen oder Protesten bedürfen nur eines Klicks, die Gruppe zur Unterstützung einer Partei oder Idee ist in Sekunden gegründet, die veröffentlichte politische Meinung nur 140 Zeichen entfernt. So überrascht es nicht, dass neben der konstatierten Rückläufigkeit bestimmter politischer Partizipationsformen, sich verstärkt individualisierte Tendenzen in der Partizipation erkennen lassen, wie sie auch die Internetpartizipation ein Trend darstellt. Die Entwicklung, hin zu individualisierterer Partizipation schreitet in den vergangenen Jahren rasch voran und wird bereits als eine der prägendsten Veränderungen in der politischen Kultur westlicher Gesellschaften ausgemacht (Bennett, 2012, S.37).

Die Möglichkeiten, die soziale Netzwerke mit sich bringen, sind breit gefächert und werden in verschiedensten Ansätzen und Zwecken genutzt. In den USA sind Hashtags zu gesellschaftlichen Problemen wie Polizeigewalt oder Rassismus Symbole ganzer Bewegungen, ihre Verbreitung wird zum Messinstrument landesweiter Empörung. Auch im deutschsprachigen Raum wird diese Art des digitalen Aufschreis immer populärer, Kommentarsektionen der Facebook-Posts von Politikerinnen und Politikern, Tageszeitungen, Organisationen oder Bewegungen mutieren zu politischen Foren und das „Politischsein“ in Internet und sozialen Netzwerken findet verstärkt Gehör in Politik und Medien. Dabei bleibt die Nutzung sozialer Netzwerke als Instrument der politischen Partizipation nicht nur exklusiv auf westliche Demokratien beschränkt. Die leichte Handhabung, der einfache Zugang und die Vernetzungsfähigkeit ermöglichen es Gruppen

¹Mit dem Begriff der „sozialen Netzwerke“ werden im Kontext dieser Arbeit Internetplattformen der sozialen Vernetzung im Zuge des Web 2.0, wie beispielsweise Facebook oder Twitter, verstanden. Die begriffliche Variation dieses Phänomens vereint innerhalb der vorliegenden Untersuchung auch die Worte „social media“ und „soziale Medien“ unter sich.

sich schnell zusammenzuschließen und zu organisieren, was groß angelegte Demonstrationen wie etwa beispielsweise bei den Studentenprotesten in Chile 2010 ermöglicht (Valenzuela, Arriagada & Scherman, 2012). Das demokratische Potential der sozialen Netzwerke trat auch im Zuge des arabischen Frühlings zum Vorschein, als in totalitär geführten Ländern Aufständische Facebook und Twitter nutzten. Neben der Organisation, dienten die Netzwerke, und Facebook im Besonderen, dazu Informationen in Text-, Bild-, Audio- oder Videoform zu verbreiten, was direkten Einfluss auf die Entscheidung einer Protest-Teilnahme auf den Straßen hatte (Tufekci & Wilson, 2012).

Die Beispiele zu politischen Bewegungen und Protesten, deren Partizipation in sozialen Netzwerken beginnt, durch sie unterstützt wird, dort seinen Ausdruck findet oder gar komplett innerhalb dieser Plattformen stattfindet, ließen sich problemlos weiterführen. Sie veranschaulichen das demokratische Potential, das in ihnen steckt und auch in Teilen praktisch umgesetzt wird.

Soziale Netzwerke spielen jedoch bei weitem nicht mehr nur aus einer „bottom-up“-Perspektive eine bedeutende Rolle. Die politische Kommunikation über soziale Netzwerke nimmt auf allen Ebenen zu. So nutzen auch Politikerinnen und Politiker immer stärker die Vielzahl an Kanälen, um Inhalte zu platzieren oder, beispielsweise in Antwort-Frage-Settings, in Austausch mit potentiellen Wählerinnen und Wählern zu treten. So verfügt beispielsweise die deutsche Bundesregierung über Vertretungen in sozialen Medien, aber auch alle größeren deutschsprachigen Parteien sind dort, unter anderem in Form von Twitter-, Facebook- oder YouTube-Account, zu finden. Auf den Plattformen werden aufbereitete Informationen zu politischen Entscheidungen, Parteien und deren inhaltlichen Programmen zur Verfügung gestellt, Wahlkampf betrieben oder politische Statements zur Disposition gestellt. Unterhalb der Ebenen von Regierung oder Partei nutzen auch die einzelnen Politikerinnen und Politiker selbst benannte Plattformen. Dass die politische Debatte dabei keineswegs nur in sachlichen und geordneten Bahnen verläuft, zeigt die seit Sommer 2015 lautstark geführte Debatte um „Hasskommentare“ im Zusammenhang mit politischen Themen innerhalb sozialer Netzwerke. Sie zeigt unter anderem auch welcher Stellenwert den sozialen Netzwerken in der politischen Meinungsbildung, und somit der Partizipation, eingeräumt wird.

Mit den Zugeständnissen einer potentiellen Nutzung sozialer Netzwerke zu politischer Partizipation, kommen aber auch Fragen auf, die sich in der öffentlichen Meinung und im

medialen Diskurs niederschlagen sowie auch in wissenschaftlichem Kontext Behandlung finden. Die Potentiale der Nutzung des Internets zur politischen Partizipation, und im Speziellen die sozialer Netzwerke, wurden dabei bereits früh als Forschungsgegenstand politik- und kommunikationswissenschaftlicher Untersuchungen ausgemacht. Die anfänglich euphorische Bewertung wurde im Laufe weiterer Forschungen abgeschwächt. In den meisten Fällen wurde dabei ein Ansatz gewählt, der stark an Nutzerinnen und Nutzern orientiert ist und auf Motive und Hintergründe oder Erfahrungen in der politischen Partizipation eingeht. Der methodische Zugang über Befragungen stellt dabei geäußerte Meinungen in den Vordergrund und kann, bezogen auf einige Fragestellungen, nur wenig Einblick in die tatsächliche Praxis der politischen Partizipation in sozialen Netzwerken selbst geben. Ein detaillierter Einblick in die bisherigen Forschungen zum Themenkomplex wird in den weiteren Kapiteln folgen.

Die vorliegende Arbeit stößt somit in eine wissenschaftliche Lücke und wählt über den inhaltsanalytischen Zugang einen Ansatz, der aus außenstehender Position in der Lage ist politische Partizipation in sozialen Netzwerken zu beobachten und schließlich auch zu erfassen, dabei aber nicht selbst Teil des Feldes wird oder dieses direkt beeinflusst. Die Forschung trägt somit einen Teil zur Klärung des großen Fragenkomplexes bei, der sich im Zuge der politischen Partizipation in sozialen Netzwerken auftut und fokussiert auf eine tatsächliche Nutzung. Ziel ist es somit, den bisherigen Forschungsergebnissen folgend, die aufgestellte Bewertung der Potentiale sozialer Netzwerke zur politischen Partizipation anhand praktischer Einblicke zu überprüfen und deren Beurteilung gegebenenfalls einen neuen Aspekt hinzuzufügen. Die rahmengebende Forschungsfrage, die übergreifend in dieser Arbeit als roter Faden fungiert, lautet:

Wie werden die Potentiale politischer Partizipation in sozialen Netzwerken genutzt?

Als größtes soziales Netzwerk im deutschsprachigen sowie weltweiten Raum (social media institute, 2016; Social Media Radar Austria, 2016), wird Facebook stellvertretend als Untersuchungsplattform fungieren. Anhand der Profile von Politikerinnen und Politikern im deutschsprachigen Raum wird überprüft, wie der Prozess der politischen Partizipation in Form von Kommentaren, Shares und Likes auf den Posts politischer Profile vollzogen wird.

Eine Darlegung zugrunde liegender theoretischer Konzepte sowie die Entwicklung eines eigenen Modells, das im empirischen Teil dieser Arbeit zur Anwendung gelangt, folgen im nächsten Kapitel. Daraufhin werden wegweisende Entwicklungen im Bereich der (kommunikationswissenschaftlichen) Forschung zur politischen Partizipation dargelegt und ausgehend davon das Erkenntnisinteresse in Forschungsfragen und zugehörige Hypothesen übersetzt. Nach einer hinreichenden Abhandlung der methodischen Vorgangsweise der Forschung folgt schließlich die Behandlung die Darstellung der Ergebnisse, deren Auswertung und ein Fazit, das in einen Ausblick zum Forschungsfeld mündet.

2. Demokratie, Partizipation und soziale Netzwerke

Dieser Arbeit zugrunde liegende Theorien und Ansätze werden in den nächsten Kapiteln angeführt und zum besseren Verständnis der durchgeführten Forschung detailliert dargelegt. Zunächst wird einleitend die Rolle der Medien in einer Demokratie vorgestellt und allgemein deren Anteil an politischer Partizipation dargestellt. Darauf folgt das Modell der deliberativen Demokratie, um Strukturen demokratischer Staatsformen einzubringen und aufzuzeigen, worin die Funktionen partizipativer Handlungen für die Konstitution der Gesellschaft bestehen und welcher Stellenwert ihnen zukommt. Anschließend wird die Bedeutung der Partizipation aus Sicht politischer Akteure und deren Legitimationsbasis dargelegt und die Darstellung politischer Akteure in Online-Medien thematisiert. Partizipatives Verhalten in sozialen Netzwerken sowie verschiedene Formen politischer Partizipation werden daraufhin beschrieben, um eine Verständnisgrundlage für das untersuchte Feld und die darin vorkommenden Handlungen zu schaffen. Abschließend findet eine Behandlung onlinevermittelter Partizipationsformen statt innerhalb derer verwendete beziehungsweise adaptierte Modelle vorgestellt werden.

2.1 Medien und Demokratie

Den Medien, klassischen wie modernen, kommt bei der Partizipation an politischen Prozessen eine tragende Rolle zu. In einer historischen Betrachtung fällt auf, dass vor

allem im Zuge innovativer Entwicklungen in diesem Bereich der Anspruch an das demokratische Potential schon immer hoch war und nach wie vor ist. Mit der Erfindung der Druckerpresse, der flächendeckenden Verbreitung von Zeitungen, dem Aufkommen des Radios, dem Siegeszug des Fernsehens und schließlich auch mit der massenhaften Verbreitung des Internets ging und geht die Hoffnung einher, die politische Partizipation der Bevölkerung zu steigern und das demokratische Prinzip zu stärken (Romano, 2007, S.21).

Medien, im Allgemeinen, verfügen dabei über ein wechselseitiges Verhältnis zum Staat, welcher einerseits Erwartungen an diese formuliert, andererseits aber auch Rechte und Freiheiten einräumt. Die Presse-, Rundfunk- und Filmfreiheit ist im Grundgesetz in Artikel 5, Absatz 1, Satz 2 verankert und Eingriffe darin können nur in seltenen Ausnahmen vorgenommen werden (Dörr, 2012, S.2).

Die Sonderstellung, die Medien zukommt, ergibt sich aus ihrer Funktion für die Demokratie selbst und somit aus den an sie gestellten Erwartungen. Die zugesicherten Freiheiten ermöglichen eine autonome Berichterstattung, die zur freien, individuellen und öffentlichen Meinungsbildung beiträgt. Diese öffentliche Meinung und die so entstehende Meinungsvielfalt gelten als Grundvoraussetzungen einer Demokratie (ebd., S.3). Da ein demokratischer Staat, wie erwähnt als vom Volk beherrscht, mündige Bürgerinnen und Bürger voraussetzt, die umfänglich informiert über die Entwicklung von Staat und Gesellschaft Bescheid wissen, fällt den Medien die Aufgabe der Information zu. Sie sollen die Bevölkerung über Geschehnisse, genau wie Handlungs- und politisch-personelle Alternativen auf dem Laufenden halten (ebd., S.4f). Der Aspekt der Information lässt sich auch unter dem Blickwinkel der Kontrolle betrachten. Da politische Entscheidungsträger im Sinne der Demokratie verantwortlich für ihre Entschlüsse sein sollen (Lively, 1975, S.30), muss eine Transparenz über deren Handlungen bestehen, die Medien durch Informationen an Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Häufig wird in diesem Zuge auch von einer Institutionalisierung der (Massen-)Medien gesprochen, die eine Vermittlungsleistung erbringen und Politik erfahrbarer machen (Marr, 2005, S.78).

Eine Unterscheidung in öffentlich-rechtliche sowie private Medien soll an dieser Stelle, genau wie eine Ausführung zum kulturellen Auftrag der Medien, nicht erfolgen, da eine allgemein gehaltene Beschreibung der Freiheiten und Erwartungen als für diese Arbeit ausreichend angesehen wird. Um an politischen Prozessen partizipieren zu können, stellen Medien also, allgemein formuliert, eine Voraussetzung dar, indem sie

Beurteilungsgrundlagen schaffen, auf Basis derer die Bevölkerung Meinungen bildet und Entscheidungen trifft, die sie in politischer Partizipation umsetzen kann.

Im aktuellen Diskurs zur Rolle der Medien in einer Demokratie können zwei Stränge herauskristallisiert werden. Zum einen ist dies die fortschreitende Digitalisierung und mit ihr neu aufkommende Formen politischer Partizipation. Dieser Themenkomplex wird im weiteren Verlauf der Kapitel zur politischen Partizipation Behandlung finden. Zum anderen betrifft dies den rückläufigen Medienpluralismus und die abnehmende Qualität im Journalismus (Romano, 2007, S.29). Die zunehmende Medienkonzentration, vertikal wie horizontal, schränkt die Vielfältigkeit von Medienangeboten ein und fördert gleichgeartete Informationen, die aus einer Redaktion innerhalb mehrerer Medien gleichen Formats oder auch plattformübergreifend platziert werden. Qualitativ hochwertige Berichterstattung jedoch zählt zu den Grundlagen der Demokratie, da nur anhand wahrheitsgemäß dargestellter politischer Sachlagen ein Willensbildungsprozess einsetzen kann, weshalb hier eine Problematik identifiziert wird.

Im Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der sich Anschuldigungen ausgesetzt sieht, sich immer stärker privaten Sendern ohne jeglichen Sendeauftrag anzunähern, entzündet sich im deutschsprachigen Raum ebenfalls Kritik. Bei qualitativ minderwertiger oder nicht genügender Berichterstattung zu politischen Themen, Persönlichkeiten oder Entscheidungen stellt sich die Frage, ob eine ausreichende Grundlage für die Meinungsbildung geschaffen werden kann. Ein Ausweg und gleichzeitig eine Zukunftsperspektive wird hier auch mit der Integration neuer Technologien in Form digitalisierter Angebote aufgezeigt, um wieder vermehrt unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen erreichen zu können (Dörr, 2012, S.16f).

2.2 Partizipation in der Demokratie

Unter Partizipation, abgeleitet vom lateinischen „participatio“ (Anteil), wird Beteiligung im Sinne von Teilnahme oder Teilhabe verstanden (Schultze, 1998, S.396). Diese Teilhabe an politischen Prozessen und Entscheidungen durch Bürgerinnen und Bürger stellt eine stützende Säule der Demokratie dar (Dahl, 2006, S.23). Sie ist eines der Merkmale, die die Demokratie zu anderen Staatsformen abgrenzt und kann von unterschiedlichen Ebenen aus betrachtet werden. Aus einer bottom-up-Perspektive lässt sich im Modell der deliberativen Demokratie die Rolle politischer Beteiligung von

Bürgerinnen und Bürgern gut aufzeigen und der gesamtgesellschaftliche Nutzen darstellen. Mit Blick auf die politischen Akteure ist das Zustandekommen demokratischer Strukturen zwar ebenfalls relevant, jedoch ist hier auch der Aspekt der Legitimation essentiell.

Die Formen von Individualkommunikation politischer Partizipation lassen sich meist dem Forschungsschwerpunkt der politologischen Partizipationsforschung zurechnen, wohingegen die kommunikationswissenschaftliche Forschung eher auf öffentliche, beispielsweise durch Massenmedien vermittelte, Kommunikation fokussiert (Emmer, 2005, S.56). Die Forschung zur politischen Partizipation gründet dabei auf die Wissenschaftstraditionen der politischen Philosophie und Theorie und findet seine Anfänge bereits in der Antike bei Platon und Aristoteles. Aufgegriffen wird sie ebenfalls in der politischen Soziologie- und Kulturforschung. Die klassische Partizipationsforschung als eigenes Feld entwickelte sich aus der Wahlforschung der 40er Jahre in den USA, die unter anderem von Lazarsfeld betrieben wurde (ebd., S.56f).

2.2.1 Deliberative Demokratie

Der Ansatz der deliberativen Demokratie, als eine sehr verbreitete Demokratietheorie in den Sozialwissenschaften, verdeutlicht den hohen Stellenwert der Teilhabe einzelner Bürgerinnen und Bürger und soll im Rahmen dieser Arbeit die hohe Relevanz politischer Partizipation hervorheben sowie deren Funktion für die Demokratie selbst aufzeigen. Auch stellt die Theorie Voraussetzungen für Teilhabeprozesse auf, die sich in den interaktiven Kommunikationsstrukturen sozialer Netzwerke wiederfinden lassen.

Das Ideal dieses Modells verbindet liberale und republikanische Demokratieansätze und geht ebenso wie diese von der Grundannahme aus, dass eine Demokratie die Herrschaft des Volkes bedeutet und sich somit in einer Rückbindung an Bürgerinnen und Bürger legitimieren muss (Albrecht, 2010, S.35f). Das Modell nimmt an, dass Bürgerinnen und Bürger ihre eigenen Interessen ins Politische einbringen, diese jedoch in einem Deliberationsprozess aufweichen und anhand anderer politischer Überzeugungen beeinflusst werden. Indem sie sich nicht ausschließlich an den eigenen Interessen orientieren, stellen sie diese zur Disposition und schaffen damit im öffentlichen Raum ein politisches Forum, innerhalb dessen gemeinsam kooperativ nach politischen Lösungen

gesucht wird (Meyer, 2009, S.77). Ihre Interessen fließen dabei in das von allen geachtete Gerechtigkeitsprinzip ein, sie müssen also nicht aufgegeben werden, sondern im Sinne einer öffentlichen Argumentation gemeinwohlorientiert adaptiert werden. Mehrheitsentscheidungen und Entschlüsse geraten in diesem Idealbild zu einer Notlösung, die nur zum Einsatz kommt, wenn Bürgerinnen und Bürgern nicht die Gelegenheit und die Mittel einer Verständigung zur Verfügung gestellt bekommen (ebd., S.78). Aus diesem Grund verlangt das Modell der deliberativen Demokratie

„[...] eine öffentliche Kommunikationsstruktur und –kultur, die nicht nur auf die Information über unterschiedliche politische Positionen und Interessen bezogen ist, sondern argumentative Verständigungsprozesse ermöglicht und fördert. Dies erfordert in modernen Gesellschaften ein Mediensystem und eine Medienkultur, in denen die argumentativen Qualitätsmedien dominieren und eine zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit, die in der Lage ist, argumentationsorientierte Diskussionsforen gesellschaftsweit zur Verfügung zu stellen und darüber hinaus die Defizite der medialen Öffentlichkeit aufzufangen und zu kompensieren.“

(Meyer, 2009, S.78)

Dieses Zitat verdeutlicht die kommunikative Konstitution, die in diesem Modell vorherrscht (Albrecht, 2010, S. 36), lässt aber auch Raum für Interpretationen. Neben einer Bereitstellung von politischen Informationen muss eine Verständigung ermöglicht werden, also ein interaktiver Kommunikationsprozess zwischen Bürgerinnen und Bürgern selbst, aber auch als Austausch mit Politikerinnen und Politikern. Öffentlichkeit wird zu einer intermediären Ebene zwischen Staat und Gesellschaft (ebd.), in der Qualitätsmedien eine dominierende Stellung einnehmen müssen, die jedoch im deutschsprachigen Raum aktuell durch einen Rückgang publizistischer Vielfalt, teilweise bedingt durch Konkurse, geschwächt wird (Kersting, 2014, S.55). Ein positiver Trend zeigt sich hingegen bei der Schaffung von Diskussionsforen im Internet, die allen zur Verfügung stehen und wo deliberative Prozesse vonstattengehen (ebd.). Geht man von einer flächendeckenden Durchdringung von Internetzugängen im deutschsprachigen Raum aus, können die Anforderungen an solche Foren - wie bereits erwähnt die Möglichkeit der Interaktion sowie die allgemeine Verfügbarkeit - problemlos auf soziale Netzwerke übertragen werden. Dies verdeutlicht die Relevanz der Behandlung sozialer Netzwerke in einem Kontext politischer Partizipation und gibt erste Eindrücke der Potentiale, die diesen

zugeschrieben und in folgenden Kapiteln anhand vorhandener Literatur aufgearbeitet werden.

2.2.2 Partizipation als Legitimationsbasis

Die bereits in der Einleitung thematisierte politische Unzufriedenheit und die daraus resultierende Krise in der Legitimation politischer Akteure stellen aus top-down-Perspektive eine Problematik dar, die bei ausbleibender Bewältigung diesen Akteuren die Grundlage für ihre Position entzieht. Daraus folgt, dass es in ihrem Sinne, sowie im Sinne des Systems selbst, ist die eigene Legitimationsbasis aufrecht zu halten oder gar zu steigern. Da dies eine Unterstützung der Bevölkerung voraussetzt, muss davon ausgegangen werden, dass eine politische Teilhabe als erwünscht angesehen und somit auch gefördert wird (ebd., S.53). Die Kernkomponente der Legitimation, die Wahl, kann dabei auch im Kontext neuer Medien, konkretisiert im Internet, betrachtet werden. Wahlen sollen frei, geheim und gleich sein, was sich bei einer Verlagerung ins Internet zwar als machbar darstellt und unter Gesichtspunkten der Effektivität und Attraktivität für Bürgerinnen und Bürger als positiv erweist (Meißelbach, 2009, S.114), jedoch im Zuge von Manipulationsmöglichkeiten technischer Weiterentwicklungen bedarf. Auch stellt sich die Frage der Notwendigkeit, da als Fernwahlinstrument bereits die Briefwahl etabliert ist, für deren Ersetzung auf beiden Seiten des politischen Systems nur geringe Motivation besteht (Rogg, 2003, S.165ff). Auch andere neue Beteiligungsformen resultieren aus vorherrschender Unzufriedenheit mit politischen Eliten und Entscheidungen innerhalb der Bevölkerung und dem Wunsch nach mehr Möglichkeiten der Teilhabe.

Der Teilhabeprozess selbst fungiert außerdem als Transportmöglichkeiten von Ideen und Interessen aus der Bevölkerung in den Regierungsapparat. Dieser ist so in der Lage eine angepasste Politik, ausgerichtet auf spezifische Zielgruppen, auszuüben (Kersting, 2014, S.54). Die neuen Formen der Partizipation über Kommunikationstechnologien, wie beispielsweise das Internet, beschleunigen diese Prozesse und ermöglichen es politischen Akteuren schneller auf äußere Eingaben oder Kritik zu reagieren und diese Reaktion durch eben solche Kanäle auch in Echtzeit rückzukoppeln.

2.3 Political marketing: Politische Akteure in Online-Medien

Da die Profile von Politikerinnen und Politikern für diese Untersuchung den Rahmen der politischen Partizipation auf Facebook stellen und somit als Untersuchungsgegenstand fungieren, ist eine grundsätzliche Betrachtung der theoretischen Basis der Darstellung politischer Akteure unumgänglich. Die Gestaltung des, möglichst positiven, Außenauftritts hat in der Politik Tradition und fällt in das Gebiet des political marketings. Dessen Teilbereich, die Darstellung in Online Medien, gewinnt immer mehr an Bedeutung und soll in diesem Kapitel erläutert werden.

Political marketing kann aus verschiedenen Perspektiven betrachtet und somit auch definiert werden und weist keine einheitliche Begriffsauslegung auf. Versucht man eine allgemein gehaltene Erklärung zu finden, eignet sich die Auseinandersetzung verschiedener Definitionen von Ormrod, Hennenberg und O'Shaughnessy (2013), aus der folgender Ansatz stammt.

„Political marketing is a perspective from which to understand phenomena in the political sphere, and an approach that seeks to facilitate political exchanges of value through interactions in the electoral, parliamentary and governmental markets to manage relationships with stakeholders.“

Ormrod et al., 2013, S.16

Die allgemein gehaltene Begriffsklärung zeigt, dass mit political marketing alle Kommunikationsprozesse gemeint sind, die zwischen beteiligten Akteuren stattfinden. Diese können auf politisch institutionalisierter Ebene Politikerinnen und Politiker selbst, Parteien oder Verbände sein, aber auch soziale Bewegungen (Oehmer, 2014, S.14f) oder die einzelnen Bürgerinnen und Bürger, wenn auch meist in eher rezeptiver Rolle sind beteiligt.

Die mediale Außendarstellung politischer Akteure, die innerhalb der Demokratie eine Vermittlungsfunktion zwischen Staat und Gesellschaft einnimmt, unterliegt in den letzten Jahrzehnten vermehrt gesellschaftlichen und politischen, vor allem aber technischen Wandlungsprozessen, die neue Herausforderungen mit sich bringen (ebd., S.13). Zu nennen sind hier Entwicklungen im Bereich der Massenmedien und der

Bedeutungsgewinn von Online-Kommunikation. Infolgedessen müssen politische Akteure neue Instrumente aufnehmen und Onlineaktivitäten wie „[...] die Präsenz in sozialen Netzwerken [...] werden zum integralen Bestandteil von Kommunikationsstrategien“ (ebd., S.14). Insgesamt wird mit dem Aufkommen onlinevermittelter Kommunikation ein deutlicher Trend ausgemacht, der innerhalb des political marketing und der dazugehörigen Forschung rasch an Bedeutung gewonnen hat (Harris & Lock, 2010).

Politikerinnen und Politiker nutzen die Plattformen sozialer Netzwerke mit dem übergreifenden Ziel der politischen Kommunikation, um andere Akteure und potentielle Wählerinnen und Wähler anzusprechen und letztendlich Inhalte an diese zu transportieren. Ein wichtiges Element stellt dabei die einfache Verbreitung von Inhalten durch die Teilungsfunktion und -bereitschaft Anderer dar. Im Gegensatz zu traditionellen Massenmedien werden generell positive Inhalte schneller weitergegeben als negative, auch personalisierte und emotionalisierte Debatten eignen sich, um hohe Reichweiten (Klinger & Svensson, 2014, S.1253) zu erzielen. Weitere Vorteile bergen die Echtzeit-Kommunikation sozialer Netzwerke sowie die dauerhaft verbleibende Verlinkung von Informationen (ebd.).

2.4 Partizipation in sozialen Netzwerken: The engagement pyramid

Partizipation wird oft direkt mit politischer Teilhabe gleichgesetzt, muss aber, vor allem im Kontext der Nutzung sozialer Netzwerke, nicht immer politischer Natur sein. Aus diesem Grund handelt dieses Kapitel von der allgemeinen Partizipation in sozialen Netzwerken und führt mit dem Modell der engagement pyramid ein erstes Stufenmodell ein, das den schrittweisen Aufbau einer Strukturierung politischer Partizipation in sozialen Netzwerken ermöglicht und in Kapitel 2.3.4 erneut aufgegriffen und weiterentwickelt wird.

Die Teilnahme an sozialen Netzwerken beginnt mit dem Registrieren auf der betreffenden Plattform, was den ersten und einzigen Schritt darstellt, den alle Nutzerinnen und Nutzer gleichermaßen vollziehen müssen. Denn ab diesem Moment ist es den Mitgliedern der sozialen Netzwerke freigestellt wie intensiv sie welche bereitgestellten Funktionen in Anspruch nehmen, ob sie eigene Inhalte, in welcher Form auch immer, dort einspeisen

möchten, an anderen Inhalten teilhaben oder auch nur passiv andere Inhalte rezipieren wollen. Ein Systematisierungsansatz dieser Prozesse stammt aus der Marketing Literatur und bringt neben einer strukturierten Darstellung vor allem eine Reihung ins Spiel.

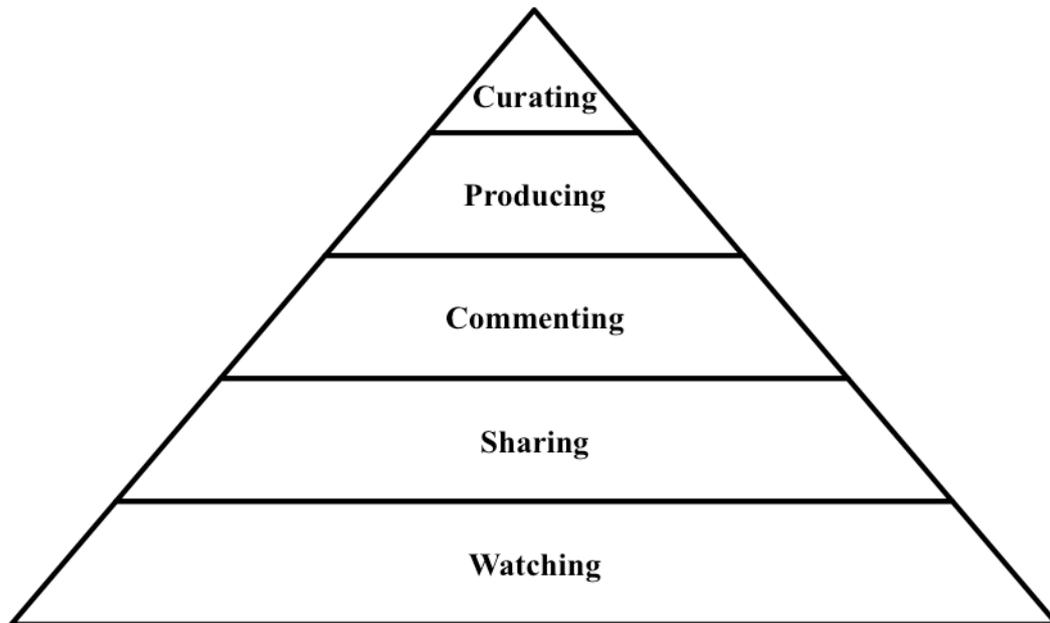


Abbildung 1: Engagement pyramid (Quelle: Li & Owyang, 2010, S.8)

Das Modell der engagement pyramid (Abbildung 1) platziert auf der untersten Stufe das bloße Rezipieren von Inhalten. Das als Watching kategorisierte Aufnehmen von Text-, Video- oder sonstigen Inhalten grenzt sich zu anderen Stufen durch das Fehlen einer reziproken Handlung ab. Als ein klassisches Beispiel für ein soziales Netzwerk mit einem extrem hohen Anteil von Mitgliedern, die nur dem Bereich Watching zugeordnet werden können, gilt YouTube. In der Kategorie Sharing werden Inhalte geteilt, hier handelt es sich beispielsweise um fremde Beiträge innerhalb der sozialen Netzwerke, aber auch die Einbettung externer Informationen. Einen Schritt weiter in der Partizipation geht das Kommentieren (Commenting) anderer Beiträge, gefolgt vom Produzieren (Producing) eigener Inhalte. Die höchste Form der Partizipation wird im Kuratieren (Curating) von Inhalten gesehen, das sich in verschiedenen Formen vollziehen kann. Bezogen auf das in der vorliegenden Arbeit behandelte soziale Netzwerk Facebook kann dies die Moderation einer Diskussion unter eigenen Beiträgen sein oder das Verwalten einer Fan-Page und der dazugehörigen Reaktionen anderer Mitglieder (Li & Owyang, 2010, S.8ff). Die Aufteilung dieses Modells ermöglicht es die Teilnahme an sozialen Netzwerken je nach Nutzungsart zu werten und hilft somit in einem ersten Schritt zu verstehen, welche

Möglichkeiten soziale Netzwerke bieten und wie diese im Hinblick auf Partizipationsintensität hin einzuschätzen sind. Eine genauere Adaptierung, auf die Belange des in dieser Forschung gewählten Netzwerks Facebook zugeschnitten sowie eine Weiterentwicklung in Kombination mit weiteren Modellen erfolgen im Kapitel zur politischen Partizipation in sozialen Netzwerken (2.3.4).

2.5 Politische Partizipation

Um sich von der allgemeinen Partizipation hin zum Themenkomplex der konkreten, politischen und speziell in sozialen Netzwerken stattfindenden Partizipation, zu bewegen, ist es hilfreich eine Auffächerung vorzunehmen. Sie beginnt mit einer Darstellung allgemeiner politischer Partizipation und seiner Formen und beschreibt anschließend die Ausprägungen im Internet. Die spezielle Form der Partizipation in sozialen Netzwerken findet besondere Behandlung, da hier, in Anschluss an den vorgestellten Ansatz der engagement pyramid, ein Modell entwickelt wird, um politische Partizipation in sozialen Netzwerken greif- und messbar zu machen. Die besagte Dreiteilung wird in den folgenden Unterkapiteln vorgenommen, um eine Verständnisgrundlage für die politische Partizipation, wie sie in dieser Arbeit Gebrauch findet, zu schaffen und ein Modell zu entwickeln, auf dem der empirische Teil dieser Arbeit schließlich aufbaut.

2.5.1 Was und warum?

Die Definitionen politischer Partizipation sind im Kontext der empirischen Partizipationsforschung weit gefasst. Einen Auszug der gängigsten Begriffsklärungen in chronologischer Folge findet sich beispielsweise bei Emmer (2005, S.58f). In den Worten von Deths (2009) umfasst politische Partizipation „[...] alle Aktivitäten von Bürgern mit dem Ziel politische Entscheidungen zu beeinflussen“ (ebd., S.141) und bietet den Bürgerinnen und Bürgern weitreichende Entwicklungs- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten. Ein Mangel an Partizipation ist für jede Demokratie destruktiv und folglich aus „top-down“- sowie auch aus „bottom-up“-Perspektive unerwünscht (ebd.). Wie die Definition vermuten lässt, sind die Formen, die politische Partizipation annehmen können, breit gefächert. Die Kategorisierung dieser wurde in der Literatur von verschiedenen Autoren in diversen Gruppierungen und Reihungen vorgenommen, auch

hier bietet Emmers Auszug einen guten Überblick (2005, S.60ff). Die bedeutendste Systematisierung politischer Partizipation wurde von Barnes und Kasse (1975) vorgenommen. Neben einer Unterteilung in konventionelle sowie unkonventionelle Partizipation, finden sie die Unterscheidungsdimensionen Verfasstheit, Legalität und Legitimität. Dieser Einteilung wird unter anderem deshalb ein hoher Stellenwert zugerechnet, da sie innerhalb einer international vergleichenden Studie erarbeitet wurde. Um diesem theoretischen Konzept ein Beispiel zu geben, lassen sich Wahlen als eine konventionelle und verfasste Form kategorisieren, die legal und legitim ist. Als illegal und unverfasst wären beispielsweise Hausbesetzungen anzuführen. Ebenfalls lassen sich Unterscheidungen in repräsentativ-demokratische und direkt-demokratische Handlungen treffen (Schultze, 1998, S.470f). Eine konkrete Aufzählung aller möglichen Ausprägungen der politischen Partizipation könnte nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben und soll deshalb im Rahmen dieser Arbeit auch nicht erfolgen. Eine Darstellung der verschiedenen Ebenen, die innerhalb der politischen Partizipation eine Rolle spielen sowie eine beispielhafte Einordnung von Ausprägungen haben Kubicek, Lippa und Westholm 2009 unternommen.

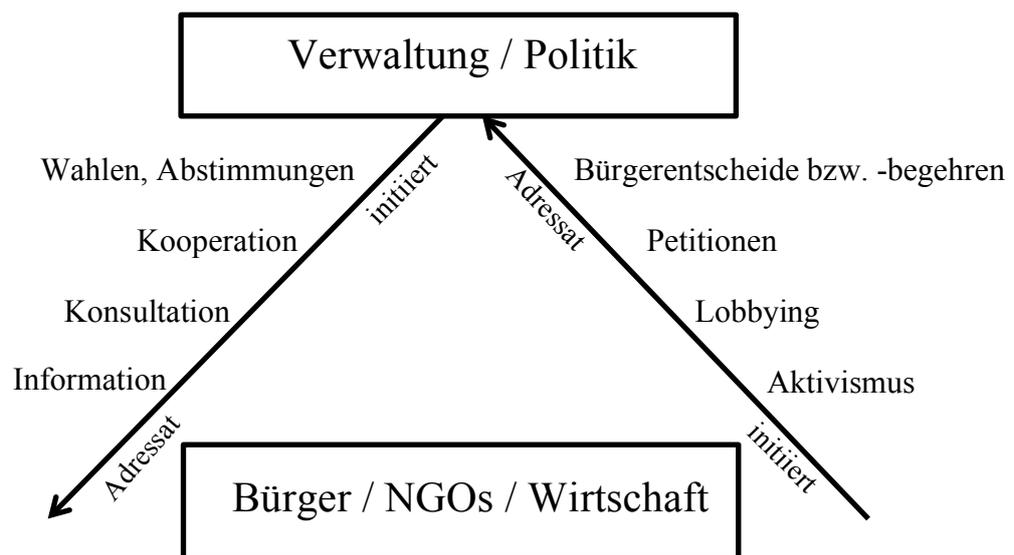


Abbildung 2: Politische Partizipation (Quelle: Kubicek et al., 2009, S.19)

Wie in Abbildung 2 zu sehen ist, unterscheiden sie dabei zwischen zwei Polen: Auf der einen Seite die Bürgerinnen und Bürger, NGOs und die Wirtschaft unten, auf der anderen Seite Verwaltung, beziehungsweise Politik, oben. Der Verlauf kann somit von unten nach oben (bottom-up) oder von oben nach unten (top-down) führen.

Für die vorliegende Untersuchung sind beide Pfade von gesteigertem Interesse. Zum einen die bottom-up-Perspektive, da die politische Partizipation durch Nutzerinnen und Nutzer sozialer Netzwerke diesen Weg beschreibt. Zum anderen zeichnet die Möglichkeit dieser Partizipation, also das bereitgestellte Profil politischer Akteure sowie deren Posts, den entgegengesetzten, nicht-institutionalisierten top-down-Weg. Ordnet man die politische Partizipation der Mitglieder sozialer Netzwerke im Schema von Kubicek et al. ein, befindet man sich im Aktivismus. Beim Kommentieren, Liken oder Teilen von Inhalten in sozialen Netzwerken geht die Initiative von Bürgerinnen und Bürgern aus, jedoch bewegt sich die politische Partizipation hierbei nicht innerhalb eines konstitutionell verfassten Rahmens, wie es beispielsweise Bürgerentscheide oder -begehren tun. Die Initiative geht in diesem Fall direkt von der Bevölkerung und nicht von Organisationen oder Unternehmen aus, steht aber, wie das Modell andeutet, auf einer weiter unten angesiedelten Stufe, was den Eindruck einer geringen Effektivität suggeriert. Eine weiterführende Bewertung der politischen Partizipation in sozialen Netzwerken wird in der Aufarbeitung bestehender Forschungen geschehen.

Da die Motivation der einzelnen Bürgerinnen und Bürger politisch zu partizipieren nicht im Zentrum der vorliegenden Forschungsarbeit steht, soll hier nur ein kurzer Abriss über diese erfolgen. Emmer (2005, S.62ff) beschreibt fünf Modelle, die als Erklärungsansätze dienen und die ebenfalls Untersuchungsgegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen sind. Das Sozialisationsmodell (1) sieht die Sozialisation des Individuums als Motivations-Ursache politischen Handelns, wohingegen das Ressourcenmodell (2) annimmt, dass vorhandene Ressourcen wie beispielsweise Geld ausschlaggebend sind, was die Tatsache stützt, dass vor allem sozial höher gestellte Gruppen politisch aktiv sind. Die Deprivation (3) geht auch von situativen Faktoren aus, die aber nicht unbedingt sozial bedingt sein müssen. Die Motivation politisch zu partizipieren ergibt sich hier zum Beispiel aus Unzufriedenheit. Soziodemographische Faktoren (4) wie das Alter lassen sich ebenfalls in Bezug zur politischen Partizipation setzen, können der Forschung allerdings weniger Fragen nach dem „Warum“ beantworten. In der Theorie rationalen Handelns (5) stehen die Interessen der einzelnen Person im Vordergrund, die rational abwägt welche Entscheidung nach einem Kosten/Nutzen-Verhältnis für sie persönlich am besten ist (ebd.).

2.5.2 Im Internet

Mit der fortschreitenden Digitalisierung gewinnt auch die politische Partizipation innerhalb der Demokratie an Facettenreichtum. Die Erwartungen, positive wie negative, an digitalisierte Medien, und im speziellen an das Internet, sind zahlreich. Auf Ebene der Bürgerinnen und Bürger wird eine Intensivierung von Information, Kommunikation und Partizipation erwartet, jedoch auch eine Fragmentierung, Apathie und digital divide befürchtet (Emmer, 2005, S.13). Auf Makro-Ebene hingegen spielt das Thema der Legitimation, positiv wie negativ, eine große Rolle, neben einer erhofften Demokratisierung durch des Internet werden besonders Aspekte des Datenschutzes und der Überwachung befürchtet (ebd.). Auf Mikro-Ebene sollen in diesem Kapitel die Themen Information, Partizipation, Fragmentierung sowie divide-Themen besprochen werden.

Um Nutzerinnen und Nutzer zu politischer Partizipation im Internet zu befähigen, musste erst eine Entwicklung vollzogen werden, die im Sinne einer Interaktivität die Möglichkeiten bietet an politischen Diskursen teilzunehmen. Denn zu Beginn der breiteren Nutzung des Internets, grob abgegrenzt ab dem Jahr 1994, entwickelte es sich in erster Linie zu einer Art Informationsquelle, die allerdings nur begrenzt eine Nutzerbeteiligung ermöglichte (Stanoveska-Slabeva, 2008, S.14). Doch auch diese Form kann einen direkten Nutzen für demokratische Strukturen aufweisen. Internet-Informationsquellen können zu mehr Transparenz in politischen Prozessen beitragen, indem diese veranschaulicht oder Entscheidungen und Tätigkeiten politischer Akteure offengelegt werden (Caesar, 2012, S.19f). Auch die Zugangsschwelle zu Informationen sinkt durch das Internet und den in ihm bereitgestellten Datenfluten immens. Politische Informationen einzelner Akteure, Parteien oder dem Regierungsapparat selbst sind in großer Anzahl, von Zeit und Ort losgelöst, verfügbar. Dieser Umstand wird jedoch nicht einstimmig als Mehrwert für eine Demokratie gesehen. Auch gibt es die Meinung, dass die große Menge an Informationen es Bürgerinnen und Bürgern erschwert Relevantes von Irrelevantem zu trennen und zwingt somit zu einer eigenen Interpretation ob diese nützlich und wahrheitsgemäß sind. Die Nutzerinnen und Nutzer von Online-Angeboten sind dabei auf ihre eigene Informationskompetenz angewiesen. Da bei diesen Informationen jedoch teilweise nur schwer nachvollziehbar ist woher sie stammen, gestaltet sich der Aufbau einer solchen Kompetenz oftmals als schwierig und so kann

diese ungefilterte Konfrontation die politische Meinungsbildung gar erschweren. Denn im Internet fehlt, abgesehen von der Rezeption offiziell als journalistisch gekennzeichnete Inhalte, der Gate-Keeper, der eine vorselektierende Prüfung auf bestimmte Kriterien vornimmt (ebd., S.35).

Bereits vor dem Aufkommen des Web 2.0, sozialer Netzwerke und Blogs gab es im Internet Möglichkeiten der Teilhabe an politischen Prozessen durch Bürgerinnen und Bürger. Solche Formen der politischen Partizipation im Internet werden allgemein als e-Partizipation verstanden. Diese wird zwar, wie genannt, mit Chancen für die Demokratie verbunden, jedoch sind ebenso Schwächen, wie das soziodemographisch eingegengte Profil von Internetnutzerinnen und -nutzern auszumachen (Eixelsberger, 2012, S.10). Bezogen auf eine allgemeine Internetnutzung können diese Bedenken jedoch immer weiter vernachlässigt werden, da im Alterungsprozess der Gesellschaft Generationen nachrücken, die auch in höherem Alter mit dem Internet vertraut sind sowie junge Menschen, die damit aufwachsen.

Die bottom-up-Perspektive solcher Formen der Internet-Teilhabe ist meist charakterisiert durch das Fehlen von Zugangsbeschränkungen und verfolgt häufig zivilgesellschaftliche Interessen (Caesar, 2012, S.10). Als Beispiel kann das Unterschreiben von e-Petitionen dienen. Diese gelten als relativ populär, da einige Petitionen große Unterstützung über das Netz auf sich vereinigen können. Der Großteil der e-Petitionen bleibt jedoch bei eher überschaubaren Beteiligungszahlen (Voss, 2014, S.17). In der top-down-Sicht geht die Initiative stets von politischen Akteuren aus, die versuchen Bürgerinnen und Bürger in eine Partizipation einzubinden. Beispiele können hier die Mitarbeit in Wikis sowie die Möglichkeiten zu kommentieren oder abzustimmen sein (Caesar, 2012, S.10), auch Formen der Konsultation und Konversation mit Bürgerinnen und Bürgern sind möglich. Die von oben initiierten Angebote im demokratischen Prozess spielen im Vergleich zu bottom-up-Bewegungen jedoch kaum eine Rolle (Meißelbach, 2009, S.111f).

Die Diskussion über das Erreichen von (Teil-)Öffentlichkeiten beziehungsweise deren Bildung hat ebenfalls einen festen Platz im Forschungsfeld der politischen Partizipation im Internet. Die Auslegungen des digital divide sehen eine Bildung von Eliten im Netz sowie ein Ansprechen von lediglich gewissen Teil-Öffentlichkeiten (Leggewie, 2002). So zeigen Untersuchungen, dass vor allem junge und gebildete Gesellschaftsschichten in politischen Diskursen im Internet teilnehmen, die auch bereits außerhalb der Online-

Umgebung politisch interessiert und aktiv sind (Meißelbach, 2009, S.100). Dieser Aspekt wird im Folgenden noch im Zusammenhang mit dem Themenkomplex democratic divide zur Sprache kommen. Neben diesen kritischen Ansichten gibt es in der Diskussion um Teil-Öffentlichkeiten auch positivere Einschätzungen: Die Mobilisierungshypothese geht davon aus, dass über die neuen Distributionswege des Internets bestimmte Teile der Bevölkerung angesprochen werden können, die über andere Kanäle nicht zu erreichen sind (Marr, 2005, S.47ff). Die entsprechende Hypothese, die beide Ansichten vereint, findet sich in der Indifferenzhypothese, die weder eine positive noch eine negative Wirkung auf die politische Beteiligung vermutet (ebd.).

Der Diskussionsstrang zum Phänomen einer gesellschaftlichen Spaltung durch das Internet kann in weitere Bereiche aufgeteilt werden. Die democratic divide beschreibt die Ausdifferenzierung der Personengruppen, die das Internet zu politisch partizipativen Handlungen nutzen und solchen, die das Internet zwar nutzen, jedoch nicht zu diesen Zwecken (Norris, 2001, S.4). Schlüsselfaktoren dafür sind vor allem, wie bereits im Bereich des digital divide, ein grundlegendes politisches Interesse sowie die Auseinandersetzungsfähigkeit mit Online-Anwendungen („Internet-Skills“). Deutlich zeigt sich hier, dass die Überwindung einer Spaltung der Gesellschaft leicht eine nächste folgen kann. Wenn die technologieorientierte digital divide bewältigt werden sollte und alle Bürgerinnen und Bürger gleichsam im Internet aktiv wären, käme es mit der democratic divide zu einer neuerlichen Spaltungsproblematik (Seong-Jae Min, 2010, S.32). Der Aspekt der democratic divide ist auch in der Wissenskluft-Hypothese zu finden (Bonfadelli, 1994, S.65). Sie besteht in der Annahme, dass eine Zunahme an verfügbaren Informationen, wie sie durch das Internet zur Verfügung stehen, nicht dazu führen, dass größere Teile in der Bevölkerung mit Informationen versorgt sind, sondern bestehende Eliten ihren Wissensvorsprung weiter ausbauen und somit gesellschaftliche Differenzen nur weiter wachsen (Marr, 2005, S.77ff).

Weitere Thesen zum Wandel politischer Kommunikation, und somit Partizipation, durch Online-Formate finden sich in der Erosions-, Ausgleichs- und Normalisierungshypothese. Donges (2014, S.49ff) gibt zu den Perspektiven einen Überblick und grobe Bewertung ab. Im Allgemeinen sieht er alle drei als zu plakativ und bisher unzureichend operationalisiert an (ebd., S.59). Erstere Hypothese nimmt eine vollständige oder teilweise Deinstitutionalisierung bisheriger Formen der Politikvermittlung an (ebd., S.50), kann aber von allen drei Perspektiven durch die empirische Forschung bisher am wenigsten

gestützt werden (ebd., S.59). Die Gleichgewichtshypothese besagt, dass neue Formen der politischen Kommunikation von ressourcenschwachen Außenseitern, wie beispielsweise sozialen Bewegungen, genutzt werden, die strukturelle Nachteile durch den Einsatz der kostenschonenden Kommunikationsformen ausgleichen könnten (ebd., S.50). Die dritte und letzte Hypothese beschäftigt sich ebenfalls mit dem Einsatz neuer Kommunikationsformen in der Politik und geht zwar auch von einem kurzfristigen Ausgleich aus, sieht dann aber ein Aufholen etablierter Kräfte in diesem Feld und mittelfristig eine Normalisierung der Verhältnisse innerhalb der politischen Kommunikation (ebd.).

Die in diesem Kapitel besprochenen Themenbereiche innerhalb der politischen Partizipation im Internet zeigen, dass die Bewertung der Potentiale des Internets für die politische Teilhabe unterschiedlich ausfallen und die Auslegung einiger Aspekte differieren. Es kann festgehalten werden, dass die Möglichkeiten des Internets zwar (noch) nicht in Richtung neuer Optionen für strukturelle Chancen zur Stärkung von Demokratie und dem Abbau von Demokratiedefiziten zeigen, jedoch ist in Untersuchungen, die auch in einer noch folgenden Aufarbeitung des Forschungsstandes weiter vertieft werden, ersichtlich, dass ein Schritt in diese Richtung erkennbar scheint.

2.5.3 In sozialen Netzwerken

Die Evolution des Internets hat eine Fülle von Begriffen um neue Phänomene des Netzes mit sich gebracht. So wird die neueste Generation des Internets als Web 2.0 bezeichnet. Es ist gekennzeichnet durch eine aktive Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer, die Inhalte selbst produzieren (user generated content) sowie deren Dialog untereinander – es ist die Generation der sozialen Netzwerke, Blogs und Wikis (Stanoveska-Slabeva, 2008, S.14f). Soziale Netzwerke, auch häufig unter dem Begriff soziale Medien zusammengefasst, sind Online-Angebote, innerhalb deren Profile erstellt werden können, die sich wiederum mit anderen Profilen vernetzen lassen (Boyd & Ellison, 2008, S.211). In diesem Kapitel wird aus einer bottom-up-Sicht ein Überblick über die Facetten der Interaktivität sozialer Netzwerke, und speziell der in dieser Forschung untersuchten Plattform Facebook, gegeben, um ein gemeinsames Verständnis der Funktionen und ihrer Bedeutung für den Prozess der politischen Partizipation zu schaffen. Ausgehend davon

wird das Thema einer gesellschaftlichen Spaltung im Hinblick auf soziale Netzwerke erneut kurz angesprochen. Abschließend wird das bereits vorgestellte Modell der engagement pyramid aufgegriffen und mit den theoretischen Konzepten der Partizipationspyramide und des partizipativen Handelns zu einem Basismodell politischer Partizipation in sozialen Netzwerken weiterentwickelt, das eine Grundlage der Umsetzung der vorliegenden Forschung darstellt und die Messung dieser Aktivitäten ermöglicht.

Für das Phänomen von Facebook, YouTube, Wikis, Twitter, Weblogs und Co lassen sich viele Bezeichnungen finden und verwenden. Soziale Medien (social media im Englischen), oder wie die Verwendung innerhalb dieser Arbeit, soziale Netzwerke, sind die gängigsten. Der Raum, den diese Plattformen einnehmen, irgendwo zwischen massenmedialer und interpersonaler Kommunikation, lässt sich nur schwammig greifen und am besten anhand konkreter Beispiele aufzeigen. Gemeinsamkeiten lassen sich in den Strukturen und einigen Funktionselementen festmachen. Nach einer Anmeldung werden meist persönliche Daten hinterlegt, die es anderen Nutzerinnen und Nutzern ermöglichen dieses Profil ausfindig zu machen, um sich schließlich damit zu vernetzen. Neben direkter Kommunikation zwischen solchen Profilen, die nicht zwingend von einer (Privat-)Person betrieben werden müssen, lassen sich in sozialen Netzwerken vereinfacht Informationen bereitstellen und bearbeiten (Schmidt, 2013, S.11).

Im Fall der für diese Untersuchung genutzten Plattform Facebook steht angemeldeten Personen eine Fülle von Möglichkeiten der Teilnahme an der Community zur Verfügung. Die wichtigsten davon sind das Veröffentlichen von eigenen Texten, Bildern, Audio- und Videodateien (in Form von Status-Posts), das Verbreiten anderer Inhalte (Share) sowie die Anteilnahme an fremden Inhalten durch Liken oder weitere Emotionsbekundungen und das Abgeben von Kommentaren. Außerdem steht eine Reihe von Gruppeninteraktionen zur Verfügung.

Im Kontext bottom-up-initiiertes Partizipation nimmt das soziale Netzwerk eine Sonderstellung ein, da es zwar von Nutzerinnen und Nutzern produzierte Inhalte enthält, mit diesen aber eine kommerzielle Nutzung anstrebt. In gewisser Weise kann in diesem Punkt somit ein Konfliktpotential (Partizipationsparadox) zwischen politischer Partizipation und ökonomischen Interessen gesehen werden (Caesar, 2012, S.11; Schmidt, 2013, S.81), das im Laufe dieser Forschung zwar nicht unerwähnt bleiben soll, jedoch kein Einfluss auf diese Untersuchung angenommen wird.

Wie bereits im vorigen Kapitel deutlich wurde, ermöglicht das Internet zwar einer größeren Bevölkerungsgruppe den Zugang zu potentieller politischer Partizipation, jedoch nutzen Personen, die ohne Internet nicht politisch partizipieren, diese Möglichkeit nur in geringem Maße und vor allem Eliten profitieren durch diese Vereinfachung. Auch soziale Netzwerke erschließen oder schaffen neue Teil-Öffentlichkeiten (Caesar, 2012, S.28f) und können die Umstände gesellschaftlicher Spaltungen nicht abschließend überwinden. Die in der einschlägigen Fachliteratur aufgestellte Normalisierungshypothese besagt, dass die sozialen Netzwerke die bestehende Partizipationsdifferenz nicht schließen können (Ebersbacher, Glaser & Heigl, 2008).

Wie im Verlauf des zweiten Kapitels dieser Arbeit aufgezeigt wurde, ist der Begriff der politischen Partizipation breit gefasst und vor allem für einen ausdifferenzierten Gebrauch wie in sozialen Netzwerken nicht eindeutig besetzt. Um ihn für diese Arbeit besser greifbar machen zu können, wird in Rückgriff auf bestehende Theorien ein Modell ausgearbeitet, das als eine Grundlage für den empirischen Teil dieser Forschung betrachtet werden kann.

An die unter dem Punkt 2.3 eingeführte Thematik der engagement pyramid, die partizipatives Handeln in sozialen Netzwerken aus der Sicht der Marketing Literatur einordnet, schließt mit der Partizipationspyramide zivilgesellschaftlichen Handelns im Social Web von Voss (2014, S.105) ein Modell an, das aus Sicht der Partizipationsforschung erstellt wurde. Es überträgt die Beteiligungsformen auf Medienpraktiken und unterscheidet prinzipiell rezeptives von aktivem Handeln (ebd., S.104). In Reihungsform der Pyramide bilden die rezeptiven Aktivitäten der Partizipation somit das Fundament. Sie bestehen aus informationsbeschaffenden und meinungsbildenden Maßnahmen wie etwa zuschauen, lesen oder zuhören (ebd., S.104f). Die erste Stufe aktiven partizipativen Handelns bildet der sogenannte Clickivismus, der wenig Eigenleistung bedarf und aus simplen Click-Handlungen wie beispielsweise dem Like-Button bei Facebook besteht (ebd., S.105). Darüber befindet sich mit dem politischen Konsumieren und Spenden eine deutlich aktivere Form (ebd.), die nur von zwei weiteren Ebenen übertroffen wird. Dies sind zum einen das Weiterleiten und Netzwerken (ebd., S.105f), das sich im Facebook-Kontext mit den Funktionen des Sharens und der Vernetzung mit anderen Profilen abbilden lässt. Zum anderen kreatives Producership, also die Produktion eigener politischer Inhalte, die auf den entsprechenden Plattformen mit dem eigenen Profil veröffentlicht werden (ebd.). Die Anordnung als

Pyramide ist hier auch deshalb sinnvoll, da die unteren, passiveren Partizipationsformen deutlich stärker genutzt werden als weiter oben angeordnete, aktivere Formen, wie Ergebnisse der empirischen Partizipationsforschung zeigen (ebd., S.104).

Das dritte Modell, das hier aufgegriffen wird, und eine Systematisierung partizipativen Verhaltens vornimmt, stammt aus der partizipativen Medienforschung und wurde von Gebel und Wagner (2014, S.180) entworfen. Es wurde für das partizipative Medienhandeln Jugendlicher entwickelt und ordnet verschiedenen Handlungsformen Partizipationsgrade zu. An unterster Stelle steht die eigene Positionierung, die sich in einer Zuordnung oder Abgrenzung ausdrückt. Darauf folgt ein Einbringen eigener Perspektiven, die entweder nur artikuliert oder aktiv mit anderen ausgetauscht werden. Auf der obersten Ebene der Verwirklichung von Partizipation steht die Aktivierung Anderer. Hier werden andere Personen zum Mitmachen animiert und motiviert (ebd.).

Die drei gewählten Modelle, die aus jeweils unterschiedlichen Forschungskontexten die Realisierung von Partizipation darstellen, zeigen deutliche Gemeinsamkeiten und Ansatzpunkte auf. Angepasst an die Begrifflichkeiten der Plattform und begrenzt auf das gewählte Untersuchungsfeld der Kommentarsektion unter Posts politischer Akteure² wird im Folgenden ein Modell entwickelt, das diese spezifische politische Partizipation in verschiedene Ebenen aufgliedert und diese letztendlich für den empirischen Forschungsteil messbar macht.

²Eine genaue Beschreibung des gewählten Fokus und des Untersuchungsfelds folgt im methodischen Teil dieser Arbeit.

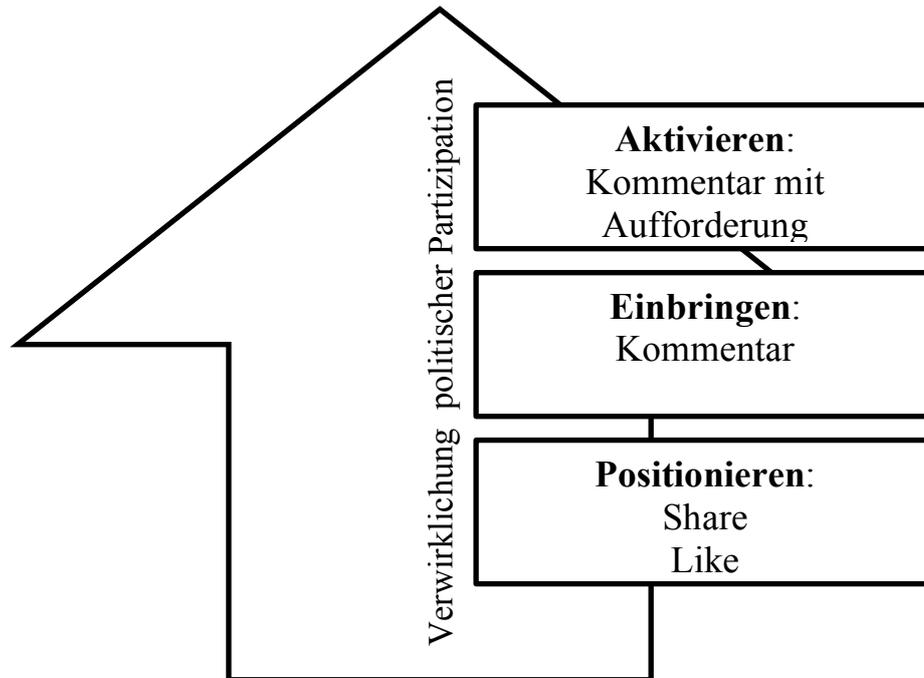


Abbildung 3: Politische Partizipation auf Facebook (Quelle: Eigene Darstellung)

Die Darstellung in Abbildung 3 wurde anhand der vorgestellten Modelle entwickelt und lässt sich unter Bezugnahme dieser erklären. Eine weitere Komponente, die die Argumentation dieses Konzepts der politischen Partizipation auf Facebook stützt, ist die Arbeit zu Online-Vergemeinschaftung und Potentialen politischen Handelns im Internet von Susanne In der Smitten (2007).

Da Aktionen wie beispielsweise das Lesen von Beiträgen im Untersuchungssetting dieser Forschung nicht messbar sind, beginnt das entwickelte Modell mit dem bloßen Liken eines Beitrags als unverbindliche Sympathiebekundung und Positionierung (Gebel & Wagner, 2014, S.180), was als unterste Stufe politischer Partizipation verstanden werden kann (siehe Abbildung 3). Bereits im Modell der Partizipationspyramide von Voss (2014, S.105) ist diese Aktivität unter dem Nenner Clicktivismus zusammengefasst und an unterster Stelle zu finden. Man tritt mit dem politischen Profil in Kontakt, und nimmt dabei – bewusst oder unbewusst – in Kauf, dass alle Facebook-Freunde über das gesetzte Like informiert werden. Nimmt man dabei Bezug auf Theorien wie beispielweise das Opinion-Leader-Modell (Lazarsfeld, Berelson & Gaudet, 1969) kann dies bereits mit einer Wirkung in Verbindung gebracht werden und als aktive politische Partizipation gelten. Auch kann ein Like als Zeichen interpretiert werden, dass etwas zur Kenntnis genommen wurde. Diese Aneignung einer, im Fall dieser Untersuchung politischen,

Information kann zur Erhöhung des eigenen Informationsniveaus dienen und steht beispielsweise auch bei In der Smitten innerhalb eines Stufenmodells zur Charakterisierung politisch nutzbarer Handlungsformen im Internet ganz unten (In der Smitten, 2007, S.77). Innerhalb dieser Ebene des Positionierens wird auch die Funktion des Sharens eines Posts verortet. Zwar ist das Weiterleiten im Modell der Partizipationspyramide (Voss, 2014, S.105) recht weit oben angesiedelt, allerdings wird im Kontext dieser Arbeit angenommen, dass die Schwelle fremde politische Botschaften zu teilen niedriger ist als beispielsweise das Verfassen eigener Inhalte in Form eines Kommentars. Damit wird den Ansätzen der engagement pyramid (Li & Owyang, 2010, S.8) und des partizipativen Medienhandelns gefolgt, die die Aktion des Sharens unterhalb der Aktivität Kommentieren angesiedelt sehen, beziehungsweise das Positionieren vom Einbringen abtrennen, als welches das Prinzip des Sharens nicht verstanden werden kann. Der zweiten Ebene des entwickelten Modells, der Ebene des „Einbringens“, werden Kommentare unter Posts des jeweiligen Profils zugeordnet, die keine Aufforderung zur dialogischen Interaktion enthalten. Zwar ordnen Gebel und Wagner in ihrem Modell einen Austausch der mittleren Stufe zu, allerdings soll zur besseren Abgrenzbarkeit zur letzten Ebene hier nur von einem Einbringen in Form des Ausdrucks der eigenen Meinung ausgegangen werden. Gestützt wird dies durch die Verortung innerhalb der engagement pyramid (ebd.), die das Kommentieren im mittleren Segment reiht, ebenso lassen sich hier erneut Anleihen bei In der Smitten finden. Sie sieht auf der zweiten Stufe ein „zu Wort melden“ der Nutzerinnen und Nutzer, beispielsweise durch einen Kommentar (In der Smitten, 2007, S.77f).

Solche Kommentare, die einen interaktiven Austausch anregen oder in Gang bringen³, lassen sich der dritten Ebene des „Aktivierens“ zuschreiben. Bezogen auf Gebel und Wagner entspricht dies der Motivation Anderer zum Mitmachen und sich engagieren (2014, S.180). Aus In der Smittens Modell lässt sich dies aus der Verwicklung in eine mehrzügige Interaktion ableiten. Hier ist die politische Partizipation am stärksten ausgeprägt, beziehungsweise verwirklicht (2007, S.77f).

³Von Interaktion in Kommentaren soll innerhalb dieser Arbeit die Rede sein, wenn in Form von Fragen an andere Nutzerinnen und Nutzer oder betreffende Politikerin oder Politiker ein Austausch angeregt wird. Dies wird im Zuge der Operationalisierung der Hypothesen näher erläutert.

Im Zuge dieses Modells muss auch berücksichtigt werden, dass sich die einzelnen Ebenen nur teilweise ausschließen. Zwar können Kommentare mit beziehungsweise ohne Aufforderung eindeutig unterschieden werden, jedoch ist es durch Mischformen wie beispielsweise das Liken, Sharen und Kommentieren eines Beitrags möglich, dass es zu einer Addition von Handlungen politischer Partizipation, wie sie hier modelliert wurde, kommt. Wie im Laufe der Beschreibung des Erhebungsverfahrens (siehe Kapitel 5.4.1) ersichtlich wird, ist eine solche additive Form der politischen Partizipation nicht oder nur sehr schwer nachweisbar, da für Likes und Shares keine personenbezogenen Daten mitgesammelt werden. Deshalb soll im Modell, das in dieser Forschungsarbeit adaptiert und eingesetzt wird, jede Handlung separat als politische Partizipation behandelt und in der Auswertung schließlich auch betrachtet werden.

3. Auszug aus bisherigen Forschungen

Die Ausführungen zu theoretischen Konzepten und Modellen im zweiten Kapitel haben grundlegende Begriffe geklärt, die Thematik aufgebaut und deren gesamtgesellschaftliche sowie wissenschaftliche Relevanz begründet. Anhand der herausgearbeiteten Bereiche werden im Folgenden ausgewählte Erkenntnisse bisheriger empirischer Untersuchungen dargestellt, um zum einen genauer aufzudecken in welche wissenschaftliche Lücke diese Arbeit stößt, zum anderen den aktuellen Stand der entsprechenden Forschung darzulegen. Vor allem die Bereiche der Kommunikations- und Politikwissenschaft beschäftigen sich mit den Themen medial vermittelter, politischer Kommunikation beziehungsweise Partizipation und generieren fortlaufend neue Resultate. Besonders das Internet hat dabei als Untersuchungsfeld und -gegenstand inzwischen breiten Einzug in die Empirie gefunden und auch Aspekte des Web 2.0, wie beispielsweise soziale Netzwerke, rücken in der Kommunikationswissenschaft allgemein, aber auch im Zusammenhang mit politischer Partizipation, immer stärker in den Forschungsfokus. Aus diesen Gründen werden zunächst Resultate aus Studien präsentiert, die sich grundlegend mit politischen Akteuren in sozialen Netzwerken beschäftigen. Anschließend werden Ergebnisse von Untersuchungen zu Potentialen politischer Partizipation im Internet, sowie speziell in sozialen Netzwerken, unter die Lupe genommen. Der so dargestellte Forschungsstand soll

lediglich als Ausschnitt verstanden werden und bietet eine überblicksartige Bestandsaufnahme empirischer Arbeiten zum bearbeiteten Themengebiet.

3.1 Politische Akteure in sozialen Netzwerken

Untersuchungen, die die Motive politischer Akteure zur Nutzung sozialer Netzwerke thematisieren, zeigen, dass sich diese sehr vielfältig darstellen. Wie bereits in Kapitel 2.5 dieser Arbeit angeschnitten, liegen sie vor allem im (Echtzeit-)Kontakt mit Wählerinnen und Wählern und in der Verbreitung von Inhalten (Klinger & Svensson, 2014, S.1253). Die Analyse der Facebook-Accounts norwegischer Politikerinnen und Politiker stellt beispielsweise fest, dass es drei Hauptmotive für deren Facebook-Nutzung gibt: Marketing, Mobilisierung und Dialog (Rysgaard nach Sørensen, 2016, S.7). Letzteres, der Austausch mit Nutzerinnen und Nutzern also, ist auch das Hauptmotiv der Facebook-Nutzung dänischer Politikerinnen und Politiker in einer aktuellen Untersuchung (Sørensen, 2016, S.7). Im Kontext einer Untersuchung der Motive von Politikerinnen und Politikern aus der Schweiz wurde vor allem Eigenwerbung als Hauptmotiv erkannt, das sich häufig in direkter Ansprache einer jüngeren Zuhörerschaft mit eigenen Themen niederschlägt (Hoffmann, Suphan & Meckel, 2016).

Vor allem zum zentralen und periodisch stattfindenden Ereignis von Wahlen wird sozialen Netzwerken verstärkt Aufmerksamkeit von Seiten der Politik gewidmet. Dies zeigen mehrere Untersuchungen deutlich. Zu den Landtagswahlen 2011 in Deutschland wurde beispielsweise im Rahmen einer quantitativen Inhaltsanalyse nachgewiesen, dass die Profile vor allem in Bezug auf den anstehenden Wahlkampf verstärkt aktiv wurden und zur Wählermobilisierung dienten (Elter, 2013, S.202ff). Außerdem wird durch die Aktivität auf den Profilen Partizipation und Interaktion zwar gefördert, dies ist jedoch stark am Ereignis der Wahl festzumachen und ein regelmäßiger Dialog mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern, die sich auf den Profilen aktiv zeigen, konnte nicht beobachtet werden (ebd., S.211ff).

Dazu teilweise gegensätzliche Ergebnisse liefert eine Studie, die den Einsatz sozialer Netzwerke durch Angehörige des europäischen Parlaments sowie des deutschen Bundestages untersucht und eine Nutzung auch außerhalb von Wahlkampfzeiten feststellt (Oelsner & Heimrich, 2015). Vor allem Mitglieder kleinerer und liberaler Parteien nutzen die sozialen Netzwerke intensiver und breiter als andere. Eine Interaktivität im Sinne von

Dialogen mit Nutzerinnen und Nutzern kommt allerdings selten zustande, da die Plattformen eher in Form herkömmlicher Medien als Einbahnkommunikationsmittel genutzt werden. Dies führt häufig zu einer geringeren Resonanz bei angesprochenen Nutzerinnen und Nutzern (ebd.).

Ein sehr populärer und gleichzeitig wegweisender Einsatz sozialer Netzwerke politischer Akteure kommt dem Präsidentschaftswahlkampf Barack Obamas im Jahr 2008 zu (Heigl & Hacker, 2010). Die Mobilisierung junger Wähler - über 52% informierten sich zu den Präsidentschaftskandidaten über soziale Netzwerke - verschaffte Obama einen strategischen Vorteil, da er über so eine Wählergruppe erreichte, die sonst nur schwer für politische Wahlbotschaften zugänglich ist. Der Wahlausgang gab dem Demokraten recht und sicherte ihm an die 70% aller Stimmen der unter 25-jährigen amerikanischen Bevölkerung, was den höchsten Wert seit Beginn der Wahltagsbefragungen in den USA markiert (ebd., S.18f). Die Pionierleistung Obamas lag neben dem intensiven Einsatz sozialer Medien vor allem im Aufbau eines eigenen Online-Netzwerks zur Organisation des Wahlkampfes, dem Erreichen von helfenden Kräften und der Wählermobilisierung (ebd., 20ff).

Im deutschsprachigen Kontext liefert eine Analyse zur den Bundestagswahlen 2009 spannende Einblicke in die Nutzung sozialer Netzwerke durch politische Akteure. Mit Hilfe eines gebildeten Social Media Scores, der die aggregierte Nutzung sozialer Netzwerke misst, wurden die Aktivitäten auf diesen Plattformen erhoben. Ergänzend wurden Expertengespräche mit Parteivertretern geführt um den geplanten Auftritt inhaltlich wie auch umfangsmäßig mit der tatsächlichen Nutzung zu vergleichen. Auf Parteebene verzeichnete die CDU/CSU die intensivste Nutzung, wohingegen Bündnis 90/Die Grünen über den Untersuchungszeitraum hinweg den größten Zuwachs an Fans und Followern generieren konnte (Unger, 2012, S.225ff). Im Vergleich zu den Politikerinnen und Politikern selbst zeigt sich, dass die Parteien eine größere Bandbreite an Kanälen nutzen, wohingegen die Einzelpersonen sich auf einige wenige oder gar nur eine Plattform fokussieren. So waren die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten weder mit Profilen auf YouTube, Twitter noch flickR vertreten (ebd.). Insgesamt lässt sich jedoch feststellen, dass alle Akteure bereits in dieser Phase - das Netzwerk Facebook war noch nicht völlig in Deutschland etabliert und mitgliedsschwächer als beispielsweise die Plattform studiVZ - aktiv in sozialen Netzwerken unterwegs waren (ebd.). Auffällig war auch, dass die Aktivitäten der Parteien auf den Plattformen erkennbar weniger wurden,

nachdem die Bundestagswahl beendet war. Zwar wurden die Kanäle weiterhin mit Inhalten bespielt, jedoch in geringerem Ausmaß als während des Wahlkampfs. Ein weiteres Indiz, dass Wahlen als Anlass für Aktivität in sozialen Netzwerken genommen wird, ist beispielsweise der Anstieg dieser im Zusammenhang mit den Landtagswahlen 2010 in Nordrhein-Westfalen (ebd.).

In einer länderübergreifenden und europaweit angelegten Studie zum Einsatz von Social-Media-Anwendungen wird zwar ein insgesamt positiveres Bild gezeichnet, das aufzeigt, dass außer in der Türkei in allen Regierungen Plattformen sozialer Netzwerke zum Einsatz kommen. Allerdings werden die Kanäle hauptsächlich zur Verbreitung von Informationen genutzt und wenig auf dialogische Inhaltsformen gesetzt (Nelke & Sievert, 2014, S.156).

Neben einer geschlechtsorientierten Unterscheidung kann durch eine Untersuchung der Facebook-Posts von Abgeordneten des Neuseeländischen Parlaments eine weitere Ausdifferenzierung nach Partei-Zugehörigkeit vorgenommen werden, die zeigt, dass die Mitglieder der Arbeiter-Partei (Labour) im Untersuchungszeitraum mehr Facebook-Inhalte produzierten als die konservative Mitte-Rechts Partei (National) (Ross, Fountaine & Comrie, 2014). Auch in dieser Untersuchung konnte festgestellt werden, dass mit den Rezipientinnen und Rezipienten der Posts meist nicht in Interaktion, beispielsweise in Form einer dialogischen Auseinandersetzung in der Kommentarspalte, getreten wurde und der Kanal Facebook somit eher als monologe Form der Informationsverbreitung genutzt wurde (ebd.).

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass der Bereich der sozialen Netzwerke in der Politik zwar wahrgenommen und genutzt wird, jedoch häufig nur punktuell mit großer Aufmerksamkeit bedacht wird und so Potentiale weiterhin ungenutzt bleiben. Zu diesem Schluss kommen auch Nelke und Sievert in ihrem Sammelband zur Social-Media-Kommunikation nationaler Regierungen in Europa (Nelke & Sievert, 2104, S.156). In Anbetracht bisheriger Forschungen schließen sie, dass sich die Akteure „[...] der Notwendigkeit digitaler Kommunikationsformen und deren Bedeutung bewusst sind“ (ebd., S.155). Sie sehen es jedoch als fraglich an, ob damit eine tatsächliche Medialisierung der Kommunikation verbunden ist (ebd.).

3.2 Potentiale politischer Partizipation im Internet

Neben traditioneller Nutzung des Internets durch politische Parteien zu Informations- und Wählermobilisierungszwecken lassen sich auch Einflüsse des Internets auf das politische System nachweisen. Bieber (2009) kommt in diesem Zusammenhang zu dem Schluss, dass „Digitale Formen der Kommunikation [...] in alle Bereiche des politischen Lebens Einzug gehalten“ (ebd., S.15) haben.

Das Potential, das internetbasierten Partizipationsformen zugeschrieben wird, wurde zu Beginn der Forschung auf diesem Feld in teils euphorischer Weise positiv eingeschätzt (Emmer & Vowe, 2004; Siedschlag, 2002). Es war als biete das Internet Möglichkeiten, durch stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in politischen Diskussionen, ein „Mehr“ an Demokratie zu bieten (Bosch, 2008, S. 9). Mittlerweile zeigen jedoch immer mehr Ergebnisse, dass diese Einschätzung teilweise relativiert werden muss (Coenen, 2005; Münker, 2009; Schrape, 2010) und viele Ergebnisse empirischer Arbeiten der politischen Partizipation im Internet eher ernüchternde Zeugnisse ausstellen (Meißelbach, 2009, S.121). Dabei zeigt sich häufig, dass die strukturellen Voraussetzungen im Internet zur Stärkung demokratischer Prinzipien und innerhalb derer die politische Partizipation durchaus gegeben sind, deren Ausschöpfung jedoch weit hinter den zugeschriebenen Potentialen zurückbleibt (ebd., S.120f). Genauso gibt es aber auch Stimmen, die das Potential der Partizipationsformen im Internet als noch nicht endgültig und voll ausgeschöpft ansehen (Bieber, 2009, S.15).

Eine weitere Einschätzung der Potentiale des Internets für die politische Partizipation bietet die Betrachtung der teilnehmenden Personengruppen. Hier wird deutlich, dass sich der Ansatz der digital divide im Internet niederschlägt und vor allem höher gebildete Bevölkerungsschichten auf Angebote politischer Partizipation eingehen, in deren Grenzen sich auch die Aussage der Mobilisierungshypothese festmachen und bestätigen lässt (Seifert, 2006). Forschungen zu den Motivationslagen im Internet allgemein zur politischen Partizipation sehen vor allem die Beeinflussung von Regierungsentscheidungen oder dem Mitteilen politischer Ideen an Andere als entscheidende Faktoren (Hoffman, Jones & Young, 2013).

3.3 Potentiale politischer Partizipation in sozialen Netzwerken

Die Beiträge der empirischen Forschung zur politischen Partizipation im Internet haben bereits aufgezeigt, dass vor allem in den USA, wo bereits mit der Wahlkampfforschung frühe Grundsteine für Untersuchungen politischer Kommunikation gelegt wurden, ein wissenschaftlicher Schwerpunkt liegt. Dies setzt sich auch im Bereich der sozialen Netzwerke fort, innerhalb dessen sich erneut die Skepsis gegenüber Informations- und Partizipationsansprüchen der Bevölkerung, gerade im deutschsprachigen Raum, zeigt (Hoecker, 2002, S.44). Dabei können speziell Web 2.0-Anwendungen zur Einbindung größerer Bevölkerungsteile in politische Partizipation dienlich sein. Die vorhandene Literatur unterscheidet zwischen politischen und nicht-politischen Plattforminhalten, wie dies auch in der media-effect-Literatur der Fall ist (unter anderem Shah, Rojas, & Cho, 2009). Durch den Mitwirkcharakter der Internetplattformen können sich Bürgerinnen und Bürger von etablierten Parteimechanismen emanzipieren und politisch partizipieren (Bohnen & Kallmorgen, 2009, S.18ff). Dabei haben Formate wie Facebook in der politischen Partizipation im Internet einen hohen Stellenwert. Auf diesen Vormarsch muss sich auch die Politik einstellen, kann ihn gar zur Stärkung der Demokratie nutzen, denn das Web 2.0 bietet „[...] die Instrumente, Politik und Staat durch neuartig organisierte Mitsprache der Bürger zu legitimieren und Politik- und Demokratieverdrossenheit entgegenzuwirken“ (ebd., S.18).

Die politische Partizipation in sozialen Netzwerken kann verschiedene Formen annehmen und die Effekte der Nutzung dieser sozialen Netzwerke auf die politische Partizipation fallen recht unterschiedlich aus. Es zeigt sich eine Mobilisierung von Nichtwählern, zu der vor allem die Aufforderung von befreundeten Profilen auf sozialen Netzwerken beiträgt (Baek, 2014, S.12ff). Auch werden die Plattformen, und im speziellen Facebook, beispielsweise zum Erhalt oder dem Teilen politischer Informationen, Nachrichten oder Ansichten genutzt (Tufekci & Wilson, 2012). Bei der Mobilisierung von Wählerinnen und Wählern von oben, also der von der Politik ausgehenden, wird mit dem Einzug sozialer Netzwerke vor allem eine Individualisierung verbunden, die von bestehenden Traditionen wie Gruppenidentitäten abrückt (Bennett, 2012). Der große Unterschied zu herkömmlichen Medien manifestiert sich in der Interaktivität der Profile untereinander, die sich eben im Austausch politischer Sachverhalte wie Informationen oder Nachrichten mit Freunden zeigt (Bennett, Wells & Freelon, 2011).

Arbeiten, die in empirischen Untersuchungen politische Partizipation in sozialen Netzwerken erforschen, machen dies ebenfalls häufig an konkreten Ereignissen fest. Eine Studie zur politischen Partizipation auf Facebook in der Praxis beispielweise setzt sich mit den Jugendprotesten in Chile auseinander (Valenzuela et al., 2012). Ist laut Bieber (2009) das Internet über seine „[...] Funktion als Mittel zur politischen Mobilisierung hinausgewachsen“ (ebd., S.15), wird anhand dieses Beispiels der Charakter der Mobilisierung – wenn auch in anderer Form als sie Bieber in seinem Artikel bespricht – aufgezeigt. Die chilenischen Jugendlichen nutzten in ihren Protesten gegen die politische Führung des Landes Facebook verstärkt, um sich zu verbinden und zu informieren, weniger, um sich selbst, beispielsweise in Form von Statusnachrichten, darzustellen (Valenzuela et al., 2012, S.299ff).

In einer amerikanischen Studie konnte ein Einfluss der Nutzung sozialer Netzwerke zur Informationsbeschaffung und -rezeption auf demokratisch erwünschtes Verhalten und Einstellungen nachgewiesen werden. Verhalten im Sinne der Demokratie, das auch die politische Partizipation, online wie offline, umfasst, wird dabei beispielsweise am direkten Kontakt mit Politikerinnen und Politikern oder an politischen Aussagen festgemacht. Hierbei ließ sich ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Nutzung sozialer Netzwerke und der politischen Online-Partizipation nachweisen (Gil De Zúñiga, Jung & Valenzuela 2012, S.324ff). Die Nutzung ist jedoch nicht allein für die politische Partizipation verantwortlich. Dass hier mehrere Variablen eine Rolle spielen, wurde auch in Schweden nachgewiesen: In einer Befragung zum politisch partizipativen Verhalten in sozialen Netzwerken fand man heraus, dass vor allem Personen, die politisch aktiv sind (als Parteimitglied beispielsweise) auch auf Plattformen sozialer Netzwerke mehr politisch partizipieren, „Außenstehende“ jedoch eher passiv bleiben (Gustafsson, 2012, S.1111ff). Dennoch, erkennt Gustafsson in einem weiteren Artikel, ist die politische Partizipation über soziale Netzwerke auf dem Vormarsch und könnte verändern, wie Menschen mit dem politischen System kommunizieren. Dies bedingt seiner meiner Meinung nach jedoch nicht, dass dadurch auch Ungleichheiten in der politischen Partizipation angeglichen werden (Gustafsson & Heide, 2013, S.30ff).

Wenig Einfluss auf das direkte Wahlverhalten diagnostiziert eine weitere amerikanische Studie (Dimitrova & Bystrom, 2013). Diese attestiert keine direkte Wirkung der Nutzung sozialer Netzwerke auf das Wahlverhalten, sondern stellt dies lediglich als einen Faktor in der Wahrnehmung von Kandidatinnen und Kandidaten dar. Signifikante Einflüsse auf das Wahlverhalten haben vor allem externe Effekte wie politische Prädispositionen. Dennoch

wird festgehalten, dass, auch in Berücksichtigung vorangegangener Studien, Wählerinnen und Wähler demokratischer Kandidatinnen oder Kandidaten mehr auf Online-Informationen zurückgriffen als die republikanischer. Insgesamt wird die Aussagekraft der Telefonbefragung jedoch durch die geringe Anzahl teilnehmender Personen begrenzt, die tatsächlich soziale Netzwerke nutzten, was auf das relativ hohe Durchschnittsalter in der Stichprobe zurückzuführen sein könnte (ebd., S.1578).

Speziell das soziale Netzwerk Facebook hat sich in bisherigen Forschungen als ein geeigneter Ort für interaktive politische Kommunikation und politisches Engagement herausgestellt (Vesnic-Alujevic, 2012, S.469), wobei die angestellten Untersuchungen zu recht ähnlichen Ergebnissen kommen, wie bereits dargestellt wurde. So hängt eine politische Nutzung der Plattform oft mit einer einhergehenden politischen Online-Partizipation zusammen (Yang & DeHart, 2016) und es werden vor allem junge (im Alter von 26-35 Jahren) und hochgebildete Personen, die das Internet täglich nutzen, als auf Facebook politisch partizipierend identifiziert (Vesnic-Alujevic, 2012, S.469).

3.4 Anschluss an den Forschungsstand

Insgesamt lässt sich festhalten, dass lange Zeit ein Bedarf an empirischen Arbeiten in diesem Bereich bestand (Audenhove, Lievens & Cammaerts, 2005), der zwar in den vergangenen Jahren vermehrt an Aufmerksamkeit durch die sozialwissenschaftliche Forschung genossen hat, er jedoch auch nach wie vor besteht. Die Befunde zu Potentialen politischer Partizipation im Internet beziehungsweise in sozialen Netzwerken differieren teilweise stark und schätzen die Lage immer wieder auffallend unterschiedlich ein. Die Sichtung des Forschungsstands hat somit bestätigt, dass bestehende Hypothesen im Bereich der Partizipationsforschung einer tiefergehenden Operationalisierung bedürfen (Donges, 2014, S.59) um empirisch konsistent überprüfbar zu werden.

Gerade im Feld der bottom-up-initiierten politischen Partizipation in sozialen Netzwerken sind noch weitere Schritte zu gehen. Viele Arbeiten beschäftigen sich hier mit den Fragen nach dem ‚Wer?‘ und ‚Warum?‘ politischer Kommunikation in sozialen Netzwerken und der Forschungsschwerpunkt bisheriger empirischer Studien liegt somit häufig im Bereich der Nutzungsmotive. Diese nehmen die Sicht politischer Akteure sowie partizipierender

Bürgerinnen und Bürger ein oder ergründen den Einfluss der Netzwerknutzung auf die politische Partizipation. Im Zuge dessen werden gesellschaftliche Fragmentierungsaspekte, wie auch im zweiten Kapitel dieser Arbeit behandelt, thematisiert. Auch auf die Ursachen und Wirkungen der Nutzung sozialer Netzwerke wird auf Mikro- wie Makroebene eingegangen. Ein weiteres Kernelement der Forschung ist der feste Bezug zu Ereignissen, wie beispielsweise Wahlen, und die Verbindung zwischen den Plattform-Aktivitäten und ebendiesen. In der methodischen Herangehensweise fällt auf, dass der nutzerorientierte Ansatz in Form von Befragungen Schwierigkeiten birgt, die sich in theoretischen Modellen wie dem digital divide erklärt finden. Vor allem jüngere Personen weisen eine Nutzung sozialer Netzwerke auf, die höher gebildeten davon sind es in der Regel, die dort dann schließlich politische partizipativ aktiv sind. Aussagekräftige Studien mit repräsentativen Stichproben sind daher nicht leicht zu generieren.

Der Prozess der politischen Partizipation in sozialen Netzwerken selbst wird hingegen selten direkt beleuchtet. Einen Teil zur genaueren Beurteilung der Nutzung der Potentiale sozialer Netzwerke für die politische Partizipation soll deshalb die vorliegende Arbeit leisten. Mit einem Ansatz am wechselseitigen Kommunikationsprozess der Posts der politischen Profile, beziehungsweise der Likes, Shares und (Sub-)Kommentare unterhalb dieser, wird außerdem eine Ausdifferenzierung der Partizipation auf Facebook vorgenommen. Diese trägt zum einen der genaueren Beurteilung der Nutzung der Potentiale bei, zum anderen wird aber auch die Ebene der Politikerinnen und Politiker, beziehungsweise stellvertretend die von ihnen eingesetzten Betreiberinnen und Betreiber der Facebook-Profile, in diese Diskussion miteinbezogen.

4. Übersetzung des Erkenntnisinteresses

Unter Bezugnahme auf die angeführten theoretischen Konzepte und den dargestellten Forschungsstand zum Themenkomplex der politischen Partizipation in sozialen Netzwerken beziehungsweise im Internet werden im Folgenden Fragen formuliert, die das Erkenntnisinteresse dieser Untersuchung übersetzen und in den empirischen Teil überleiten. Ausgehend von diesen werden Hypothesen erstellt, die, wie in den Disziplinen

sozialwissenschaftlicher Fächer üblich als Aussagen mittlerer Reichweite gelten können und somit als probabilistische Hypothesen verstanden werden (Häder, 2015, S.42f). Dies geschieht in der Annahme, dass auf die untersuchten Variablen weitere Faktoren einwirken, die im Rahmen dieser Untersuchung durch den gewählten Zugang und Fokus oder schlicht durch deren Unkenntnis keine Berücksichtigung finden (konnten).

Die zu Beginn dieser Arbeit formulierte erste Forschungsfrage wird hier wiederholt, da sie als Rahmenwerk des empirischen Teils fungiert. Sie lautet:

Wie werden die Potentiale politischer Partizipation in sozialen Netzwerken genutzt?

Dieser übergreifenden Frage werden dabei keinerlei Hypothesen zugeordnet. Sie spiegelt das Erkenntnisinteresse dieser Forschung wider und dient lediglich forschungsleitenden Zwecken.

Die abgeleiteten Hypothesen werden im Zusammenhang ihrer Erwähnung besprochen und im anschließenden Kapitel (4.2) operationalisiert.

4.1 Forschungsfragen und Hypothesen

Vor den jeweiligen Hypothesen werden überstehende Fragen aufgeführt und kurz beschrieben. Die zugehörigen Hypothesen werden entsprechend erläutert und ihre Ableitung aus Theorie und Forschung aufgezeigt.

Forschungsfrage 1: Was sind die Grundlagen der politischen Partizipation auf Facebook und wie werden diese durch Politikerinnen und Politiker deutschsprachiger Länder zur Verfügung gestellt?

Die erste Forschungsfrage fokussiert auf grundlegende Aspekte der politischen Partizipation in sozialen Netzwerken. Neben strukturellen Voraussetzungen für eine Partizipation, wie dem Internetzugang oder einem Facebook-Profil, scheinen Profile, die als Diskussionsforen genutzt werden können, eine strukturelle Bedingung für politische Partizipation darzustellen. Die Frage, wie das Potential, das sozialen Netzwerken zugeschrieben wird, zur Entfaltung gelangen kann, soll anhand der Plattform, die die

politischen Profile den Nutzerinnen und Nutzern zur Verfügung stellen, analysiert werden. Die entsprechenden Hypothesen zur ersten Forschungsfrage lauten:

Hypothese 1.1: Wenn Profile deutschsprachiger Politikerinnen und Politiker viele Status-Posts verfassen, dann ist die politische Partizipation auf diesen Profilen quantitativ ausgeprägter als auf solchen mit wenig Status-Posts.

Hypothese 1.2: Die Profile deutschsprachiger Politikerinnen und Politiker stellen durch stark schwankende oder abnehmende Aktivitäten keine konstante Plattform der politischen Partizipation zur Verfügung.

Die dazugehörigen Hypothesen gehen davon aus, dass die Aktivitäten der politischen Profile in Form von Status-Posts die Plattform für die politische Partizipation der Nutzerinnen und Nutzer darstellen. Hypothese 1.1 untersucht deshalb, als Voraussetzung für die politische Partizipation, einen allgemeinen Zusammenhang zwischen der Anzahl an Aktivitäten der politischen Profile und den Handlungen, die einer politischen Partizipation der Nutzerinnen und Nutzer dort zugerechnet werden kann.

Die weitere Hypothese (1.2) zur ersten Forschungsfrage geht davon aus, dass die Aktivitäten politischer Profile beispielsweise mit bestimmten Ereignissen in Verbindung stehen und somit kein konstantes Forum zur Partizipation bieten. Diese Annahme knüpft am bisherigen Forschungsstand an und bezieht sich auf die Ergebnisse von Untersuchungen politischer Profile. Diese werden vor allem zu Wahlkampfzeiten verstärkt aktiv (Elter, 2013, S.202ff) und fahren die Bespielung dieser Kanäle in der Folge, außerhalb der unmittelbaren Not Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren, stark zurück (Unger, 2012, S.225ff). Diesen Aspekt als Ansatzpunkt der politischen Partizipation in sozialen Netzwerken zu beleuchten erscheint vor allem durch seine voraussetzende Wirkung als wichtig und weist auf die Macht beziehungsweise deren Nutzung durch die Profile hin, die damit eine Art Steuerungsfunktion innehaben.

Forschungsfrage 2: Wie werden die Potentiale der politischen Partizipation in Facebook aus bottom-up-Sicht genutzt?

Dass Facebook ein passender Ort für interaktive politische Kommunikation ist (Vesnic-Alujevic, 2012, S.469), wurde bereits in den angeführten Theorien und anhand der

Ergebnisse empirischer Arbeiten ausführlich dargestellt. Das häufig unterschiedlich bewertete, jedoch unbestritten vorhandene Potential, das sozialen Netzwerken zur politischen Partizipation zugeschrieben wird, kann allerdings nur ausgeschöpft werden, wenn bestimmte Voraussetzungen geschaffen sind (siehe Forschungsfrage 1) und diese Möglichkeiten durch die Bürgerinnen und Bürger angenommen und aktiv genutzt werden. Um zu überprüfen in wie weit das Potential Facebooks ausgereizt wird und es somit weitergehend bewerten zu können, zielt die zweite Forschungsfrage, unter Bezug auf das in vorherigen Kapiteln dieser Arbeit entwickelte, beziehungsweise adaptierte Modell für politisch partizipatives Verhalten in sozialen Netzwerken, auf die Ausreizung des Potentials ab. Anhand der drei Ebenen wird aufgeschlüsselt, wie stark die Möglichkeiten zur politischen Partizipation aus einer bottom-up-Sicht genutzt werden. Die zu dieser Frage gehörenden Hypothesen lauten:

Hypothese 2.1: Qualitativ schwach ausgeprägte Formen der politischen Partizipation stellen die Mehrheit der Reaktionen auf Status-Posts von Profilen deutschsprachiger Politikerinnen und Politiker dar, wohingegen qualitativ höhere Ebenen der politischen Partizipation seltener erreicht werden.

Hypothese 2.2: Wenn Nutzerinnen und Nutzer auf Facebook-Profilen von Politikerinnen und Politikern, die einer als links geltenden Partei angehören, aktiv sind, dann schöpfen sie das politische Partizipationspotential qualitativ stärker aus als Nutzerinnen und Nutzer, die auf Facebook-Profilen von Politikerinnen und Politikern, die einer als im Zentrum oder Rechts stehend, geltenden Partei angehören, aktiv sind.

Diese Hypothesen beziehen sich auf den Prozess der politischen Partizipation in sozialen Netzwerken selbst. Die erste (2.1) geht davon aus, dass die Mehrheit der Reaktionen in Form einer qualitativ schwach ausgeprägten politischen Partizipation vorliegt, was sich mit den inzwischen pessimistischeren Einschätzungen der Potentiale sozialer Netzwerke (Meißelbach, 2009, S.121) deckt. In großen Teilen zeigen auch die bisherigen Forschungen in diesem Feld negative Aussichten, da zwischen den politischen Profilen und den Nutzerinnen und Nutzern nur selten eine Interaktion in Gang kommt (Elter, 2013; Nelke & Sievert, 2014; Ross et al., 2014), die einer höheren Stufe der politischen Partizipation im entwickelten Ebenen-Modell entspräche.

Die zweite zu dieser Forschungsfrage gehörende Hypothese (2.2) fächert die politische Partizipation nach Parteiunterschieden auf und geht davon aus, dass diese auf den Profilen von Politikerinnen und Politikern linker Parteien stärker ausgeprägt ist, als dies bei den Pendanten der Mitte oder rechts davon der Fall ist. Diese Behauptung lässt sich aus dem Forschungsstand ableiten, wenn man die dortigen Ergebnisse systematisiert. Vor allem durch den Vergleich von Parteien in der Forschungsliteratur (Dimitrova & Bystrom, 2013; Oelsner & Heimrich, 2015; Ross et al., 2014; Unger 2012) kann eine Trennung anhand der politischen Linie vorgenommen werden, da diese zeigen, dass weiter links stehende, teilweise arbeiternahe Parteien die sozialen Netzwerke stärker nutzen. Dies legt nahe, dass einer stärkeren Aktivität auf sozialen Netzwerken auch eine höhere politische Partizipation folgt, worauf auch andere Ergebnisse der empirischen Forschung sowie die vorgestellte Theorie hinweisen.

Forschungsfrage 3: Welchen Anteil haben die Profile selbst an der politischen Partizipation der Nutzerinnen und Nutzer in Facebook?

Die dritte und somit letzte Forschungsfrage befasst sich mit der Interaktivität des Prozesses der politischen Partizipation und somit der Rückkopplung durch die Profile selbst. Hier setzt die Frage am aufgebauten Korpus von Theorie und Forschungsstand an, die eine ausgeprägtere Form der politischen Partizipation in sozialen Netzwerken in einer interaktiven Form sehen. Deshalb geht die dritte Forschungsfrage auf interaktive Elemente in Status-Posts, Kommentaren und Subkommentaren der Profile sowie der Nutzerinnen und Nutzer ein.

Hypothese 3.1: Die Betreiberinnen und Betreiber der politischen Profile nutzen in der Ansprache ihrer Status-Posts hauptsächlich Nachfragen.

Hypothese 3.2: In die politische Partizipation der Nutzerinnen und Nutzer wird durch die Betreiberinnen und Betreiber der politischen Profile zum größten Teil durch Nachfragen eingegriffen.

Hypothese 3.3: *Wenn in den Posts der politischen Profile die Nutzerinnen und Nutzer in der Ansprache zu Interaktion angeregt werden, dann ist die politische Partizipation quantitativ stärker ausgeprägt als in Posts ohne Interaktionsaufforderung.*

Hypothese 3.4: *Wenn in den Posts der politischen Profile die Nutzerinnen und Nutzer in der Ansprache zu Interaktion angeregt werden, dann ist die politische Partizipation qualitativ stärker ausgeprägt als in Posts ohne Interaktionsaufforderung.*

Hypothese 3.5: *Wenn innerhalb der Kommentare unterhalb eines Posts ein Eingreifen durch die Betreiberinnen und Betreiber der politischen Profile in die politische Partizipation der Nutzerinnen und Nutzer vorliegt, dann ist diese politische Partizipation quantitativ stärker ausgeprägt als in Posts ohne Eingreifen.*

Hypothese 3.6: *Wenn innerhalb der Kommentare unterhalb eines Posts ein Eingreifen durch die Betreiberinnen und Betreiber der politischen Profile in die politische Partizipation der Nutzerinnen und Nutzer vorliegt, dann ist diese politische Partizipation qualitativ stärker ausgeprägt als in Posts ohne Eingreifen.*

Die sechs Hypothesen der letzten Forschungsfrage hinterfragen die Position der Profile in der politischen Partizipation. Da das Hauptmotiv für Politikerinnen und Politiker in der Nutzung von Facebook, beziehungsweise sozialen Netzwerken allgemein, im Kontakt (Klinger & Svensson, 2014) und Dialog (Rysgaard nach Sørensen, 2016; Sørensen, 2016) mit Nutzerinnen und Nutzern besteht, wird davon ausgegangen, dass die Kommunikation dazu dient, die politische Partizipation zu fördern, indem mit Nutzerinnen und Nutzern interagiert wird. Dies ist auch im Hinblick auf Legitimationsaspekte anzunehmen (Bohnen & Kallmorgen, 2009; Kersting, 2014). Im Zuge der Darstellung theoretischer Aspekte wurde durch die Herleitung des hier eingesetzten Modells deutlich, dass sich vor allem in interaktiven, dialogischen Formen eine stark ausgeprägte politische Partizipation wiederfindet (Kapitel 2.5.3). Diese wird durch die direkte Ansprache und Befragung von Nutzerinnen und Nutzern eingeleitet (Hypothese 3.1, 3.3 und 3.4) und durch das Eingreifen in die Kommentarsektion (Hypothese 3.2, 3.5 und 3.6) fortgeführt. Da dies

dem Prozess der politischen Partizipation zuträglich ist, wird hierbei ein positiver Effekt auf Ausmaß und Qualität der politischen Partizipation vermutet.

Die Hypothesen 3.1 und 3.2 stehen in dieser Reihung leicht isoliert und streben keinen Zusammenhang zweier Variablen an, sondern versuchen eine Klassifizierung der Kommunikation der politischen Profile. Dabei wird, in Rückgriff auf die genannten Aspekte der Motivation und Legitimation, angenommen, dass eine ausgeprägte politische Partizipation erwünscht ist, die vor allem durch interaktive Kommunikation mit Nutzerinnen und Nutzern erreicht werden kann. Es wird deshalb vermutet, dass durch gezielte Nachfragen bereits in der Ansprache versucht wird die politische Partizipation anzukurbeln und andererseits ein Eingreifen vor allem in Form von Nachfragen erfolgt, um die politische Partizipation zu katalysieren.

4.2 Operationalisierung

Die in 4.1 aufgestellten Hypothesen werden zum Zwecke der Überprüfbarkeit im folgenden Kapitel operationalisiert. Die wichtigsten Konstrukte, die im Zuge der Erhebung erfasst werden, müssen dabei näher beschrieben und genauer definiert werden, um eine Messung durchzuführen und somit eine mögliche Falsifizierung der Hypothesen realisierbar zu machen. Aus diesem Grund werden die Hypothesen in Variablen zerlegt und deren Stellung innerhalb der Hypothese identifiziert. Die einzelnen Variablen werden anschließend operationalisiert und mögliche Merkmalsausprägungen offengelegt.

Die erste Hypothese (1.1) untersucht einen allgemeinen Zusammenhang zwischen der Anzahl an Aktivität der politischen Profile und der Anzahl an Handlungen, die als Partizipation der Nutzerinnen und Nutzer laut entwickeltem Modell aus Kapitel 2.5.3 aufgefasst wird. Um festzusetzen was bei Anzahl der Posts als ‚viel‘ gelten soll, wird die Summe aller Posts durch die Anzahl der Profile geteilt. Alles was oberhalb dieses Wertes liegt kann als (1) ‚viele‘ Status-Posts aufgefasst werden, alles darunter als (2) ‚wenige‘. Dies bildet gleichzeitig die dichotome, ordinal skalierte, unabhängige Variable (UV) der Hypothese 1.1.

Die davon abhängige Variable (AV) der Reaktionen in Form politischer Partizipation kann erneut durch die Festlegung eines solchen Wertes mit Ausprägungen versehen werden. Hierzu werden alle Formen der politischen Partizipation, wie sie im erstellten

Modell erfasst wurden, aufsummiert und ebenfalls durch die Anzahl der Profile geteilt um einen durchschnittlichen Wert zu erhalten. Alle Profile, deren Anzahl politisch partizipativer Handlungen darüber liegt, werden Ausprägung 1 („viel“) zugeordnet, alle darunter liegenden der Ausprägung 2 („wenig“). Der angenommene Einfluss besteht darin, dass wenn die UV Ausprägung 1 annimmt, auch die AV dies tut.

Die zweite Hypothese zur ersten Forschungsfrage (1.2) beschreibt eine einfache Aussage und geht davon aus, dass es starke Schwankungen oder eine Abnahme in den Aktivitäten der politischen Profile auf Facebook gibt und somit keine konstant gleichbleibende Plattform für eine politische Partizipation der Nutzerinnen und Nutzer geboten wird. Um dies zu überprüfen, muss die Häufigkeit der, im Zuge der Erhebung ebenfalls ermittelten, Zeiten der Profil-Posts betrachtet werden. Da die Zeit hier die unabhängige Variable einnimmt, spricht man von einer Trendhypothese (Paier, 2010, S.15). Die Überprüfung soll für die vergangenen drei Jahre (ab 1. September 2013) erfolgen, den Aktivitätsverlauf der Gesamtheit der politischen Profile aufzeigen und eruieren ob dieser starken Schwankungen nach unten oder einer steten Abnahme unterliegt. So können Zeiten identifiziert werden, in denen die Profile aktiver sind sowie Stärke dieser Aktivitäten insgesamt. Konstant gilt dabei ein Zeitverlauf, der entweder eine in etwa gleichbleibend starke oder eine konstant steigende Aktivität aufweist.

Auch Hypothese 2.1 stellt lediglich eine Aussage auf, die im weiteren Verlauf dieser Arbeit überprüft und gegebenenfalls falsifiziert werden soll. Sie geht davon aus, dass die Mehrheit der Reaktionen auf Status-Posts politischer Profile nur qualitativ schwach ausgeprägt ist. Als Mehrheit wird dabei ein Anteil definiert, der über der Hälfte der Reaktionen entspricht. Hier wird erneut auf das in Kapitel 2.5.3 entwickelte beziehungsweise adaptierte und ausformulierte Modell der politischen Partizipation in sozialen Netzwerken zurückgegriffen (Abbildung 3). Es erlaubt die beschriebenen Möglichkeiten (Likes, Shares, Kommentare) als Indikatoren des latenten Konstrukts „politische Partizipation“ zu erfassen und mehreren Ebenen zuzuordnen, was sie somit als verschieden starke Ausprägungen solcher auffasst. Wie im Modell beschrieben, gilt die unterste Ebene (Likes und Shares) als schwache Partizipation. Die mittlere sowie die oberste Ebene stellen eine qualitativ höher ausgeprägte Nutzung des partizipativen Potentials dar. Messfähig übersetzt bedeutet dies, dass Likes und Shares der (3) schwächsten Ausprägung der Variable zugehörig sind. Kommentare ohne Nachfrage

beschreiben (2) die mittlere Ebene des Modells und somit auch eine mittlere politische Partizipation und Kommentare mit Nachfragen, endend auf einem Fragezeichen, sind als (3) oberste Ebene des Modells und qualitativ stärkste Form der politischen Partizipation zu verstehen.

Die zweite Hypothese (2.2), die im Anschluss an die zweite Forschungsfrage aufgestellt wurde, ist als Wenn-Dann-Hypothese formuliert, strebt einen Vergleich unterschiedlicher Gruppen an und ist eine Kausalhypothese (ebd., S.13). Die unabhängige, nominal skalierte Variable beschreibt dabei die Parteizugehörigkeit des Profils auf dem Nutzerinnen und Nutzer partizipieren. Eine Ausdifferenzierung nach einzelnen Parteien im deutschsprachigen Raum und somit in drei unterschiedlichen Ländern ist, trotz einiger Überschneidungsmengen an Ausrichtungen und Inhalten, nur schwer realisier- und aus Theorie und Forschung ableitbar. Deshalb wurden die Parteien, denen die Politikerinnen und Politiker der untersuchten Profile angehören, vorab in drei Kategorien unterteilt, deren Einfluss aus bisherigen Erkenntnissen gesichert und argumentierbar ist und in Kapitel 4.1 bei der entsprechenden Hypothese vorgenommen wurde. Konkret handelt es sich hierbei um die Ausrichtung politischer Lager, die in (1) Links, (2) Mitte und (3) Rechts kategorisiert wurden, was gleichzeitig die Ausprägungen der somit polytomen UV beschreibt und sich wie folgt aufteilt:

Tabelle 1: Parteien Kategorisierung

| | Politisches Lager | | | |
|-------------|------------------------------|-------------------------------|-----------------------------|-------------------------------|
| | Links | Mitte | Rechts | Insgesamt |
| Deutschland | 3 Parteien 331 Mitglieder | 1 Partei 319 Mitglieder | 0 Parteien 0 Mitglieder | 4 Parteien 650 Mitglieder |
| Österreich | 2 Parteien 76 Mitglieder | 3 Parteien 65 Mitglieder | 1 Partei 38 Mitglieder | 6 Parteien 179 Mitglieder |
| Schweiz | 2 Parteien 40 Mitglieder | 6 Parteien 60 Mitglieder | 1 Partei 57 Mitglieder | 9 Parteien 157 Mitglieder |
| Insgesamt | 7 Parteien 447 Mitglieder | 10 Parteien 444 Mitglieder | 2 Parteien 95 Mitglieder | 19 Parteien 986 Mitglieder |

In Tabelle 1 zeigt sich die mengenmäßige Zuordnung der Parteien und den sich daraus ergebenden Mitgliedern mit Sitz in den Parlamenten. Diese speist sich teilweise aus der

historischen Betrachtung und Entstehung einiger Parteien (Brändle, 1999), aus bereits vorhandenen, wissenschaftlichen Kategorisierungen (Linhart & Shikano, 2007; Niedermayer, 2008; Pelinka & Rosenberger, 2007; Westle, 2012) und unter Berücksichtigung der Selbst- wie Fremduordnung der Parteien selbst (Online-Auftritte der Parteien, Grundsatzprogramme, journalistische Artikel). Eine Tabelle mit der genauen Aufschlüsselung der einzelnen Parteien zu politischen Richtungen befindet sich im Anhang dieser Arbeit (Tabelle 9), nähere Informationen zur Grundgesamtheit folgen in Kapitel 5.2. Bei dieser Kategorisierung wurden nur deutschsprachige Parteien berücksichtigt, was einige, wenige Schweizer Politikerinnen und Politiker ausschließt. Eine Begründung der deutschsprachigen Fokuswahl und der damit zusammenhängenden Exklusion einiger Personen folgt ebenfalls im weiteren Verlauf dieser Arbeit (Kapitel 5.1).

Die abhängige Variable ist die Ausprägung der politischen Partizipation, wobei Bezug auf die im entwickelten Modell kategorisierten Ebenen genommen wird, wie sie bereits in Hypothese 1.1 operationalisiert wurden. Sie ist ordinal skaliert, da sich die Ausprägungen, die in Form der einzelnen Modellebenen vorhanden sind, in eine sachlogische Rangfolge bringen lassen (Brosius & Koschel, 2005, S.36f). Die Ausprägungen können somit (1) die unterste Ebene, (2) die mittlere oder (3) die oberste Ebene annehmen. Die Hypothese 2.2 geht davon aus, dass wenn die AV in Ausprägung 1 auftritt, die UV die Ausprägung 3 annimmt.

Die Hypothesen 3.1 und 3.2 stellen das Verhalten der politischen Profile in den Vordergrund und untersuchen, inwieweit fördernde Maßnahmen unternommen werden, die die politische Partizipation der Nutzerinnen und Nutzer katalysiert.

In der ersten der beiden Aussagen wird davon ausgegangen, dass die politischen Profile ihre Status-Posts dazu nutzen, eine politische Partizipation in Gang zu bringen und diese mit einem Interaktionsaufruf starten. Dies ist messbar indem die Häufigkeiten der Status-Posts mit einem direkten Interaktionsaufruf, symbolisiert durch eine Nachfrage und gemessen durch das Interpunktionszeichen ‚?‘, mit der der Status-Posts ohne einen solchen Interaktionsaufruf verglichen wird.

Ähnlich kann bei Hypothese 3.2 vorgegangen werden. Diese geht von einem Eingreifen in die politische Partizipation der Nutzerinnen und Nutzer in der Kommentarsektion der Status-Posts aus, das ebenfalls durch Interaktionsaufrufe versucht die politische Partizipation zu fördern. Hier können die Kommentare und Subkommentare, verfasst

durch die untersuchten politischen Profile selbst, untersucht werden. Wiederum kann ein Vergleich der Häufigkeiten der Textinhalte mit Interaktionsaufruf (erneut in Form einer Nachfrage und somit einem Fragezeichen) mit denen ohne einen solchen Aufruf erfolgen.

Die weiteren Hypothesen der dritten Forschungsfrage (3.3 bis 3.6) gehen intensiver auf die bereits angeschnittene Thematik der Inhalte der Posts und Eingriffskommentare der Profile ein und betrachten deren Einfluss auf die politische Partizipation.

Die Wenn-Dann-Hypothese 3.3 weist eine nominal skalierte, unabhängige Variable aus, dessen Ausprägungen sich aus den Inhalten der Status-Posts ergeben und bereits in 3.1 angeschnitten wurden. Da es sich um eine dichotome Variable handelt, sind nur zwei Ausprägungen vorhanden. Sie kann gemessen werden, indem man die Posts der politischen Profile betrachtet und unterscheidet zwischen einer (1) „Ansprache mit Interaktionsaufruf“ und einer (2) „Ansprache ohne Interaktionsaufruf beziehungsweise keiner Ansprache“ (dies ist möglich wenn beispielsweise nur Fotos oder Videos ohne Textinhalte gepostet werden). Mithilfe einer Suchanfrage werden die Posts auf ein Fragezeichen hin überprüft, das eine an die Nutzerschaft gerichtete Frage, die als Interaktionsaufruf interpretiert wird, darstellt. Die abhängige, ordinal skalierte Variable bezieht sich erneut auf die politische Partizipation und wurde bereits für die Hypothese 1.1 operationalisiert. Der einzige Unterschied liegt darin, dass der zu berechnende Mittelwert, der die Ausprägungen in (1) ‚viel‘ und (2) ‚wenig‘ politische Partizipation unterteilt, nicht unter Anwendung der Anzahl der Profile errechnet wird, sondern die Summe aller politisch partizipativen Handlungen durch die aller Status-Posts geteilt werden muss. Die angenommene Wirkung der UV in Ausprägung 1 löst in der AV eine hohe politische Partizipation und somit ebenfalls Ausprägung 1 aus.

Hypothese 3.4 ähnelt der vorangegangenen Behauptung stark und teilt die unabhängige Variable mit ihr. Der Unterschied besteht darin, dass die Folge der Interaktionsaufforderungen neben der quantitativen (3.3) auch auf einer qualitativen Ebene erfasst werden soll, wie es durch das entwickelte Modell möglich ist. Die abhängige Variable, bereits bekannt und operationalisiert aus Hypothese 2.2, kann deshalb folglich die Ausprägungen der drei Ebenen annehmen. Der vorausgesagte Zusammenhang besteht darin, dass wenn die UV Ausprägung 1 annimmt, die politische Partizipation auf (3) höchster Ebene ausgeprägter ist als in Ausprägung 2 der UV.

In Hypothese 3.5 beschreibt die unabhängige, nominal skalierte Variable erneut eine Handlung ausgehend vom Facebook-Profil und betrifft deren Eingriff in die politische Partizipation der Nutzerinnen und Nutzer. Wie bis zu diesem Punkt der Arbeit bereits hergeleitet, besteht die Partizipation aus Reaktionen auf Posts und mögliche, messbare Eingriffe darin können somit in eigenen Kommentaren unterhalb Profil-Posts gemessen werden. Dies kann in Form von Direkt-Antworten auf Fragen, Schlichtungen von Diskussionen oder inhaltliche Eingaben im Kommentarbereich erfolgen. Allen gemeinsam ist, dass eine Moderation der Kommentare und Posts durch die Profile erfolgt. Ein ebenfalls denkbarer Eingriff in die politische Partizipation der Nutzerinnen und Nutzer wäre das Löschen von Beiträgen, welches jedoch nicht nachvollziehbar und somit nicht messbar ist. Die dichotome UV der Hypothese 3.5 kann also die Ausprägungen (1) „Eingreifen vorhanden“ annehmen, wenn mindestens ein Kommentar des politischen Profils unterhalb des Posts zu finden ist, oder (2) „kein Eingreifen“, wenn dies nicht der Fall ist. Die abhängige Variable ist ordinal skaliert und beschreibt erneut die politische Partizipation, wie sie bereits aus den Hypothesen 1.1 und 3.3 bekannt sind. Der Zusammenhang wird auch hier in einem Wirken von vorhandenen Eingriffen (UV Ausprägung 1) auf eine hohe politische Partizipation (AV Ausprägung 1) vermutet.

Die letzte Behauptung (3.6) kann, wie bereits die Aussagen 3.3 und 3.4, gemeinsam mit 3.5 als Hypothesen-Paar verstanden werden. Auch hier unterscheiden sich die unabhängigen Variablen nicht voneinander und beziehen sich auf das Eingreifen in die Kommentarsektion. Die ordinal skalierte AV findet sich dabei erneut in den bereits operationalisierten Modell-Ebenen der politischen Partizipation wieder (siehe Hypothese 2.2). Es wird angenommen, dass bei einem vorhandenen Eingriff die politische Partizipation steigt und mit Ausprägung (3) auf einem qualitativ hohen Level vorherrschend ist.

5. Methodischer Zugang

„Durch die besonderen semiotischen Eigenschaften der Online-Inhalte ist es vonnöten, die Anwendbarkeit der traditionellen inhaltsanalytischen Methoden zu reflektieren und entsprechend zu modifizieren.“

(Herbers & Friedemann, 2010, S.261)

In den folgenden Unterkapiteln werden deshalb die Möglichkeiten der inhaltsanalytischen Vorgehensweise eingehend betrachtet und adaptiert. Die grundlegenden Maßnahmen zur Durchführung des empirischen Teils dieser Untersuchung werden dadurch aufgebaut und beschrieben. Im ersten Teil betrifft dies die Begründung der Fokuswahl in Bezug auf die genutzte Plattform Facebook sowie geographisch-inhaltliche Aspekte. Ebenso wird der Zugang zum Feld festgelegt, eine Grundgesamtheit vorgestellt sowie die daraus zu ziehende Stichprobe ermittelt. Im weiteren Verlauf wird auf die methodische Umsetzung und deren Besonderheiten eingegangen, indem das angelegte Untersuchungsdesign selbst dargestellt wird, um in den empirischen Teil überzuleiten und die Durchführung der Studie verständlich darzulegen. Im letzten Unterkapitel erfolgt eine genaue Aufschlüsselung des analytischen Vorgehens. Zum einen wird die automatisierte Datenerhebung besprochen und zum anderen die abschließende statistische Auswertung vorgestellt, um die empirische Untersuchung und deren Ergebniserhebung transparent zu gestalten.

5.1 Fokuswahl

Bereits in der Einleitung, den theoretischen Grundlagen dieser Arbeit und dem vorgestellten Forschungsstand wurde angedeutet welchen Stellenwert Facebook innerhalb der sozialen Netzwerke, vor allem aber in der Nutzung von politischen Akteuren, einnimmt. Die Wahl von Facebook als Plattform der Untersuchungsobjekte erklärt sich somit unter anderem aus bereits dargelegten Punkten.

Ergänzend dazu kann, vor allem bezogen auf die (technischen) Erhebungsstrukturen, festgehalten werden, dass sich automatisierte Analysen ungleichmäßig stark auf andere soziale Netzwerke wie beispielsweise Twitter konzentrieren, da bei diesen vor allem in der Vergangenheit bereits bessere Schnittstellen, sogenannte APIs (Stieglitz, Dang-Xuan,

Bruns & Neuberger, 2014, S.103), zur Datenabfrage vorhanden waren. Im Bereich von Facebook, das mit dem Zugang „Facebook für Entwickler“ ebenfalls eine API-Schnittstelle bietet und diese in den vergangenen Jahren verstärkt ausgebaut hat, bleibt, bezogen auf (automatisierte) inhaltsanalytische Aspekte, eine Lücke, für dessen Schließung diese Arbeit einen Beitrag leisten soll.

Auch bezogen auf Mitgliederstärke und Nutzung im europäischen Raum ist der Fokus auf Facebook argumentier- und vertretbar (social media institute, 2016; Social Media Radar Austria, 2016), außerdem lässt sich durch Web-Traffic-Analyse-Daten die Beliebtheit des Netzwerks Facebook im deutschsprachigen sowie globalen Raum nachweisen: Weltweit liegt Facebook hinter Google und YouTube auf Rang 3 der meistbesuchten Internetseiten (Alexa-Ranking, 2016). In Deutschland, Österreich und der Schweiz auf Rang vier hinter bereits genannten, hinzukommt Google mit der .com-Endung (ebd.). Das Monats-Ranking berechnet sich aus einer Kombination der durchschnittlichen, täglichen Besucherinnen und Besucher sowie Seitenaufrufen des vergangenen Monats (ebd.). Auch im Zusammenhang mit der politischen Nutzung ist Facebook, gemeinsam mit Twitter, das größte soziale Netzwerk, das in der europäischen Politik genutzt wird (Vesnic-Alujevic, 2013, S.34). Dabei ist Facebook, im Gegensatz zum Kurznachrichtendienst, informeller und vor allem interaktiver (ebd.), was sich in Betracht des entwickelten Modells politischer Partizipation in sozialen Netzwerken als vorteilhaft erweist.

Die eingegrenzte Betrachtung lediglich der Posts und deren Kommentare sowie Unterkommentare wurde im Verlauf der Arbeit bereits thematisiert und theoretisch hergeleitet. Hier spielen Aspekte der freien Zugänglich- beziehungsweise Messbarkeit eine wichtige Rolle: Zwar können weitere Möglichkeiten politisch zu partizipieren auf den politischen Profilen genutzt werden, jedoch werden diese nicht im Modell berücksichtigten Interaktionsmöglichkeiten, wie beispielsweise das Melden von Beiträgen und das Verfassen von Nachrichten an ein Profil, im Rahmen dieser Untersuchung nicht berücksichtigt, da beides nicht ohne Zugriff auf den Account der jeweiligen Person oder deren Aussage messbar wäre. Außerdem ermöglicht der eng gestellte Fokus die Erhebung und Auswertung einer größeren Bandbreite an Untersuchungsdaten, die bei einer ganzheitlichen Betrachtung der Profile nicht möglich gewesen wäre, da sie aufgrund der Vielzahl an zu berücksichtigenden Komponenten auf einzelne, wenige Profile beschränkt bleiben müsste.

Bei der Auswahl der geographischen Begrenzung spielen mehrere Überlegungen eine Rolle. Soziale Netzwerke, wie in diesem Fall Facebook, setzen sich in ihrer Ausbreitung über Ländergrenzen hinweg und sind über diese hinaus auch einseh- und analysierbar, weshalb auch eine weitreichendere Analyse möglich wäre. Neben Bedingungen der weltweiten Verfügbarkeit (Alternativen zu Facebook sind beispielsweise in Russland und China stark verbreitet), setzt vor allem der Rahmen dieser Untersuchung, die als Master-Arbeit an der Universität Wien konzipiert ist, klare Grenzen. Der europäische Fokus, der sich aus der Lage der Universität selbst sowie den bereits dargelegten Bedingungen erklärt, wird aufgrund von Sprachbarrieren auf den deutschsprachigen Raum, bestehend aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, beschränkt. Bei Betrachtung der Schweiz, die sich aus mehrsprachigen Teilen zusammensetzt, wird eine Auswahl lediglich des deutschen Sprachraums, aus genannten Gründen, vorgenommen. Näheres hierzu folgt im nächsten Kapitel.

5.2 Grundgesamtheit, Stichprobe und Feldzugang

Um sicherzustellen, dass die Aktionen der Nutzerinnen und Nutzer auch als Form politischer Partizipation zu werten sind, muss in einem ersten Schritt eine Begrenzung auf die Kommunikation auf politischen Profilen stattfinden. Da dies noch sehr weit gefasst ist und viel Interpretationsspielraum bietet, wird im weiteren Vorgehen auf solche politischen Profilen fokussiert, die einem politischen Akteur, beziehungsweise einer politischen Akteurin, zuzuordnen sind, um Fake- oder pseudopolitische-Profile auszuschließen. Um schließlich einen konkreten Anhaltspunkt tatsächlich politikbetreibender Personen zu wählen, werden als Grundgesamtheit für diese Untersuchung alle Politikerinnen und Politiker herangezogen, die im beschriebenen, deutschsprachigen Raum einen Sitz im Parlament haben und somit, ob in Regierungsverantwortung oder Opposition, die Politik ihres Landes mitgestalten. Dies garantiert eine Untersuchung auf aktuell-politischen Profilen und betrifft für den Zeitraum der Untersuchung (Stand August 2016) 650 Abgeordnete aus dem deutschen Bundestag, 188 Mitglieder des österreichischen Nationalrats sowie 200 Abgeordnete aus dem Nationalrat der Schweiz, wobei von diesen alle nicht-deutschsprachigen Facebook-Profile aufgrund der sprachlichen Barriere ausgeschlossen werden. Dies wird mittels der vorherrschenden Amtssprache ermittelt und betrifft alle Kantone, die deutsch nicht als

mindestens eine von mehreren Amtssprachen aufführen. Davon betroffen sind die Kantone Tessin (italienisch), Waadt (französisch), Neuenburg (französisch), Genf (französisch) und Jura (französisch), woraus sich der Ausschluss von insgesamt 43 Sitzen des Nationalrats (Tessin 8, Waadt 18, Neuenburg 4, Genf 11, Jura 2; Webseite Die Bundesversammlung - Das Schweizer Parlament, 2016) ergibt. In Österreich werden vier Personen aus der Grundgesamtheit ausgeschlossen, da sie keiner Partei zugehörig sind. Aus diesen Überlegungen ergeben sich somit insgesamt 986 Personen, deren Facebook-Profile als Grundgesamtheit dienen und in einer Datei, gemeinsam mit zusätzlichen Informationen zu Land und Parteienzugehörigkeit, gespeichert sind.

Dieser Datensatz wird einer geschichteten Zufallsstichprobe unterzogen, die sich vor allem bei einer getrennten Auswertung von Untergruppen anbietet (Paier, 2010, S.83), wie sie im Zuge dieser Untersuchung bei der Parteienzugehörigkeit vorgenommen wird. Diese Form der Zufallsstichprobe schichtet die Grundgesamtheit der Politikerinnen und Politiker in drei Gruppen, nach Aufteilung der politischen „Lager“, wie sie in Kapitel 4.2 vorgenommen wurde. Die Voraussetzung, dass der Umfang jeder Gruppe bekannt sein muss (ebd., S.84), ist im Fall dieser Untersuchung erfüllt und wurde bereits beschrieben. Aus jeder dieser wird anschließend eine einfache Zufallsstichprobe gezogen. Da die drei Gruppen unterschiedliche Größen aufweisen und aus jeder eine absolute, gleiche Anzahl an Personen gezogen wird, nennt man dies eine disproportional geschichtete Stichprobe (ebd.). Insgesamt wird so eine Stichprobe von 90 Profilen (je 30 pro politischem Lager) gezogen, was knapp unter 10% der Grundgesamtheit an möglichen Profilen entspricht. Diese werden einer Vollerhebung unterzogen, was bedeutet, dass alle Posts, Kommentare und Unterkommentare seit Erstellung des Profils gesammelt und analysiert werden. Die Entscheidung die kompletten Daten eines jeden Profils zu erheben, wird getroffen, da bei der Verwendung von nur wenigen Posts eine Verzerrung entstehen könnte, die den Themen der Posts geschuldet sind, beispielsweise bei politikfremden Inhalten. Das automatisierte Vorgehen erlaubt zudem das Einbeziehen größerer Mengen an Datenmaterial, was einen verbesserten Rückschluss auf die Grundgesamtheit zulässt.

Da nicht garantiert ist, dass alle 986 Personen der Grundgesamtheit über eine Vertretung in den sozialen Netzwerken in Form eines Facebook-Profiles verfügen, muss beim Ziehen der Stichprobe ein weiterer Aspekt beachtet werden. Da in skriptbasierten Suchanfragen mit den Identifikationsnamen, beziehungsweise –nummern, von Facebookprofilen (IDs) gearbeitet wird und diese von den realen, dort verwendeten Namen abweichen können, ist

eine Überprüfung aller Politikerinnen und Politiker der Grundgesamtheit auf ein solches Profil hin sehr zeitaufwendig, da sie folglich nicht automatisiert vorgenommen werden kann. Dementsprechend wird eine solche Überprüfung im Rahmen dieser Arbeit nicht für die Grundgesamtheit realisiert, sondern im Zuge der Stichprobenziehung durchgeführt. Die 90 gezogenen Politikerinnen und Politiker werden auf die Existenz einer Facebook-Seite⁴ hin kontrolliert und im Fall eines fehlenden Profils wird entsprechend aus der Grundgesamtheit nachgezogen bis die Stichprobe vollständig mit Personen aufgefüllt ist, die über ein Profil auf Facebook verfügen. Dies kommt einer Vorselektion der Grundgesamtheit gleich, da dieselben Chancen bestehen gezogen zu werden, und kann mit einem deutlich geringeren Aufwand realisiert werden.

Bei der endgültigen Durchführung der Stichprobenziehung musste innerhalb von Politikerinnen und Politikern linker Parteien in insgesamt sechs Durchgängen 34 Mal nachgezogen werden, bei den rechten Parteien sogar 43 Mal (in vier Durchgängen). Bei politischen Akteuren zentrumsnaher Parteien konnte in drei Durchläufen die Stichprobe gezogen werden, wobei nur 25 Mal aufgrund fehlender Facebook-Profile nachgezogen werden musste.

Aus technischen Gründen, da das Script nicht mehrfach simultan ausgeführt werden kann, ist es nicht möglich die Erhebung aller gezogenen Profile der Stichprobe gleichzeitig zu erheben. Da die Inhalte zwar dynamisch und teilweise flüchtig (siehe Kapitel 5.3) sind, besteht zwar die Gefahr nicht dieselben Inhalte wie zu anderen Zeitpunkten zu erlangen, jedoch ist dies im Rahmen dieser Untersuchung vernachlässigbar, da die Profile und deren Inhalte und Kommentare nicht zeitlich untereinander abhängig sind, außerdem wurden die Erhebungen zeitnah umgesetzt, sodass keine großen Abstände zwischen den einzelnen Profilen lagen.

Da die Daten dieser Teilerhebung aufgrund einer Zufallsauswahl gewonnen und die Erhebung methodisch korrekt durchgeführt wurde, kann im weitesten Sinne von einer Repräsentativität der Stichprobe für die gewählte Grundgesamtheit der Politikerinnen und Politiker im eingegrenzten, deutschsprachigen Raum angenommen werden (ebd., S.90f).

⁴An anderen Stellen dieser Arbeit wird der Einfachheit halber mit dem Begriff „Profil“ gearbeitet, der alle Formen einer Präsenz in sozialen Netzwerken zusammenfasst. Aus datenschutzrechtlichen Gründen erlaubt Facebook beim Zugang über die API-Schnittstelle jedoch nur das Abrufen von Daten öffentlicher Profile, sogenannter „Seiten“. Deshalb kommen im Rahmen der Stichprobe nur solche Profile in Frage, die als Seite angelegt sind.

Das Feld dieser Untersuchung, die Profile der politischen Akteure, setzt in erster Linie den Einsatz eines Computer sowie einer Internetverbindung voraus. Im nächsten wird ein eigenes Profil auf der Plattform des sozialen Netzwerks benötigt, um über die API-Schnittstelle „Facebook für Entwickler“ Zugang zu Profildaten zu erlangen. Für diese muss der Account im Weiteren ebenfalls angemeldet und eine App, über die man die Daten extrahiert, angelegt werden. Die weiteren, technischen Voraussetzungen zur automatisierten Analyse, die ebenfalls zum Zugang zum Feld gehören, werden im Zuge der Beschreibung von Datenerhebung und -auswertung innerhalb des Unterkapitels 5.4 erläutert.

5.3 Untersuchungsdesign: Quantitative Inhaltsanalyse

Zur Beantwortung der aufgetretenen Fragen und zur Überprüfung der aufgestellten Hypothesen wurde für das Design dieser Arbeit eine quantitative Querschnittuntersuchung des beschriebenen Stichprobenmaterials gewählt. Die Erfassung politischer Kommunikation ist das bedeutendste Feld der quantitativen Inhaltsanalysen (Brosius & Koschel, 2005, S.138), hat eine lange Tradition und kam beispielsweise in den populären Wahlkampfforschungen Lazarsfelds in den 40er Jahren in den USA zum Einsatz (ebd., S.129).

Näher betrachtet, handelt es sich um eine formal-deskriptive Inhaltsanalyse (Diekmann, 2009, S.582), die vor allem praktikabel ist, um „[...] formale und inhaltliche Merkmale großer Textmengen zu erfassen“ (Brosius & Koschel, 2005, S.140). Da in der vorliegenden Untersuchung die Posts und Kommentare, vor allem in der großen Anzahl wie sie laut Stichprobenziehung erhoben werden, eine solche Textmenge darstellen und innerhalb derer klar abgegrenzte Merkmale erfasst werden sollen, eignet sich der Einsatz dieses quantitativen Verfahrens.

Das konkrete Vorgehen sieht nach der Ermittlung der Grundgesamtheit und der daraus gezogenen Stichprobe (Kapitel 5.2) die Konzeption eines Erhebungs- beziehungsweise Messinstruments vor. Dies existiert in Form der automatisierten Erhebung (Kapitel 5.4.1) und dem daraus resultierenden Codebuch, welches im Anhang dieser Arbeit angefügt ist. Bevor die ganzen extrahierten Textmengen ausgewertet werden konnten, wurde in einem Pretest das gesamte Erhebungsinstrument getestet um einen reibungslosen Ablauf des

empirischen Teils der Untersuchung zu gewährleisten. Dabei wurde unter der Mithilfe von Petro Tolochko, MSc.⁵ das Script weiter angepasst und in einem Probedatensatz getestet. Dabei fiel auf, dass vor allem für die Analyse der Hypothesen mit profilbezogenen Auswertungen Änderungen, beziehungsweise Erweiterungen, vorgenommen werden müssen, woraufhin das Script dahingehend ausgebaut wurde.

Die anschließend gewonnenen, kompletten Daten wurden dann modifiziert und einer statistischen Auswertung unterzogen, was ebenfalls automatisiert vorgenommen wurde und in Kapitel 5.4.2 eine ausführliche Besprechung findet. Die Resultate dieser Analyse dienen im Ergebnisteil der Untersuchung schließlich zur Überprüfung der Hypothesen, einer Beantwortung der Forschungsfragen sowie einer kritischen Diskussion. Abschließend verhelfen sie zu einem Ausblick, der in Reflexion der vorhandenen Arbeit zukünftige Ansätze und mögliche Problemlösungen aufzeigt.

Die sozialwissenschaftliche Inhaltsanalyse im Bereich sozialer Netzwerke stellt im Gegensatz zur Untersuchung von Zeitungstexten oder ähnlichem einen Sonderfall dar, da sie als Online-Inhalte allgemein gewissen Spezifika unterliegen, die sich auch auf soziale Netzwerke übertragen lassen. Diese betreffen unter anderem die Flüchtigkeit, Dynamik, Reaktivität und Quantität der Beiträge sowie deren Maschinenlesbarkeit (Welker et al., 2010, S.11f). Diesen Problemen begegnet die vorliegende Forschung mit den Möglichkeiten der automatisierten Analyse, die zu einem bestimmten Zeitpunkt die Inhalte extrahiert und auf deren Basis Ergebnisse generiert. Ob diese Inhalte sich danach verändern oder verschwinden ist somit für die Untersuchung nicht relevant, außerdem können große Mengen automatisch verarbeitet werden, was Aspekte der Quantität und Maschinenlesbarkeit obsolet macht.

Auch im Hinblick auf die Vergleichbarkeit, gerade was die Länder- sowie thematisierten Parteiunterschiede angeht, ergeben sich in der Untersuchung von solchen Inhalten Probleme, deren Reflektion in den Forschungsprozess einbezogen werden muss. Die aufkommenden Äquivalenzprobleme (Kronewald, 2014, S.28ff) betreffen unter anderem die Vergleichbarkeit des erforschten Konstrukts und der angewendeten Methode oder der untersuchten Population. Positiv wirkt sich dabei der eng verwandte Kulturraum des deutschsprachigen Bereichs in Deutschland, Österreich und der Schweiz aus, in dem gleichermaßen die Konstrukte der politischen Partizipation sowie der Plattform der

⁵ Universitätsassistent am Methodenzentrum der Universität Wien mit dem Schwerpunkt Textanalyse.

politischen Profile vorhanden sind und auch kongruent aufgefasst werden. Ebenfalls können vergleichende methodische Bedenken sowie die der Population ausgeräumt werden, da diesen mit der geschichteten Zufallsstichprobe (Kapitel 5.2), sowie der überall gleich angewendeten, inhaltsanalytischen Vorgehensweise begegnet wird.

Auch die Einhaltung der Gütekriterien Objektivität, Reliabilität und Validität wurden in dieser Arbeit berücksichtigt. Ersteres wird durch die Durchführung einer quantitativen Untersuchung stark erleichtert, da durch die automatisierte und standardisierte Vorgehensweise alle Teile der Arbeit auch von anderen Personen mit demselben Ergebnis hätte durchgeführt werden können. Somit sind Durchführungs-, Auswertungs- und Interpretationsobjektivität (Paier, 2010, S.73) gegeben, wobei vor allem im Zuge der Intercodierobjektivität (Rössler, 2008, S.425) von Inhalten aus sozialen Netzwerken auf den Umgang mit umgangssprachlichen Texten geachtet werden muss (Kronewald, 2014, S.31). Da jedoch nur am Rande mit den textlichen Inhalten gearbeitet wird und lediglich eine Person an der Forschung beteiligt ist, kann dies vernachlässigt werden.

Die Reliabilität des Messinstruments muss hingegen unter dem Licht der bereits in diesem Kapitel angesprochenen Spezifika des Umfelds der Datenerhebung in sozialen Netzwerken betrachtet werden. Die Regel besagt, dass eine Messung dann zuverlässig ist, „[...] wenn das Messinstrument bei wiederholter Messung immer wieder dasselbe Ergebnis anzeigt“ (Brosius & Koschel, 2005, S.49). Aufgrund der sich ständig verändernden Inhalte in den Kommentaren der Profile durch Bearbeitungen und Löschungen, kann die Erhebung jedoch nicht unter herkömmlichen Kriterien der Reliabilität betrachtet werden, sondern das Messinstrument, also die Modifizierung und Auswertung der Daten, gesondert. Da diese ohne Wissen der profilbetreibenden sowie likenden, sharenden und kommentierenden Personen, erhoben wurden, können Lern- und Reifungsprozesse sowie ähnliche mit einer Befragungssituation zusammenhängende Zufallsfehler ausgeschlossen werden (ebd., S.50). Im Sinne einer Test-Retest-Reliabilität (Kronewald, 2014, S.32) wurde im Zuge des Pretests außerdem die Textmasse eines Test-Profiles erhoben und dies im Abstand von einer Woche wiederholt.

Die Validität „[...] gibt an, ob ein Instrument tatsächlich das misst, was es messen soll“ (Brosius & Koschel, 2005, S.53). Auch hier lassen sich verschiedene Formen unterscheiden, wie etwa Inhaltsvalidität, Kriteriumsvalidität und Konstruktvalidität, wobei ein valides Messinstrument mindestens eines der genannten Kriterien erfüllt (Diekmann, 2009, S.261). Die inhaltliche Validität beschreibt die Vollständigkeit eines zu

messenden Konstrukts (Brosius & Koschel, 2005, S.54) und hängt somit stark von der Herleitung aus bestehender Theorie und Forschung sowie der Operationalisierung, ab. Das wichtigste Konstrukt im Rahmen dieser Arbeit ist die politische Partizipation und deren Messung. Sie stützt sich auf die theoretische Herleitung durch mehrere Modelle aus unterschiedlichen Forschungs-disziplinen und wurde zu einem neuen Modell zusammengeführt. Im Rahmen vergleichender Studien in der Umgebung sozialer Netzwerke wird zusätzlich auch die Analysevalidität betrachtet. Sie beinhaltet eine Reihe von Aspekten, die sich nur durch nachvollziehbare Argumentation validieren lassen (Rössler, 2008, S.428). Dem wird in dieser Arbeit mit dem stringenten Aufbau, der inhaltlichen Argumentation und dem durchgängigen, roten Faden Rechnung getragen.

5.4 Automatisierte Analyse

Der Kern der methodischen Umsetzung des Forschungsvorhabens ist der Fokus auf automatisierten Prozessen in der Erhebung wie auch Auswertung der Daten. Die Anwendung der computervermittelten Verfahren ermöglicht die Extraktion großer Textmengen und deren inhaltsanalytische Betrachtung ohne stark erhöhten zeitlichen, manuellen und finanziellen Aufwand. Auch erleichtert dieses Setting die Begegnung mit Bedenken der Reliabilität und Validität (Kapitel 5.3) empirischer Forschungsarbeiten.

Die Datenerhebung wird mit der Hilfe der Programmiersprache Python umgesetzt und im ersten Teil dieses Kapitels dargestellt. Die Analyse dieser Daten erfolgt dann unter Einsatz der Statistikumgebung R und wird abschließend behandelt.

5.4.1 Datenerhebung: Facebook-Scraping mit Python

Das sogenannte Screen-Scraping, zu Deutsch „automatisches Auslesen von Webseiten“, auf das sich der Ausdruck des Facebook-Scrapings bezieht, beschreibt das computervermittelte, automatisierte Extrahieren von Webseitendaten. Diese werden lediglich zum eigenen, wissenschaftlichen Gebrauch abgespeichert und können somit weiterverwendet werden. Im Zuge dieses Entnehmens fremder Daten stellen sich zum einen rechtliche Fragen, die aufgrund einer fehlenden Weiterverbreitung im Rahmen dieser Arbeit nicht relevant sind, zum anderen, vor allem im Kontext sozialwissenschaftlicher Forschung, jedoch auch moralische. Diese kommen auf, da

Personen ohne deren Wissen oder Zutun zum Untersuchungsobjekt von Studien werden und jegliche Zustimmung beziehungsweise die Möglichkeit der Ablehnung ausbleibt. Im konkreten Fall dieser Arbeit werden die moralischen Bedenken als vernachlässigbar angesehen, da sie einerseits dem wissenschaftlichen Nutzen und Erkenntnisgewinn untergeordnet werden, vor allem jedoch aufgrund der Anonymität der kommentierenden Personen (es wird kein Name der Profile oder der Kommentierenden vermerkt, lediglich anonymisierte IDs) und der öffentlichen Zugänglichkeit der Plattform, auf der sie dies tun.

Die Umsetzung dieses Scrapings von Facebook-Daten erfolgt unter Anwendung von Python und wurde am 30. und 31. August 2016 umgesetzt. Die 1956 entwickelte Programmiersprache erhielt seinen Namen von der britischen Comedy-Truppe Monty Python und ist inzwischen in Version 3.5 verfügbar, wird jedoch häufig, wie auch im Erhebungsscript dieser Studie, in der älteren Version 2.7 verwendet (Gerlach, 2016, S.55f). Die Besonderheit der modernen Programmiersprache liegt dabei vor allem in der Einfachheit und Übersichtlichkeit (ebd., S.56). In den Sozialwissenschaften ist Python im Bereich der Erhebung von Daten aus sozialen Netzwerken beliebt, da es die Möglichkeiten einer automatisierten Extraktion mittels Query-Anfragen bietet (Batinca & Treleaven, 2015, S.106), weshalb sie auch für dieses Projekt zur Datenerhebung gewählt wurde.

Unter freundlicher Unterstützung von Petro Tolochko, MSc., der in persönlichen Gesprächen sowie E-Mail-Kontakt, mit Rat und Tat zur Seite stand, wurde das Script in einem langwierigen Prozess für die Belange dieser Untersuchung fortwährend weiterentwickelt, adaptiert und schließlich im Zuge der Erhebung eingesetzt.

Die Voraussetzungen, damit das Script die geforderten Anfragen an den Facebook-Server stellen und die Untersuchungsdaten extrahieren kann, sind bereits in Kapitel 5.2 angeschnitten worden. Wie erwähnt ist es über ein eigenes Facebook-Profil möglich eine Anmeldung beim Dienst „Facebook für Entwickler“ vorzunehmen und dort eine App zu erstellen. Im Zuge dieses Vorgangs legt Facebook einen sogenannten Token an und stellt ein dazugehöriges Passwort zur Verfügung, die im Script eingesetzt werden und diesem den Zugriff auf die gewünschten Daten auf den Plattformservern gewähren. Konkret angewendet wird das Python-Script im Terminal des für diese Forschung verwendeten Mac-Computers, wo nach dem Start von Python selbst bei der Initiierung des Scripts die Facebook-ID des zu scrapenden Profils angegeben wird. Diese kann vom offiziell auf der

Plattform verwendeten Namen abweichen und lässt sich anhand der Profil-URL ermitteln. Das Script stellt in Folge dessen Anfragen an die Facebook-Server, die, je nach Menge an Posts, sowie deren Größe samt Kommentaren, einige Minuten in Anspruch nehmen kann. Das verwendete Script befindet sich im Anhang dieser Arbeit.

Die daraufhin automatisch erstellte CSV-Datei, die die Grundlage für die statistische Datenauswertung mittels R (Kapitel 5.4.2) bildet, beinhaltet alle gewünschten Parameter. Ihre einzelnen Einträge (Zeilen) beschreiben jeweils eine Mitteilung (Status-Post, Kommentar oder Subkommentar), wobei innerhalb der dazugehörigen Spalten jeweilige Variablen dieser Mitteilung festgehalten sind. Dies sind eben dem kompletten Text des Posts oder (Sub-)Kommentars (,Text') auch eine User-ID (,UserID'). Des Weiteren beschreibt das Feld ,Source' die Zuordnung von Kommentaren zu Posts, sowie von Subkommentaren zu Kommentaren, welche wiederum durch den Vermerk der Post-, Kommentar beziehungsweise Subkommentar-ID selbst (,ID') ermöglicht wird. Auch wird der Typus erhoben (,Type'), der angibt ob eine Textmenge Status, Kommentar oder Subkommentar ist sowie um was für eine Unterart es sich handelt (,Status_Type'), wie etwa ein Post mit Video, Foto oder ähnlichem. Schließlich werden auch Kennzahlen wie die Anzahl der ,Shares' und ,Likes' erhoben sowie das Erstellungsdatum (,Time'). Die inzwischen durch Facebook eingeführten Emotionen, die neben einem schlichten Like zur Verfügung stehen, wurden in dieser Untersuchung hingegen nicht berücksichtigt, da ihre Implementierung in die Konzeptionsphase dieser Studie fiel und vor allen Dingen im Entwicklungsstadium des genutzten Python-Script Anfang 2016 noch nicht in die Plattform integriert waren. Auch sind sie im Zuge der Hypothesenprüfung nicht von Relevanz.

5.4.2 Datenauswertung: Statistische Analyse mit R

Die Codierung und Analyse der erhobenen Daten wird automatisiert mit der freien und kostenlosen Scriptsprache und Statistikumgebung R, unter Verwendung des Hilfetools RStudio durchgeführt. Sie ist als Open Source Projekt entwickelt und bisher häufig noch eine Randerscheinung in den Sozialwissenschaften, bietet aber eine flexible Umgebung für automatisierte Analysen und statistische Auswertungen (Manderscheid, 2012, S.15f). Die Sprache vereint viele Möglichkeiten für die Organisation, Transformation, Auswertung und Visualisierung von Daten. R besteht aus einer Konsole, also einem

installierten Programm, in die Befehle eingegeben werden (Wollschläger, 2014, S.1). Eine Abfolge solcher Befehle bildet beispielsweise die in dieser Arbeit durchgeführte Auswertung und bildet mehrere Schritte der Datenanalyse ab. Auch bietet die Sprache weitreichende Lösungen zur Einbettung der Ergebnisse in schriftliche Arbeiten sowie dazugehörige, graphische Aufarbeitungen (ebd., S.2). Weitere Vorteile von R sind die ebenfalls freien, zahlreichen Erweiterungspakete sowie die umfangreiche Dokumentation. Aus diesen wurden die Pakete ‚dplyr‘, zur besseren Datenverarbeitung, insbesondere durch die darin enthaltenen ‚join‘-Befehle, ‚car‘, zur Anwendung von Regressionsmodellen und ‚vcd‘, für erweiterte Auswertungsmethoden und Visualisierung der Daten, ausgewählt.

Bevor die Daten statistisch ausgewertet werden, müssen sie in R verschiedenen Transformationen unterworfen werden, um eine sinnvolle und strukturierte Auswertung vornehmen zu können. Hierfür werden zunächst mithilfe des ‚cbind()‘-Befehls allen 90 Datensätzen eine anonymisierte Herkunftsvariable angefügt, um Verteilungen pro Profil ersichtlich machen zu können. Diese Variable bereits bei der Erhebung einfließen zu lassen, war nicht möglich, da sie nicht von Facebook übergeben wird. Anschließend werden unter Anwendung von rbind() drei neue Datensätze erstellt, die pro politischem Lager jeweils alle entsprechenden Daten enthalten. Diesen Dreien wird wiederum mittels ‚cbind()‘ eine zusätzliche Variable, die des politischen Lagers (‚PolitLager‘; Ausprägungen Links, Mitte, Rechts) angefügt. Schließlich wurden die drei Datensätze zu einem einzigen, großen Datensatz zusammengefasst, wobei alle vorherigen Unterteilungen nach wie vor existieren.

Bei der Auswertung der erhobenen Daten wird schließlich auf verschiedene statistische Verfahren zurückgegriffen. Univariate Analysen dienen der Aufbereitung und Darstellung wichtiger Faktoren, helfen die Stichprobe abzubilden und kommen auch bei einigen Hypothesen zum Einsatz. Zur Überprüfung der weiteren Behauptungen, die schließlich in einer Beantwortung der Forschungsfragen münden, kommen dann weitreichendere, bivariate statistische Verfahren zum Einsatz.

Wie in der Operationalisierung (Kapitel 4.2) aufgezeigt, handelt es sich bei den untersuchten Variablen dieser Studie durchgängig um nominale oder ordinale Skalierungen. Für die Zusammenhänge rein nominal skaliertter Variablen können Kreuzbeziehungsweise Kontingenztabellen eingesetzt werden, die sich für die Darstellung und

Analyse ebensolcher Skalierungen eignen (Kuckartz, Rädiger, Ebert & Schehl, 2013, S.87). Mit dem Zusammenhangsmaß Phi, das bei zwei dichotomen Variablen einsetzbar ist sowie dem Chi²-Test (Paier, 2012, S.145) oder Cramers V (Kuckartz et al., 2013, S.99f) wird im Zuge der Auswertung gearbeitet. Die Zusammenhänge von nominal und ordinal skalierten Variablen lassen sich ebenfalls mit den für polytome Variablen genannten Verfahren darstellen und analysieren (Paier, 2012, S.145). Der Chi²-Test vergleicht „[...] empirisch beobachtete und erwartete Häufigkeiten miteinander“ (Kuckartz et al., 2013, S.92), kann so allerdings lediglich einen Zusammenhang herausfinden, jedoch nichts über dessen Stärke aussagen und ist stark von der Fallzahl abhängig (ebd., S.97). Deshalb wird für die Analyse zweier dichotomer Variablen zusätzlich ebenfalls der Phi-Koeffizient, der Werte zwischen 0 und +1 annehmen kann, wobei eine höhere Zahl einen stärkeren Zusammenhang bescheinigt (ebd., S.98f), berechnet. Da auch ordinal skalierte Variablen mit mehr als zwei Ausprägungen im Zuge der Auswertung analysiert werden müssen, wird außerdem der Zusammenhangskoeffizient Cramers V eingesetzt, der bei beliebigen Tabellengrößen einsetzbar ist und ebenfalls einen Wertebereich von 0 bis +1 angibt (ebd., 99f).

Für die Darstellung des Trends der Menge an Status-Posts über einen Zeitraum wird zudem auf ein Regressionsmodell zurückgegriffen (ebd., S.259ff).

6. Ergebnisse

Mit dem Beginn des sechsten und letzten Kapitels und der Darlegung der Forschungsdaten und -ergebnisse ist die Überleitung vom theoretischen zum empirischen Teil dieser Arbeit abgeschlossen. Die, wie beschrieben erhobenen, Facebook-Daten werden im Folgenden zunächst dargestellt um einen Überblick über die gezogene Stichprobe und relevante Merkmale zu geben. Anschließend folgt mit dem Einstieg in die Hypothesenprüfung die statistische Auswertung der Daten im Hinblick auf operationalisierte Konstrukte und deren Zusammenhänge. Mit den Erkenntnissen dieses Kapitels wird im Fazit eine Diskussion und Beantwortung der Forschungsfragen vorgenommen, bevor ein Ausblick die Tragweite der Forschungsergebnisse anhand der Bedeutung für kommende, sich ergebende Fragestellungen, verdeutlicht.

6.1 Beschreibung der erhobenen Daten

Nach den ersten Transformationen der Daten (siehe Kapitel 5.4.2) lässt sich eine Gesamt-Datei mit insgesamt 189.130 Einträgen gewinnen. Hiervon müssen insgesamt 2.776 Einträge entfernt werden, da diese aufgrund fehlerhafter Übergaben der API-Schnittstelle nur Text-Inhalte (Posts, Kommentare oder Subkommentare) aufweisen und sonst keinerlei Informationen mitliefern. Nach den Abzügen, die durch Löschungen vorgenommen wurden, bleiben so schließlich 186.354 analysierbare Einträge im Datensatz, die sich wie folgt im Rahmen der möglichen Mitteilungsarten verteilen.

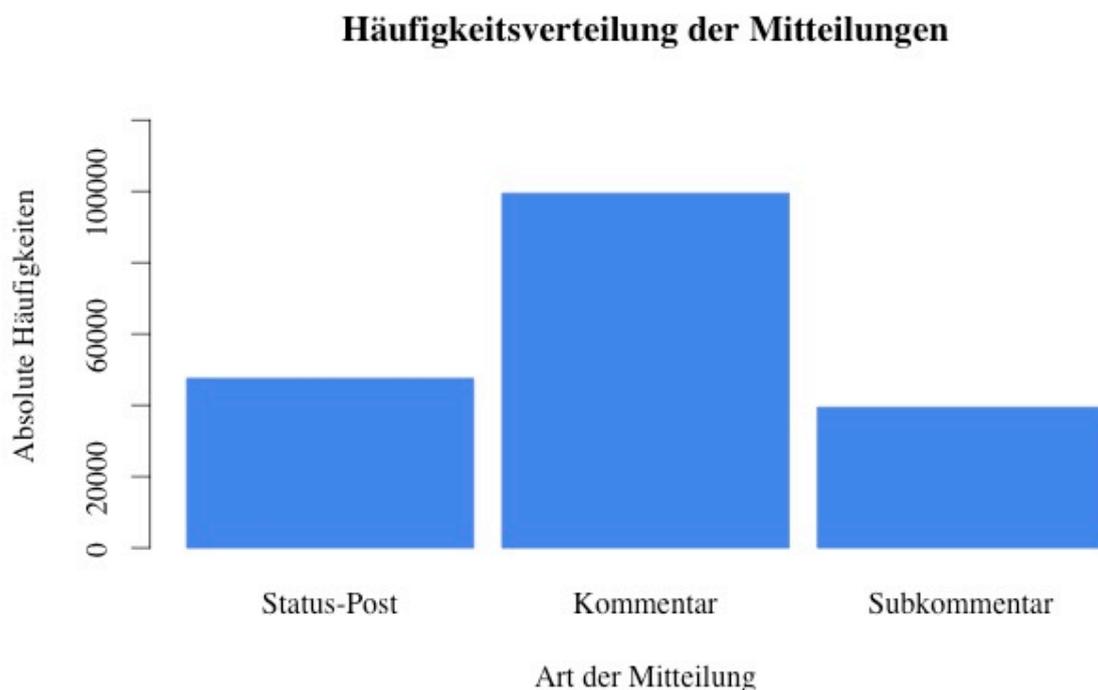


Abbildung 4: Häufigkeitsverteilung der Mitteilungen

Wie in Abbildung 4 zu sehen ist, lassen sich die Einträge der 90 Profile ungleichmäßig den drei möglichen Mitteilungsarten (Status-Post, Kommentar und Subkommentar) zuordnen. Die 47.514 Status-Posts bilden die Grundlage für die politische Partizipation und die Plattform für die Aktivitäten von Nutzerinnen und Nutzern. Diese spiegelt sich wiederum in den 99.435 Kommentaren sowie den 39.405 Subkommentaren wider. Für die gezogene Stichprobe ergibt sich so ein arithmetischer Mittelwert von insgesamt 2.070 Mitteilungen pro Profil, aufgespalten auf 528 Status-Posts, 1.104 Kommentare und 438 Subkommentare.

Betrachtet man diese Kennziffern, könnte der Eindruck entstehen, dass auf den Profilen gleichmäßig hohe Aktivitäten herrschen, weshalb ein Blick auf die Verteilung der Mitteilungen je einzelner Profile sinnvoll erscheint. Bereits die Betrachtung des Medians der Häufigkeiten der Mitteilungen pro Profil zeigt mit einem Wert von 761, dass die Hälfte aller Profile weniger Mitteilungen aufweist, die andere mehr. Dies wird auch durch eine genauere Aufschlüsselung der Anzahl der Mitteilungen pro Profil gut deutlich.

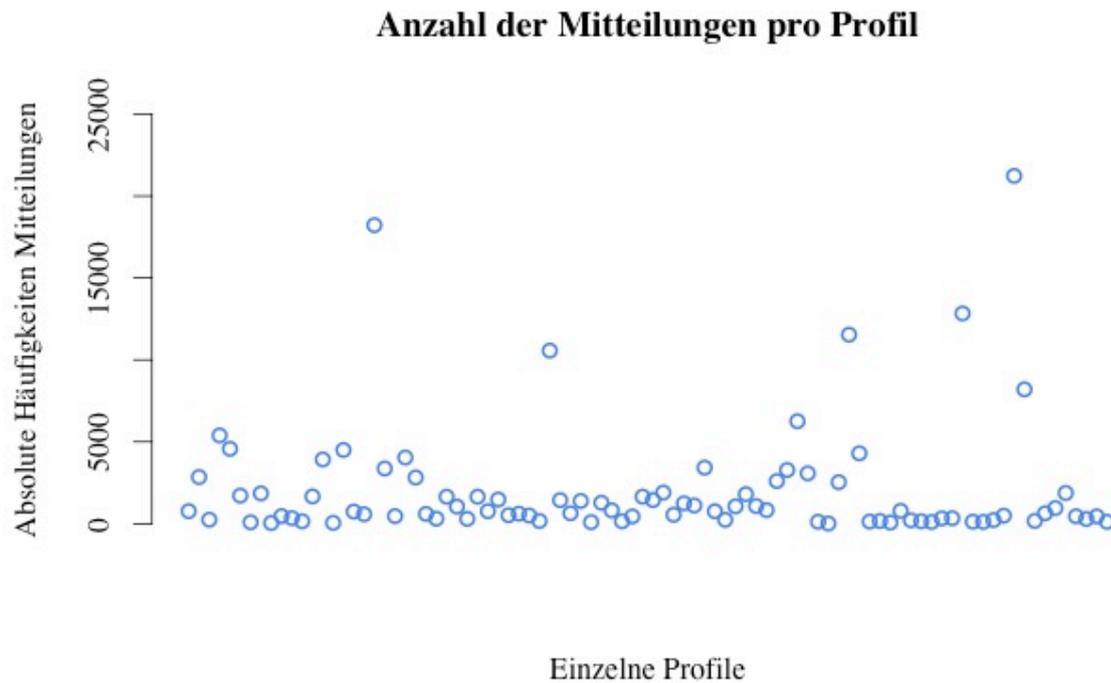


Abbildung 5: Anzahl der Mitteilungen pro Profil

Die Verteilung der Mitteilungen auf die einzelnen Profile in Abbildung 5 zeigt deutlich, dass das Bild von starken Ausreißern geprägt ist. Insgesamt lassen sich fünf Profile ausmachen, die jeweils über 10.000 Mitteilungen auf sich vereinen. Das Maximum liegt mit 21.230 Mitteilungen sehr weit vom Median entfernt, das Minimum liegt bei gerade einmal 10 Beiträgen, die in einem Profil erhoben werden konnten. Ähnliches zeichnet sich auch bei den Sharing-Aktivitäten ab. Obwohl die 47.514 Status-Posts insgesamt beachtliche 467.487 Mal geshared wurden, liegt der Median hier bei gerade einmal 2,51, wofür erneut große Ausreißer verantwortlich gemacht werden können (das Maximum liegt bei 12.499 Shares). Ein verwandtes, wenn auch nicht ganz so drastisches Bild zeigt sich ebenfalls bei den Likes. Die Status-Posts, Kommentare und Subkommentare wurden

insgesamt 4.134.953 Mal geliked, jedoch hat die Hälfte aller Mitteilungen weniger als 22,19 (Median) Likes. Hier liegt das Maximum sogar bei 41.274.

6.2 Auswertung: Hypothesenprüfung

Die erste Hypothese (1.1) geht davon aus, dass wenn Profile deutschsprachiger Politikerinnen und Politiker viele Status-Posts verfassen, auch die politische Partizipation auf diesen Profilen quantitativ ausgeprägter ist als auf solchen mit weniger Status-Posts. Da die Daten bisher in Form von Einträgen vorliegen, die jeweils eine Form der Mitteilung beschreiben (Status-Post, Kommentar oder Subkommentar), müssen für die Auswertung dieser Hypothese nicht nur zwei neue Variablen durch Umkodierungen erzeugt werden, sondern auch ein Neben-Datensatz erschaffen werden, in dem sich diese Variablen befinden. Die Einträge beschreiben dort nicht einzelne Mitteilungen, sondern die einzelnen Profile aus der Stichprobenziehung. Die erste Variable enthält die Anzahl der Status-Posts (',Anz_SP') des jeweiligen Profils, die zweite die Anzahl der Handlungen politischer Partizipation (',Anz_PP') auf diesen Profilen. Nach dem Anlegen des Datensatzes (data.frame()-Befehl), können die Inhalte der ersten Variable einfach ermittelt werden, indem aus dem Ursprungsdatensatz alle Einträge ausgegeben werden, die einen Status-Post enthalten und diese einer Häufigkeitsverteilung der Herkunftsvariable (table()-Befehl) unterziehen. Die Ermittlung der Werte für die zweite Variable gestaltet sich dabei etwas komplizierter. Hier müssen, ebenfalls nach Herkunftsvariable geschichtet, alle Handlungen politischer Partizipation zusammengefasst werden. Dies bedeutet, dass alle Likes und Shares aufsummiert sowie die Kommentare und Subkommentare addiert werden. Nachdem dieser Datensatz komplettiert ist, können die Teilungswerte TSP (Status-Posts) und TPP (Handlungen politischer Partizipation) ermittelt werden, die bestimmen ab wann die Menge an Status-Posts beziehungsweise Handlungen politischer Partizipation als ‚viel‘ oder ‚wenig‘ kategorisiert wird:

$$TSP = \frac{\sum SP}{n} \quad TPP = \frac{\sum K + \sum SK + \sum L + \sum S}{n}$$

Formeln zur Berechnung der Teilungswerte; SP=Status-Posts, K=Kommentare, SK=Subkommentare, L=Likes, S=Shares, n=Anzahl der Profile

Durch Einsetzen der vorhandenen Werte in die Formeln, ergibt sich TSP=527,93 und TPP=52.680,89. Somit können dem erzeugten Neben-Datensatz zwei neue Variablen unter Verwendung des cbind()-Befehls angehängt werden. Zum einen eine Variable, die die Menge der Status-Posts („MengeSP“) kategorisiert. Diese nimmt Ausprägung 1 (viel) an, wenn die Summe der Status-Posts des Profils größer ist als der Teilungswert TSP, Ausprägung 2 (wenig) wenn der Wert kleiner ist als TSP. Zum anderen wird die Variable der Menge der politisch partizipativen Handlungen erzeugt („MengePP“). Für diese wird ebenso die Summe aller partizipativen Handlungen gebildet ($\Sigma K + \Sigma SK + \Sigma L + \Sigma S$) und es ergeben sich in Vergleich (kleiner oder größer) mit dem Wert TPP die Ausprägungen (1) viel und (2) wenig.

Tabelle 2: Kreuztabelle Status-Posts und politische Partizipation

| | Viel Status-Posts | Wenig Status-Posts | Total |
|---------------------------------------|--------------------------|---------------------------|----------------|
| Viel politische Partizipation | 10 (31,25%) | 1 (1,72%) | 11 (12,22%) |
| Wenig politische Partizipation | 22 (68,75%) | 57 (98,28%) | 79 (87,78%) |
| Total | 32 (100%) | 58 (100%) | 90 (100%) |

df=1, n=90, $\chi^2=16,77$, Phi=0,43, p<0,01

Da als Voraussetzung für den Chi-Quadrat-Test empfohlen wird, dass kein Wert einer Kreuztabelle <5 annimmt (Kuckartz et al., 2013, S.96f), muss überprüft werden, ob der Wert von 1 in der ersten Zeile, zweite Spalte großen Einfluss auf das Ergebnis des Tests hat. Dazu wird die Rechnung genauer betrachtet.

$$\chi^2 = \frac{(10 - 3,91)^2}{3,91} + \frac{(1 - 7,09)^2}{7,09} + \frac{(22 - 28,08)^2}{28,08} + \frac{(57 - 50,91)^2}{50,91}$$

Formel zur Berechnung des χ^2 -Wertes aus Tabelle 2

Wie in der Berechnung zu sehen ist, kann der geringe Wert von 1 in der Ausgangskreuztabelle nicht hauptverantwortlich für den hohen, resultierenden χ^2 -Wert gemacht werden. Aus diesem Grund kann, ausgehend von $\chi^2=16,77$, von einem

Zusammenhang der beiden Variablen ausgegangen werden, der als hochsignifikant einzuschätzen ist ($p=0.0001717$).

Da vom Ergebnis des Chi²-Tests noch nicht auf die Stärke des Zusammenhangs geschlossen werden kann, wurde ebenfalls der Phi-Koeffizient als „[...] Maß für den Zusammenhang von zwei dichotomen Variablen“ (ebd., S.98) berechnet. Dieser ist mit einem Wert von 0,43 (siehe Tabelle 2) bei einem vorhandenen und mittel starken Zusammenhang anzusiedeln und in Übertragbarkeit von p ebenfalls hochsignifikant. Als Folge der dargelegten Auswertungsschritte kann Hypothese 1.1 vorübergehend verifiziert werden.

Die zweite Hypothese (1.2), bestehend aus einer einfachen Aussage, kann durch die Betrachtung einer einzelnen Variable überprüft werden, die jedoch ebenfalls einiger Modifizierung bedarf. Sie sagt aus, dass die Profile deutschsprachiger Politikerinnen und Politiker durch schwankende Aktivitäten keine konstante Plattform zur politischen Partizipation zur Verfügung stellen. Hierfür müssen unter Anwendung des subset()-Befehls zunächst alle 47.514 Zeilen aus dem Datensatz ausgewählt werden, die einen Status-Post beschreiben. Innerhalb des so erzeugten Unterdatensatzes müssen alle Daten, die vor dem 01.09.2013 datiert sind, entfernt werden, wodurch 8.188 Posts wegfallen (39.326 im Datensatz verbleibend). Nun kann die Variable ‚Time‘ betrachtet werden, die das Erstellungsdatum jedes dieser Status-Posts festhält. Bei der Umkodierung in eine neue Variable (‚Time2‘) werden alle Einträge eines Monats zusammengelegt, um durch die Darstellung der absoluten Häufigkeiten einen sinnvollen Zeitverlauf über 36 Monate hinweg darstellen zu können.

Anzahl monatlicher Status-Posts im Zeitverlauf

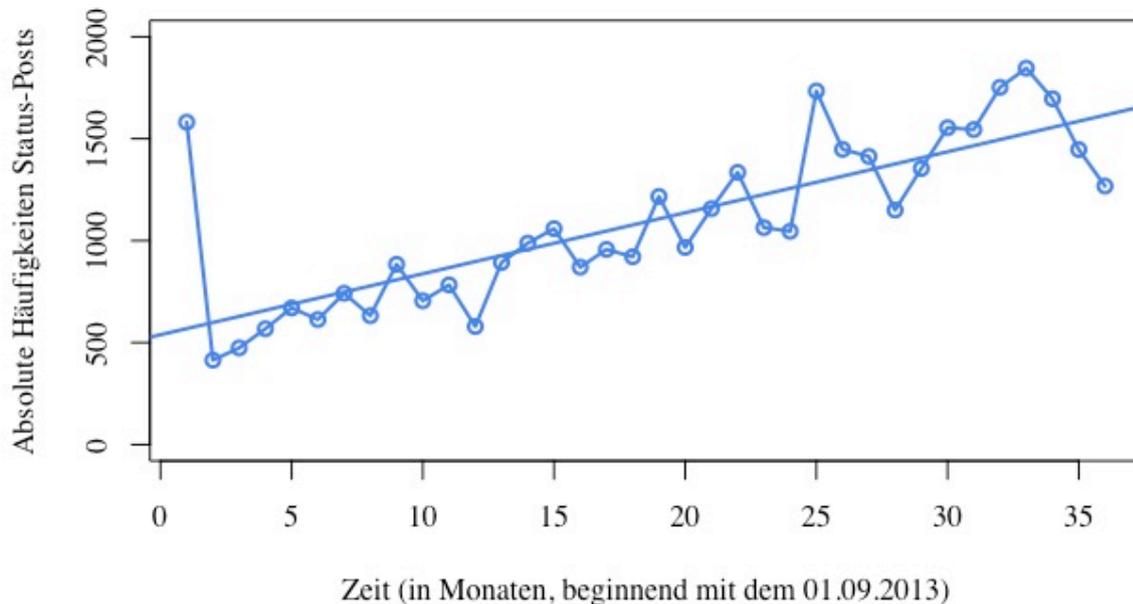


Abbildung 6: Anzahl Status-Posts im Zeitverlauf

Dadurch wird die Verteilung der Status-Posts (y-Achse) auf einen Zeitverlauf (x-Achse) von drei Jahren vermittelt, wobei dieser in Monaten angegeben und der Übersichtlichkeit halber numerisch aufgetragen ist. Wie aus der Abbildung 6 gut ersichtlich wird, wächst die Anzahl der Status-Posts, bis auf einige Ausreißer, im Zeitverlauf kontinuierlich an. Bis auf den ersten Monat (September 2013, 1581 Status-Posts) kann eine zu Beginn niedrigere, jedoch ständig steigende, Aktivität verzeichnet werden, die bis zum 15. Monat (November 2014, 1.059 Status-Posts) nie über 1.000 Status-Posts pro Monat aufweist. Betrachtet man die Ausreißer der Monate 1 (September 2013, 1.581 Status-Posts), 12 (August 2014, 579 Status-Posts), 25 (September 2015, 1.734 Status-Posts), 33 (Mai 2016, 1.846 Status-Posts) und 36 (August 2016, 1.268 Status-Posts) lassen sich kaum Gemeinsamkeiten feststellen. Die abfallenden Ausreißer (Monate 12 und 36) verzeichnen mit dem August den gleichen Monat im Sommer, die positiven Ausreißer 1 und 25 lassen sich jeweils im September beobachten. Vor allem die starke Abweichung im ersten Monat passt nicht in das Bild, das einen linearen Anstieg vermuten lässt, weshalb eine Betrachtung der vorangehenden Monate sinnvoll erscheint. Über den, auf die rückwirkenden drei Jahre begrenzten, Zeitraum aus Abbildung 6 hinaus, kann schließlich erkannt werden, dass es sich im September 2013 nicht um einen Ausreißer handelt. Im

Juni 2013 können 724 Status-Posts gemessen werden, im Juli sind es 915, im August 1.302, worauf schließlich der bekannte September 2013 mit 1.581 Status-Posts folgt. Es handelt sich also um die Fortführung einer hohen Aktivität, die im Oktober 2013 schlagartig verringert wird.

Da bei Betrachtung der Grafik in Abbildung 6, wie erwähnt ein linearer Zusammenhang zu vermuten ist, wurde zur Beschreibung eines Trends über den genannten Zeitverlauf hinweg, ebenfalls eine einfache, lineare Regression vorgenommen und die Regressionsgerade eingezeichnet. Die Zeit fungiert hierbei als Prädiktorvariable, die Anzahl der Status-Posts als Kriteriumsvariable (ebd., S.259). Die Regressionsgerade dient zur Schätzung der Anzahl künftiger Status-Posts und liegt möglichst nah an allen vorhandenen Punkten, wobei der Abstand zu diesen als Residuum bezeichnet wird (ebd., S.260). Die Steigung b_1 der Regressionsgeraden beträgt, gerundet auf zwei Nachkommastellen, 29,93, was einerseits einen positiven Zusammenhang zwischen der fortschreitenden Zeit und der Anzahl der Status-Posts aussagt (ebd., S.261), andererseits den positiven Trend der Status-Posts-Häufigkeit bestätigt.

In Rückgriff auf die in 1.2 aufgestellte Hypothese lassen diese Beobachtungen nur eine Falsifizierung der Behauptung zu. Die Schwankungen, die die Standardabweichung der Status-Post-Häufigkeiten von 389,4 deutlich beschreibt, sind zwar eindeutig vernehmbar, jedoch lässt sich, wie anhand der linearen Regression und der gebildeten Regressionsgerade gezeigt, ein Trend erkennen, der eine stete Zunahme an Status-Posts über den untersuchten Zeitverlauf beschreibt. Die Profile deutschsprachiger Politikerinnen und Politiker stellen somit durch ihre zwar schwankenden, jedoch konstant zunehmenden Aktivitäten eine immer stärkere Plattform für die politische Partizipation dar.

Die Behauptung der ersten Hypothese zur zweiten Forschungsfrage (2.1) besteht ebenfalls aus einer einfachen Aussage und behauptet, dass qualitativ schwach ausgeprägte Formen der politischen Partizipation die Mehrheit der Reaktionen auf Status-Posts von Profilen deutschsprachiger Politikerinnen und Politiker darstellen, wohingegen qualitativ höhere Ebenen der politischen Partizipation seltener erreicht werden. Erneut müssen einige Modifizierungen vorgenommen werden, bevor eine Überprüfung stattfinden kann. Um die drei qualitativen Ebenen gegenüber zu stellen, werden zunächst alle Likes und Shares aufsummiert, und aus beiden Werten erneut eine Summe gebildet, die die unterste Ebene der politischen Partizipation beschreibt. Unter Anwendung sogenannter Wildcard-

Auswahlen, die Einträge, wie beispielsweise die der ‚Text‘-Spalte, nach bestimmten Zeichen absuchen, können alle gewünschten Einträge ermittelt werden, da durch Reihung mehrerer Operatoren so die Häufigkeiten für die Einträge von Kommentaren mit und ohne Fragezeichen sowie selbiges für Subkommentare gebildet werden können. Danach müssen nur noch jeweils eine Addition für die mittlere Ebene der politischen Partizipation (Summen der Kommentare und Subkommentare ohne Fragezeichen) sowie für die der obersten Ebene (Summen der Kommentare und Subkommentare mit Fragezeichen) erfolgen.

Tabelle 3: Tabelle Anzahl politisch partizipativer Handlungen auf verschiedenen Ebenen

| | Unterste Ebene | Mittlere Ebene | Oberste Ebene | Gesamt |
|--------------------------------|----------------|----------------|---------------|-----------|
| Absolute Häufigkeit Handlungen | 4.602.440 | 114.286 | 24.554 | 4.741.280 |

Den größten Anteil an der Gesamtheit der politisch partizipativen Handlungen in der erhobenen Datenmenge nimmt mit 97,07% die unterste Ebene des Modells ein, was einer absoluten Häufigkeit von 4.602.440 entspricht (siehe Tabelle 3). Im Vergleich dazu finden auf den beiden übergestellten Ebenen verschwindend wenige Handlungen statt. Nur 2,41% (114.286) aller Fälle sind der mittleren Ebene zuzuordnen, 0,52% (24.554) der erhobenen Handlungen bewegen sich auf der höchsten Ebene der politischen Partizipation.

Hypothese 2.1 lässt sich somit auf Grundlage der ausgewerteten Daten vorübergehend bestätigen. Die mit Abstand meisten Handlungen, die unter Bezugnahme auf das in Kapitel 2.5.3 entwickelte Modell als politische Partizipation aufgefasst werden, spielen sich auf der untersten Ebene ab, wohingegen die beiden höheren Ebenen gemeinsam nicht einmal 3% des Gesamtvolumens der erhobenen politischen Partizipation ausmachen.

Die Wenn-Dann-Hypothese (2.2) der zweiten Forschungsfrage behauptet, dass Nutzerinnen und Nutzer, die auf Facebook-Profilen von Politikerinnen und Politikern einer als links geltenden Partei aktiv sind, das politische Partizipationspotential stärker ausnutzen als Nutzerinnen und Nutzer, die auf Facebook-Profilen aktiv sind, die Politikerinnen und Politikern einer als im Zentrum oder rechts stehenden Partei

zuzuordnen sind. Anknüpfend an Hypothese 1.2 kann die Entwicklung der Status-Posts pro politischem Lager zunächst vermitteln, welche Basis diese schaffen, um politische Partizipation zu ermöglichen.

Anzahl monatlicher Status-Posts pro politischem Lager im Zeitverlauf

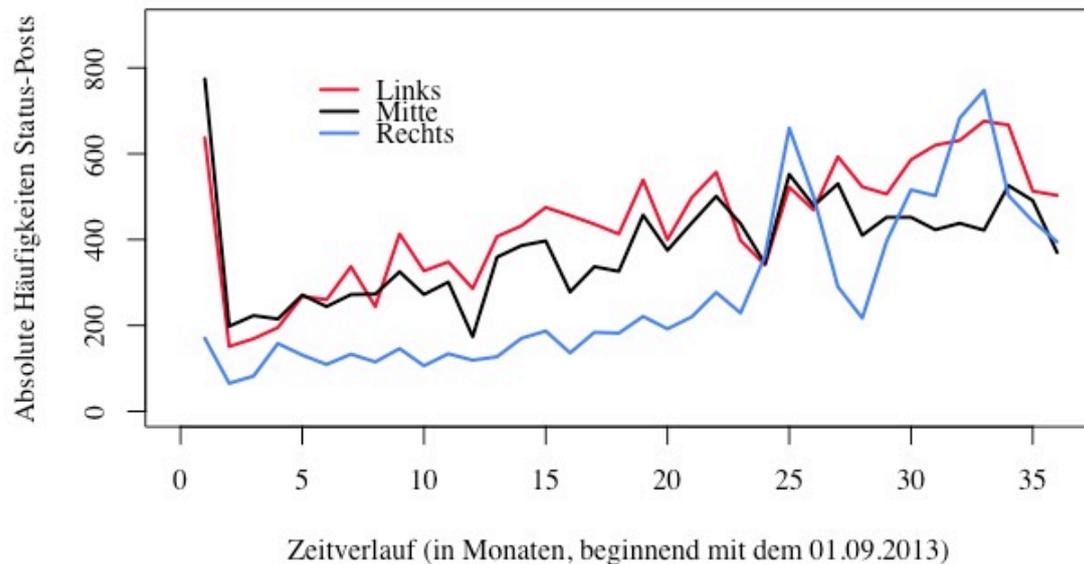


Abbildung 7: Anzahl monatlicher Status-Posts pro politischem Lager im Zeitverlauf

Im Hinblick dieser Zuordnung zu politischen Richtungen aus Abbildung 7 wird deutlich, dass vor allem die Parteien des rechten politischen Spektrums etwas aus dem Bild des, in der Hypothesenauswertung 1.2 aufgezeigten, linearen Anstiegs herausfallen. Vor allem der sprunghafte Anstieg der Monate 25 (September 2015) und ab Monat 32 (April 2016) fallen dabei ins Auge.

Die Abweichung der als rechts kategorisierten Parteien zieht sich wie ein roter Faden durch die Auswertung nach politischen Lagern. In einem Überblick über die Verteilung der Handlungen der politischen Partizipation auf die einzelnen politischen Lager können erste Einschätzung der Aktivitäten gewonnen werden. Auch dabei lassen sich auf der niedrigsten Ebene des Modells der politischen Partizipation in sozialen Netzwerken starke Unterschiede feststellen. Während linke Parteien (601.582 Likes, 62.955 Shares) in etwa vergleichbare Werte wie die mittig verorteten Parteien (508.130 Likes, 34.682 Shares) aufweisen, weisen die Parteien des rechten Spektrums mit insgesamt 3.0125.239 Likes und 369.850 Shares erneut differierende Werte auf. Einen aufschlussreichen Einblick bietet auch die Verteilung der verschiedenen Mitteilungstypen.

Verteilung der Mitteilungen auf politische Lager

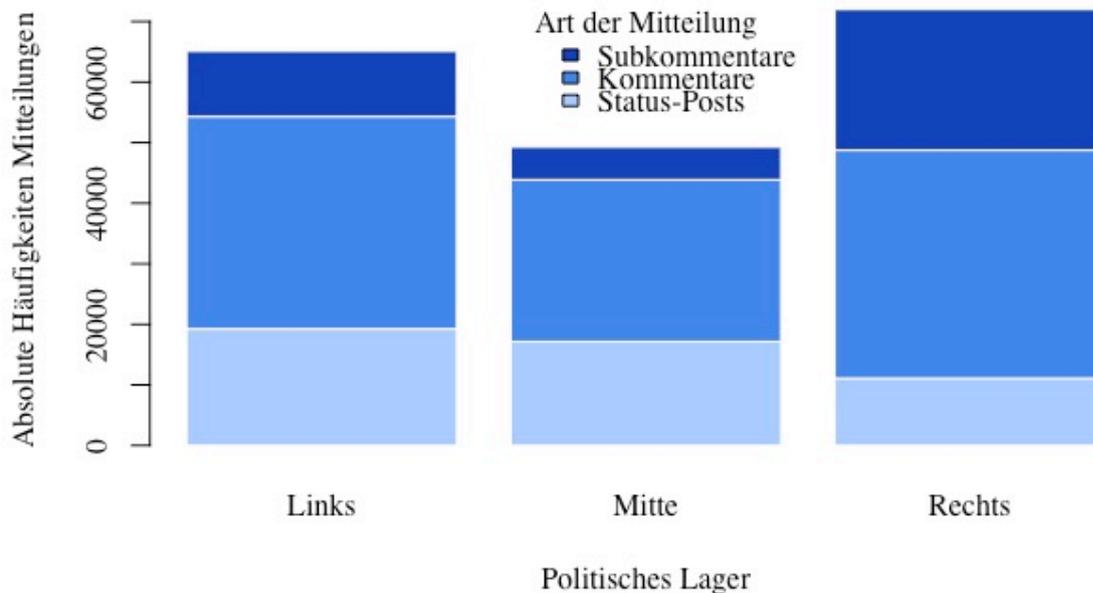


Abbildung 8: Verteilung der Mitteilungen auf politische Lager

Wie Abbildung 8 erkennen lässt, vereint das als rechts kategorisierte politische Lager mit 71.984 Mitteilungen (38,63% aller Mitteilungen) den höchsten Wert auf sich, Links folgt mit 65.094 (34,93%) und weit abgeschlagen bilanziert die Mitte des politischen Spektrums mit 49.276 nur 26,44% aller erhobenen Mitteilungen. Auffallend ist dabei, dass die Mitteilungsarten innerhalb dieser Mengen ungleich verteilt sind, auch was den Vergleich der politischen Lager untereinander angeht. Bieten links (19.260) und mittig (17.159) kategorisierte Parteien eine ungefähr gleich starke Basis für die politische Partizipation in Form von Status-Beiträgen, fällt dieser Wert im rechten Bereich etwas ab (11.095). Dennoch gibt es auf die vergleichsweise wenigen Posts eine quantitativ höher ausgeprägte Reaktion im hochqualitativen politischen Partizipationsbereich (auf den Ebenen zwei und drei des Modells). Macht in allen Lagern der Teil der Kommentare knapp über 50% (Links, 53,84%; Mitte, 54,22%; Rechts, 52,32%) des Gesamtvolumens der dort gemessenen Mitteilungen aus, sieht man bei den Subkommentaren eine stark veränderte Verteilung. Im rechten Bereich macht diese Mitteilungsform gut ein Drittel (32,27%) aus, Links (16,56%) und in der Mitte (10,95%) deutlich weniger. Die Tabellen mit den genauen Aufschlüsselungen der Mitteilungen sowie der Likes und Shares je politischem Lager befinden sich der Übersichtlichkeit halber im Anhang dieser Arbeit (Tabelle 10 und 11).

Um schließlich auf die Überprüfung der Hypothese einzugehen, müssen Kommentare und Subkommentare von den Status-Posts getrennt und in die Ebenen zwei (ohne Interaktionsaufruf) und drei (mit Interaktionsaufruf) aufgeteilt werden. Daraufhin kann auf einen Zusammenhang zwischen dem politischen Lager und den Ausprägungen der politischen Partizipation überprüft werden.

Tabelle 4: Kreuztabelle politisches Lager und Ebenen der politischen Partizipation

| | | Politisches Lager | | | |
|--------------------------|----------------|---------------------------|---------------------------|-----------------------------|-----------------------------|
| | | Links | Mitte | Rechts | Total |
| Modell- Ebene | Unterste Ebene | 664.539 (93,55%) | 542.812 (94,41%) | 3.395.089 (98,24%) | 4.602.440 (97,07%) |
| | Mittlere Ebene | 35.507 (5%) | 27.061 (4,71%) | 51.720 (1,5%) | 114.288 (2,41%) |
| | Oberste Ebene | 10.329 (1,45%) | 5.056 (0,88%) | 9.169 (0,26%) | 24.554 (0,52%) |
| | Total | 710.375 (100%) | 574.929 (100%) | 3.455.978 (100%) | 4.741.282 (100%) |

df=4, n=4.741.282, $\chi^2=63830$, Cramer's V=0,082, p<0,01

Tabelle 4 zeigt, dass auf der höchsten Ebene in einem Verlauf von rechts nach links geringfügig mehr Partizipation gemessen werden kann, auf unterster Ebene kehrt sich der Verlauf um. Wie die Berechnung jedoch erkennen lassen, kann durch den, in Anbetracht von n nicht sehr hohen χ^2 -Wert, kein nachweisbarer Zusammenhang zwischen der Ebene auf der sich die politische Partizipation bewegt und der politischen Ausrichtung vermutet werden, was durch den niedrigen p-Wert ($p=2.2 \cdot 10^{-16}$) als signifikant angesehen werden kann. Das Hinzuziehen weiterer Koeffizienten bescheinigt ebenfalls keinen vorliegenden Zusammenhang. Cramers V wäre in der Lage Aussagen über die Stärke eines Zusammenhangs zu machen, zeigt mit einem Wert von 0,082 jedoch, dass die beiden Variablen ohne Zusammenhang sind.

Die Hypothese 2.2 lässt sich somit nicht halten und muss in Anbetracht der Ergebnisse der statistischen Auswertung falsifiziert werden, da kein Zusammenhang zwischen der politischen Ausrichtung einer Partei und der Ausprägung der politischen Partizipation innerhalb des Ebenen-Modells erkennbar ist.

Die Aussagen der Hypothesen 3.1 und 3.2 können erneut durch die Verteilung von Häufigkeit überprüft werden. Sie behaupten, dass die Betreiberinnen und Betreiber der politischen Profile die Ansprache ihrer Status-Posts hauptsächlich für Nachfragen nutzen (3.1). Sowie, dass in die politische Partizipation der Nutzerinnen und Nutzer durch die Betreiberinnen und Betreiber der politischen Profile (innerhalb der Kommentarsektion) zum größten Teil durch Nachfragen eingegriffen wird (3.2). Hierzu werden, wie in den Auswertungsschritten bereits untersuchter Hypothesen, aus dem Ursprungsdatensatz zunächst alle Status-Posts extrahiert. Anschließend kann zunächst mithilfe einer Häufigkeitsverteilung ermittelt werden, wie viele der Status-Posts mit einer Nachfrage (dargestellt durch die Verwendung eines Fragezeichens) verbunden sind und wie viele nicht.

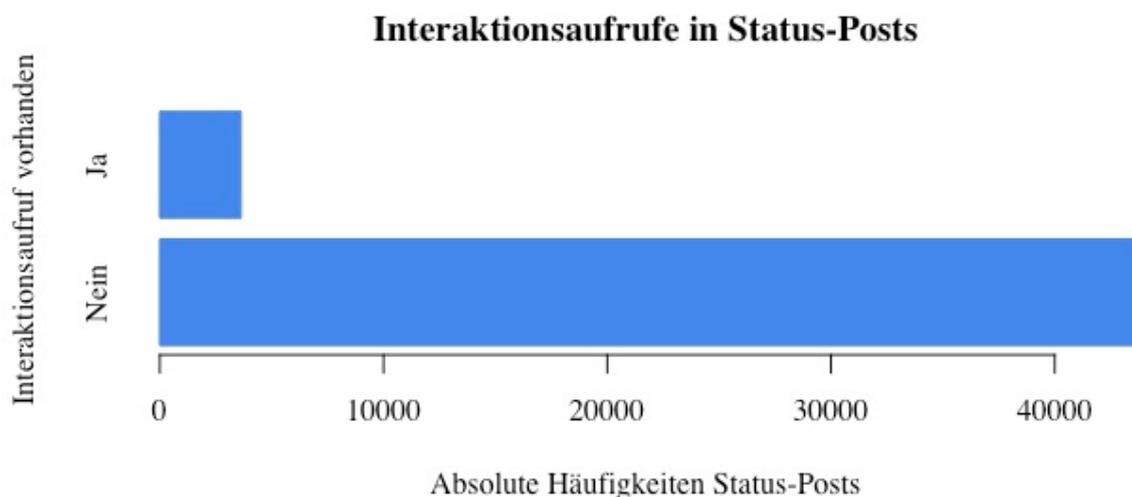


Abbildung 9: Häufigkeitsverteilung Interaktionsaufrufe in Status-Posts

Abbildung 9 lässt schnell darauf schließen, dass es in den meisten Status-Posts der politischen Profile zu keiner Interaktionsaufforderung durch eine Nachfrage kommt. In nur 7,63% (3.627) aller 47.514 Status-Posts konnte eine Nachfrage an die Nutzerinnen und Nutzern gemessen werden, die restlichen 43.887 (92,37%) Status-Posts waren ohne Interaktionsaufforderungen oder schlichtweg ohne Text (häufig der Fall wenn Status-Posts beispielsweise aus Bildern oder erstellten/geteilten Events bestehen) versehen.

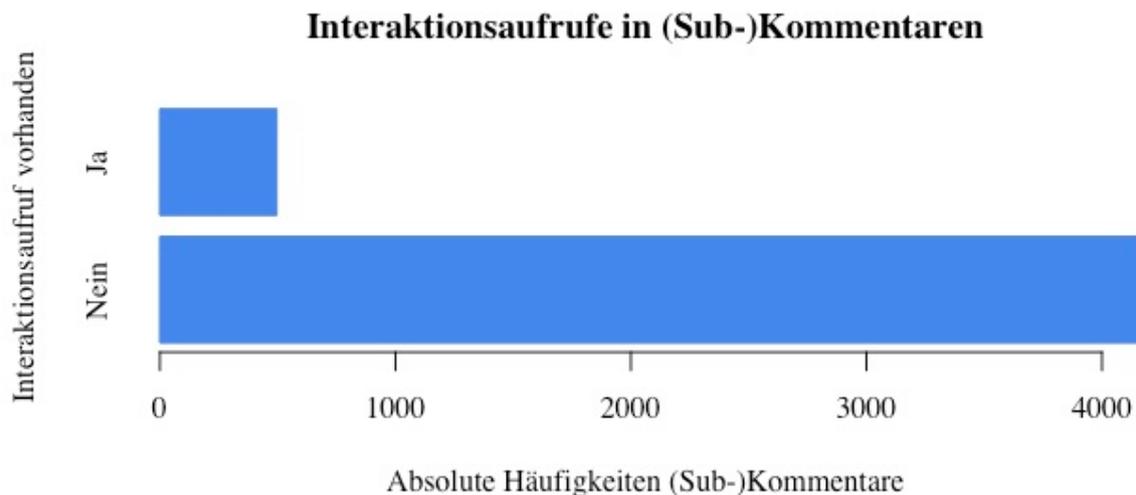


Abbildung 10: Häufigkeitsverteilung Interaktionsaufrufe in (Sub-)Kommentaren der Profile

Zwar ist in Abbildung 10 eine andere Skalierung gewählt, dennoch verdeutlicht der Vergleich mit Abbildung 9 sehr gut die klaren Ähnlichkeiten in den Verhältnissen zwischen den Einheiten mit und ohne Interaktionsaufforderung in beiden Fällen. Für die Hypothese 3.2 können insgesamt 4.123 erhobene Kommentare und Subkommentare, die durch die politischen Profile verfasst wurden, untersucht werden. Bei gerade einmal 12,03% (496) aller Fälle kann eine Interaktionsaufforderung gemessen werden, die restlichen 3.627 (87,97%) (Sub-)Kommentare der Profile blieben Aussagen ohne jegliche Nachfrage. Eine Tabelle mit der Zusammenfassung der hier genannten Zahlen zu Status-Posts sowie (Sub-)Kommentaren der politischen Profile befindet sich im Anhang (Tabelle 12).

Auf Basis dieser Zahlen können beide Hypothesen, 3.1 und 3.2, nicht bestätigt werden. Innerhalb der Status-Posts bleibt die große Mehrheit ohne eine Interaktionsaufforderung an die dem Profil folgende Gemeinschaft. Auch bei den Kommentaren und Subkommentaren, die durch die politischen Profile verfasst wurden, konnten nur sehr wenige Einträge mit einer Interaktionsaufforderung gemessen werden, weshalb nur eine Falsifikation der Behauptungen bleibt.

Hypothese 3.3 geht davon aus, dass wenn in Status-Posts eine Interaktionsaufforderung stattfindet, die politische Partizipation unterhalb dieser Posts quantitativ stärker ausgeprägt als in Posts ohne eine solche. Um dies zu überprüfen, müssen die einzelnen Posts und die jeweiligen, ihnen zugeordneten Kommentare und Subkommentare, Likes

und Shares betrachtet werden. Dazu werden zum ersten Mal im Zuge der Auswertung die Beitrags-IDs („ID“) und die Ursprungs-Variable („Source“) verwendet, die eine solche Zuteilung erlauben. Zunächst wird der bereits in mehreren vorangegangenen Hypothesenprüfungen genutzte Datensatz aller Status-Posts herangezogen. Diesem wird eine zusätzliche Variable angefügt, die später die Summe aller politisch partizipativen Handlungen enthalten soll, die unterhalb des jeweiligen Posts ermittelt werden konnten. Dabei kommen die Gruppierungs-, Summierungs- und Integrierungs-Befehle des Zusatzpaketes ‚dplyr‘ zum Einsatz. In einem zweistufigen Vorgehen (Subkommentare zu Kommentaren und Kommentaren zu Status-Posts) werden die jeweils unterstehende Mitteilungsebene in die höhere migriert (Status-Post > Kommentar > Subkommentar). Bei jeder Migration werden die Mitteilungen sowie deren Likes gezählt und in der darüber liegenden Quelle vermerkt. Am Ende steht so ein Datensatz, der alle Status-Posts enthält und ausweist, wie oft er geshared und geliked wurde, wie viele (Sub-)Kommentare vorhanden sind und wie häufig diese geliked wurden. Die Summe dieser genannten Werte ergibt dabei die politisch partizipativen Handlungen, die dieser Beitrag aufweist.

Dabei fällt auf, dass nicht die im deskriptiven Teil genannten Werte an Handlungen politischer Partizipation (in allen Bereichen) erreicht werden. Dies hat verschiedene Ursachen: Teilweise scheinen von Facebook aus einige Mitteilungen mit doppelten IDs versehen zu sein, von denen bei der Erhebung je nur eine übergeben wurde, auch scheint der Umgang mit gelöschten Mitteilungen, Mitteilungen von inzwischen gelöschten Profilen oder ähnlichen Fällen nicht eindeutig geregelt zu sein, weshalb sich einige Mitteilungen nicht einwandfrei zuordnen lassen. Da für die bisherigen Hypothesen keine solche Zuordnung vorgenommen werden musste, fällt diese Komplikation kaum ins Gewicht. Im Zuge der Hypothesenauswertungen 3.3 bis 3.6 werden besagte Fälle nicht berücksichtigt, da keine Auswertung nach politischem Lager (was zu Problemen in der Stichprobenverteilung durch die fehlenden Mitteilungen führen könnte) erfolgt, der fehlende Anteil gering ist (lediglich 0,95% der Gesamtheit der politisch partizipativen Handlungen) und somit noch eine große Anzahl an untersuchbaren Einträgen im Untersuchungsmaterial verbleibt.

Ähnlich wie in der ersten Formel der Hypothesenauswertung 1.1 dargestellt, wurde durch Division der Anzahl aller politisch partizipativen Handlungen (hier wurde die Gesamtanzahl von 4.741.280, wie im deskriptiven Teil beschrieben, herangezogen) durch

die Anzahl der Status-Posts ein Teilungswert ermittelt (=99,79), der eine Zuordnung in viele und wenige solcher Handlungen ermöglicht.

Tabelle 5: Kreuztabelle Interaktionsaufforderung in Status-Posts und Menge politische Partizipation

| Interaktionsaufruf in Status-Post | | | |
|--|-------------------|--------------------|--------------------|
| vorhanden | | | |
| | Ja | Nein | Total |
| Viel politische Partizipation | 518 (14,28%) | 5.069 (11,55%) | 5.587 (11,76%) |
| Wenig politische Partizipation | 3.109 (85,72%) | 38.818 (88,45%) | 41.927 (88,24%) |
| Total | 3.627 (100%) | 43.887 (100%) | 47.514 (100%) |

df=1, n=47.514, $\chi^2=23,83$, Phi=0,023, p<0,01

In Tabelle 5 wurde der migrierte Datensatz mit den Status-Posts abschließend in solche mit beziehungsweise ohne Interaktionsaufforderung (wie bereits in vorhergehenden Hypothesen erläutert) aufgeteilt. Daraus resultiert eine Kreuztabelle, die mit ihrer Verteilung aufzeigt, dass es keine gesonderte Beziehung zwischen einer Interaktionsaufforderung in den Status-Posts und den politisch partizipativen Handlungen zu geben scheint. Ob mit oder ohne Interaktionsaufforderung, es folgt gleichermaßen verhältnismäßig wenig politische Partizipation, wobei bei einem erfolgten Interaktionsaufruf die quantitativ stark ausgeprägte politische Partizipation einen sehr leicht höheren Anteil am Gesamtvolumen aufweist (14,28% statt 11,55%). Diese ersten Eindrücke unterstützen auch die zur Anwendung gebrachten statistischen Zusammenhangstests. χ^2 liegt bei nur 28,83 und auch der zusätzlich berechnete Kontingenzkoeffizient Phi weist mit 0,023 keinen Zusammenhang zwischen den beiden Variablen aus, diese Ergebnisse können dabei als hoch signifikant erachtet werden (p=0,0025).

Die Hypothese 3.3 kann in Folge nur falsifiziert werden, da kein Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein einer Interaktionsaufforderung in einem Status-Post und dem Ausmaß der politischen Partizipation darunter festgestellt werden konnte.

Die vierte Hypothese der dritten Forschungsfrage folgt dem Vorbild von 3.3, weshalb ein ähnliches Vorgehen gewählt wurde. Erneut wurden Datensätze ineinander migriert, dieses Mal jedoch darauf geachtet, dass die einzelnen Werte von Migration zu Migration nicht nur weitergezählt, sondern auch Ebenen zugeordnet wurden. Zusätzlich wurden die Datensätze zuvor unter Einfügen einer neuen Variable modifiziert, sodass ein Vermerk über einen etwaigen Interaktionsaufruf in den Kommentaren und Subkommentaren (was der höchsten Ebene der politischen Partizipation entspricht) verzeichnet wurde.

Tabelle 6: Kreuztabelle Interaktionsaufforderung in Status-Posts und Ebenen der politischen Partizipation

| | | Interaktionsaufruf in Status-Post | | |
|--------------------------|----------------|--|-----------------------|-----------------------|
| | | vorhanden | | |
| | | Ja | Nein | Total |
| Modell- Ebene | Unterste Ebene | 269.299 (94,89%) | 4.300.515 (97,47%) | 4.569.814 (97,31%) |
| | Mittlere Ebene | 11.774 (4,15%) | 92.549 (2,1%) | 104.323 (2,22%) |
| | Oberste Ebene | 2.731 (0,96%) | 19.204 (0,43%) | 21.935 (0,47%) |
| Total | | 283.804 (100%) | 4.412.268 (100%) | 4.696.072 (100%) |

df=2, n=4.696.072, $\chi^2=6.817,7$, Cramer's V=0,038, p<0,01

Auch die Auswertung der Kreuztabelle 6 weist Ähnlichkeiten mit der Auswertung der Hypothese 3.3 auf. So lassen sich auch hier als einziges Indiz für die Behauptung in 3.4 nur sehr leicht erhöhte Werte anführen. Im Vergleich zu einem nicht erfolgten Interaktionsaufruf im Status-Post, kann die entgegengesetzte Ausprägung dieser Variable auf den höheren Ebenen geringfügig höhere Anteile in der mittleren (4,15% statt 2,1%) und höheren (0,96% statt 0,43%) Stufe verzeichnen. Insgesamt kann jedoch bei weitem nicht von einem vorhandenen Zusammenhang gesprochen werden, was erneut auch die statistischen Tests beweisen. χ^2 mit 6.817,7 (bei n=4.696.072) beweist, dass die Abweichung von den erwarteten Werten nicht sehr hoch sind und auch Cramer's V (0,038) belegt, dass keinerlei Zusammenhang messbar ist.

Somit muss nach 3.3 auch die folgende Hypothese, die einen Bezug zwischen den Aktivitäten der Profile und der politischen Partizipation der Nutzerinnen und Nutzer herstellt, falsifiziert werden, da sich kein Zusammenhang zwischen einer Interaktionsaufforderung im Status-Post und der qualitativen Ausprägung der politischen Partizipation darunter feststellen lässt.

Da die Hypothesen 3.5 und 3.6 bis auf Änderungen in den UV den vorangegangenen beiden Hypothesen stark ähneln, wird auch ein fast identisches Vorgehen gewählt, welches nicht erneut in gleicher Ausführlichkeit geschildert wird.

Für die Behauptung 3.5, die einen Zusammenhang zwischen dem Eingreifen in die Kommentarsektion durch die Profile und der politischen Partizipation vermutet, werden somit die gleichen Auswertungsschritte wie in 3.3 gewählt und stufenweise einzelne Unter-Datensätze ineinander migriert. Der Unterschied besteht darin, dass ein Eingreifen in die Kommentare durch die Profile gemessen und festgehalten werden muss. Dazu werden, wie in Hypothese 3.2 bereits vorgenommen, alle (Sub-)Kommentare ausgefiltert, die von einem Profil verfasst wurden. In einer neukodierten Variable (,Eingr') wird dies für die entsprechenden Einträge festgehalten und so bei jedem Migrationsschritt weiter übernommen, so dass am Ende ersichtlich ist unterhalb welcher Status-Posts ein Eingriff durch das jeweilige Profil vorliegt.

Tabelle 7: Kreuztabelle Eingriff in Kommentare durch Profile und Menge politische Partizipation

| Eingriff in die Kommentarsektion durch | | | |
|---|---------|----------|----------|
| Profil vorhanden | | | |
| | Ja | Nein | Total |
| Viel politische | 624 | 4.963 | 5.587 |
| Partizipation | (26,4%) | (10,99%) | (11,76%) |
| Wenig politische | 1.740 | 40.187 | 41.927 |
| Partizipation | (73,6%) | (89,01%) | (88,24%) |
| Total | 2.364 | 45.150 | 47.514 |
| | (100%) | (100%) | (100%) |

df=1, n=47.514, $\chi^2=512,21$, Phi=0,104, p<0,01

In den 2.364 gemessenen Status-Posts (siehe Tabelle 7), in denen ein Eingriff in die Kommentarsektion unterhalb desselben durch die politischen Profile in Form von eigenen

Kommentaren, beziehungsweise Subkommentaren, festgestellt werden konnte (mehrfache Mitteilungen eines Profils unterhalb eines Status-Posts möglich), erlangte die dort vorherrschende politische Partizipation in rund einem Viertel der Fälle (26,4%) eine hohe Ausprägung. Wenn das Profil hingegen keinen Kommentar unter seinem eigenen Status-Post verfasste, erlangten nur 10,99% der Fälle diesen Status. Somit kann in der vorliegenden Konstellation von einem geringen Zusammenhang der Variablen gesprochen werden, der jedoch hoch signifikant ist ($p < 0,01$). Der χ^2 -Wert liegt mit 512,21 zwar deutlich höher als dies beispielsweise noch in Hypothese 3.3 der Fall war (beide mit $n=47.514$), ist jedoch, auch in Anbetracht von n , als nicht sehr hoch einzustufen. Der Phi-Koeffizient deutet mit 0,104 ebenfalls auf einen als schwach zu interpretierenden, vorhandenen Zusammenhang der beiden Variablen hin.

Auf Grundlage dieser Auswertungsdaten kann Hypothese 3.5 zwar vorläufig bestätigt werden, jedoch muss dabei erwähnt werden, dass es sich um einen äußerst schwachen Zusammenhang handelt. Das Vorhandensein von Kommentaren des politischen Profils selbst unter einem Status-Post hat somit zwar einen nachweisbaren, jedoch nur sehr geringen Einfluss auf die quantitative Ausprägung der politischen Partizipation.

Die letzte Hypothese (3.6) die im empirischen Teil dieser Arbeit überprüft werden muss, behauptet, dass die Eingriffe in die Kommentare, wie sie auch in Hypothese 3.5 untersucht wurden, einen Einfluss auf die qualitative Ausprägung der politischen Partizipation haben. Die Grundlagen zur Auswertung dieser Behauptung wurden bereits im Laufe dieses Kapitels gelegt und so können die Schritte aus 3.6 (Überprüfung auf vorliegenden Eingriff) sowie 3.4 (Ausprägungen der politischen Partizipation in Ebenen) herangezogen werden, um erneut in einem migrierenden Verfahren Unterdatensätze stufenweise zu verbinden.

Tabelle 8: Kreuztabelle Eingriff in Kommentare durch Profile und Ebenen der politischen Partizipation

| | | Eingriff in die Kommentarsektion durch Profil vorhanden | | |
|--------------------------|----------------|--|-----------------------------|-----------------------------|
| | | Ja | Nein | Total |
| Modell- Ebene | Unterste Ebene | 277.614 (90,93%) | 4.292.200 (97,75%) | 4.569.814 (97,31%) |
| | Mittlere Ebene | 22.290 (7,3%) | 82.033 (1,87%) | 104.323 (2,22%) |
| | Oberste Ebene | 5.386 (1,76%) | 16.549 (0,38%) | 21.935 (0,47%) |
| | Total | 305.290 (100%) | 4.390.782 (100%) | 4.696.072 (100%) |

df=2, n=4.696.072, $\chi^2=51.053$, Cramer's V=0,104, p<0,01

Auch aus Tabelle 8 lässt sich ein ähnliches Bild wie für Hypothese 3.5 gewinnen. Zwar ist der Anteil der qualitativ höher gestellten Ebenen in den Fällen, in denen ein Eingriff in die Kommentarsektion durch das politische Profil vorliegt, größer als in den Fällen ohne Eingriff, insgesamt ist diese Abweichung jedoch nicht sehr groß. Dies wird ebenfalls an den statistischen Kennwerten deutlich, die mit Cramer's V=0,104 erneut einen vorhandenen, jedoch schwachen Zusammenhang der beiden Variablen nachweisen. Das hochsignifikante Ergebnis wird auch durch die Chi²-Wert von 51.053 gestützt, der zwar deutlich höher liegt als beispielsweise bei Hypothese 3.4 (6.817,7), jedoch aufgrund des sehr großen n relativ gesehen werden muss.

Insgesamt kann so auch im Zuge der Hypothesenprüfung 3.6 ein ähnliches Fazit wie in der vorangegangenen Behauptung gezogen werden. Ein Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein eines Eingriffs unterhalb des Status-Posts in Form eines Kommentars oder Subkommentars durch die politischen Profile und der qualitativen Ausprägung der politischen Partizipation ist zwar vorhanden und nachweisbar, jedoch nur als sehr schwach ausgeprägt zu interpretieren und die Hypothese deshalb nur unter Beachtung dessen vorübergehend bestätigbar.

6.3 Fazit: Abschließende Diskussion der Forschungsfragen

Die Resultate der statistischen Auswertung der aufgestellten Hypothesen erlauben es in einem weiteren Schritt der Ergebnislegung diese zu interpretieren und somit auf die Forschungsfragen, denen sich die Arbeit widmet, einzugehen. Dabei wird stets, auch in Bezug auf bestehende vorgestellte Literatur, auf eine an den geschaffenen Fakten orientierte Beantwortung dieser Fragen fokussiert und im Sinne einer wissenschaftlichen Reflektion auch mögliche Problemstellungen thematisiert. Daraus folgende Konsequenzen, wie unbeleuchtete Aspekte dieser Untersuchung der politischen Kommunikation in sozialen Netzwerken, der Erschließung neuer Fragen oder Gebiete werden dann im folgenden, abschließenden Kapitel dieser Arbeit in Form eines Ausblicks angesprochen.

Die Grundlagen für die Möglichkeiten einer politischen Partizipation durch Bürgerinnen und Bürger in einem sozialen Netzwerk, und konkret in diesem Fall in Facebook, legen in vielerlei Hinsicht die Profile. Wie bereits die theoretische Herleitung und das entwickelte Modell zeigen, können diese als eine von mehreren strukturellen Bedingungen aufgefasst werden, da ohne sie keine Partizipation auf ihnen stattfinden kann. Tatsächlich unterstützt auch die Auswertung von Hypothese 1.1 die Annahme, dass nicht nur die schlichte Existenz eines solchen Profils, sondern auch dessen Aktivität eine Voraussetzung für das partizipative Verhalten der Nutzerinnen und Nutzer ist.

Diese ist, entgegen pessimistischeren Einschätzungen, wie sie im Forschungsstand aufgezeigt wurden, konstant. Wie mit dem Trend der Regression aus Hypothese 1.2 veranschaulicht werden konnte, unterliegt die Aktivität zwar Schwankungen, jedoch steigt sie linear und kontinuierlich an. Da die Profile nicht von Automatismen betrieben werden, sind Schwankungen in einem gewissen Rahmen erwart- und erklärbar, die berichteten Ausreißer können zudem mit Ereignissen in Verbindung gebracht werden. So sind in den August-Monaten 2014 und 2016 verhältnismäßig wenige Status-Posts beobachtbar, auch 2015 (vor allem im Vergleich zum September 2015) können in diesem Monat eher wenige Aktivitäten der Profile verzeichnet werden. Eine mögliche Erklärung dafür wären die Sommersitzungspausen der Parlamente im deutschsprachigen Raum, die gleichwohl häufig als Zeiten geringer politischer Aktivitäten gelten und deshalb, sowie vermutlich auch aufgrund des eigenen Urlaubs der profilbetreibenden Personen, wenig Output in die sozialen Netzwerke tragen. Auch die positiven Ausreißer scheinen mit

Ereignissen verknüpfbar zu sein. Der herausstechende erste Punkt in Abbildung 6 fällt auf den September 2013, in vielerlei Hinsicht ein Superwahlmonat im deutschsprachigen Raum. In Deutschland wurde zum 22.09.2013 ein neuer Bundestag gewählt, in Österreich zum 27.09.2013 ein neuer Nationalrat und in der Schweiz wurde am 22.09.2013 über das heftig diskutierte Thema einer Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht abgestimmt. Bei Betrachtung der vorhergehenden Monate, wie in der Hypothesenauswertung 1.2 geschehen, kann man erkennen, dass die Aktivität im September 2013 keinen Ausreißer darstellt, sondern vielmehr eine Steigerung bis zu diesem Ereignis erfolgt, die danach schlagartig abfällt. Dies kann als Bestätigung vorliegender Forschungsergebnisse (unter anderem Elter, 2013, S.202ff; Unger, 2012, S.225ff) gesehen werden, die die Aktivitäten politischer Profile mit bestimmten Ereignissen (häufig Wahlen) verknüpft und nach deren Beendigung einen starken Rückgang verzeichnen. Nicht uninteressant in der Betrachtung dieser Ergebnisse ist auch die Auffächerung dieser Aktivität nach politischem Lager, die in den Auswertungsschritten der Hypothese 2.2 vorgenommen wurde (siehe Abbildung 7). Dabei fällt auf, dass die Entwicklung der Aktivitäten rechter Parteien abweicht. Da, wie in der Stichprobenziehung vermerkt, nur Politikerinnen und Politiker aus Österreich und der Schweiz in diesem Lager kategorisiert sind, könnte der sprunghafte Anstieg der Monate 25 (September 2015) und ab Monat 32 (April 2016) auf die Schweizer Parlamentswahlen im Oktober 2015 und auch den beginnenden Wahlkampf um den Posten des Bundespräsidentenamtes in Österreich (erster Termin im Mai 2016) zurückzuführen sein.

Insgesamt zeichnet die Beleuchtung der durch die Profile geschaffenen Voraussetzungen für politische Partizipation somit ein sehr kontroverses Bild. Bereits die Ziehung der Stichprobe vermittelt mit insgesamt 102 benötigten Nachziehungen bei 90 untersuchten Profilen ein Bild einer politischen Elite, die nur spärlichen direkten Kontakt mit der Bevölkerung sucht. Vor allem die rechten Parteien (43 Mal nachgezogen) bieten mit den wenigsten Status-Posts und der darauf folgenden, quantitativ am stärksten ausgeprägten politischen Partizipation die Vermutung an, dass die breite Basis kaum auf Facebook setzt, und sie nur in der Spitze stark ausgeprägt dort aktiv ist. Dennoch muss auch die positive Entwicklung über den Zeitverlauf der drei Jahre aus Hypothese 1.2 berücksichtigt werden, die zeigt, dass Facebook aus top-down-Perspektive an Stellenwert gewonnen hat. Dies kann zwar auch einer steigenden Anzahl an Profilen über den Zeitraum geschuldet sein, mindert diesen Umstand jedoch nicht.

Dem nächstlogischen Untersuchungsschritt widmet sich, mit der Nutzung dieser geschaffenen Möglichkeiten politischer Partizipation, die zweite Forschungsfrage. Es zeigt sich, gemessen am entwickelten Ebenenmodell, dass politische Partizipation meist nur in qualitativ schwacher Ausprägung vorliegt und die Nutzerinnen und Nutzer häufig auf einfache Sympathiebekundungen und somit Positionierungen zurückgreifen (Gebel & Wagner, 2014, S.180). Im Zuge dieser Betrachtung fällt auf, dass vor allem additive Formen, wie in Kapitel 2.5.3 bereits thematisiert, nicht nur möglich, sondern auch als wahrscheinlich erscheinen. Dennoch liefert das Modell, und die Auswertung auf dessen Grundlage, interessante Einblicke. Denn abgesehen von der untersten Ebene überrascht es, dass nur knapp 18% aller Kommentare eine Interaktionsaufforderung in Form einer Frage beinhalten und eine weitere Diskussion zu politischen Aspekten angeregt wird. In den restlichen 114.286 Kommentaren liegt zwar ein Einbringen in die Thematik vor, jedoch verstehen sich diese als simples Statement, der keine weitere Interaktion folgen soll.

Betrachtet man die Mitteilungen aufgefächert nach politischen Lagern (Abbildung 8), wird zunächst deutlich, dass die Profile rechter Politikerinnen und Politiker zwar die geringste Basis (gemessen in Status-Posts) zur politischen Partizipation bieten, darauf jedoch die meisten Reaktionen erhalten. Die, auch in der breiten Gesellschaft und den Medien hitzig geführte Debatte um Rechtspopulismus, scheint auch die Handlungen auf den Profilen rechter Politikerinnen und Politiker zu befeuern. Der deutlich erhöhte Anteil an Subkommentaren in diesem politischen Lager könnte auf das erhöhte Diskussionspotential innerhalb der dort kommentierenden Personen hindeuten. Dieser Gedanke wird jedoch nicht durch die Auswertung der Hypothese 2.2 gestützt, die keinen Zusammenhang zwischen der politischen Richtung und der qualitativen Ausprägung der politischen Partizipation sieht. Sollte also, wie die erhöhte Zahl der Subkommentare vermuten lässt, eine ausgeprägtere Diskussionskultur der Nutzerinnen und Nutzer untereinander auf den Profilen politisch rechter Akteure herrschen, dann ist sie nicht außerordentlich stark von Interaktion geprägt.

Die durch die politischen Profile bereitgestellten Möglichkeiten zur Partizipation werden, abschließend betrachtet, somit in qualitativer Hinsicht nur schwach genutzt, was auch nicht an politischen Lagern festgemacht werden kann, wie anhand bestehender Forschungsergebnisse vermutet wurde (Dimitrova & Bystrom, 2013; Oelsner & Heimrich, 2015; Ross et al., 2014; Unger, 2012). Um einen quantitativen Vergleich anstellen zu können, müssten weitergehende Vergleichswerte vorliegen, mithilfe derer

man Beurteilungen vornehmen könnte. In Einschätzung des vorliegenden, ausgewerteten Untersuchungsmaterial kann dennoch festgehalten werden, dass das Mittel der politischen Partizipation in sozialen Netzwerken zwar nicht in der breiten Masse der Gesellschaft praktiziert wird, jedoch, relativ zur Bevölkerungszahl des deutschsprachigen Raums gesehen, eine bemerkbare Anzahl an politisch partizipativen Handlungen dort stattfindet.

In vielerlei Hinsicht, erwähnt seien hierbei die im theoretischen Teil angeführten Aspekte des political marketing (Oehmer, 2014, S.14f) oder einer politischen Legitimation (Albrecht, 2010, S.35f), besteht Interesse daran zu ergründen, wie diese politische Partizipation beeinfluss- oder ausbaubar gemacht werden kann. Welche Rolle dabei die politischen Profile selbst einnehmen können, wird im Zuge der Betrachtung der Hypothesen-Auswertung der dritten Forschungsfrage klarer.

Hier zeigt der Vergleich der beiden Methoden, die eine Interaktion mit Nutzerinnen und Nutzern anregen könnte, was der höchsten Ebene laut entwickeltem Modell entspricht, dass es nur wenige Möglichkeiten gibt die politische Partizipation aus top-down-Sicht zu beeinflussen. Eine Frage im textlichen Inhalt des Status-Posts beeinflusst die politische Partizipation weder quantitativ noch qualitativ, was bedeutet, dass es Nutzerinnen und Nutzern, was ihre reaktiven Handlungen angeht, egal ist, ob sie im Status-Post des Profils zu etwas befragt werden oder nicht. Demgegenüber gibt es jeweils einen schwachen Zusammenhang zwischen dem Eingreifen in die Kommentarsektion durch die Profile und die qualitative wie quantitative Ausprägung der politischen Partizipation, woraus gefolgert werden kann, dass das Instrument der Kommentare zwar ein mächtigeres zum Eingriff in die politische Partizipation ist als eine Interaktionsaufforderung innerhalb des Status-Posts, jedoch auch hier ein nur sehr geringfügiger Spielraum für eine Einflussnahme besteht.

Die beiden Methoden werden auch in der Praxis nur selten eingesetzt. Nur knapp unter 8% aller Status-Posts enthalten eine Interaktionsaufforderung, in die Kommentarsektion wurde durch die Profile lediglich 4.123 Mal eingegriffen, wobei davon rund 12% wiederum eine Interaktionsaufforderung enthielten, deren Einfluss weitergehend geklärt werden müsste. Sonstige moderierende Eingriffe manifestieren sich häufig in Ermahnungen oder ähnlichem, es entstehen dabei aber selten dialogische Formen, was auch bereits in der bestehenden Forschung ein dokumentiertes Phänomen beschreibt (unter anderem Elter, 2013, S.211ff; Nelke & Sievert, 2014, S.156).

Für die dritte Forschungsfrage bleibt somit festzuhalten, dass die Einflussmöglichkeiten aus top-down-Perspektive sehr begrenzt bleiben und wenn, nur wenig mächtig sind. Neben der Schaffung struktureller Voraussetzungen, wie dem Anlegen eines Profils und einer aktiven Basis für die politische Partizipation, wie dies auch im Zuge der ersten Forschungsfrage thematisiert wurde, betrifft dies vor allem die eigene Aktivität in der Kommentarsektion unterhalb von Status-Posts und somit die Reaktion auf Eingaben durch Nutzerinnen und Nutzer. Insgesamt kann dieser Umstand zwiespältig betrachtet werden. Ist es auf der einen Seite positiv, dass die politische Partizipation als demokratisches Element nicht von oben manipulierbar ist, spiegelt der geringe top-down-Spielraum auf der anderen Seite einen Potentialverlust für die politische Partizipation in dem sozialen Netzwerken wider, da ihr Ausbau nicht durch Akteure beeinflussbar ist, die daran aus verschiedenen Aspekten interessiert wären.

Abschließend kann die übergestellte Forschungsfrage, wie die Potentiale politischer Partizipation in sozialen Netzwerken genutzt werden, unter dem Licht der Hypothesenauswertung und der Besprechung der restlichen Forschungsfragen, sowie unter Rückgriff auf den theoretischen Aufbau dieser Arbeit, betrachtet werden.

Vor allem durch die Darstellung der als Ausreißer markierten Profile mit vergleichsweise sehr vielen Status-Posts und Reaktionen darauf, konnte gezeigt werden, dass die Grundlagen der politischen Partizipation durch die Profile zwar geschaffen werden, hier jedoch eine Diskrepanz zwischen der breiten Masse an Politikerinnen und Politikern und der aktiven Spitze der Profile gibt. Wie die Stichprobenziehung beweist, greifen viele nicht auf das soziale Netzwerk Facebook zurück, obwohl es sich, wie die Theorie gezeigt hat, dafür eignen würde mit Stakeholdern in Kontakt zu treten, was schließlich einen Grundaspekt des political marketing darstellt (Ormrod et al., 2013, S.16). Hier wird ersichtlich, dass das Ziel der Integration der sozialen Netzwerke in die Kommunikationsstrategien politischer Akteure (Oehmer, 2014, S.14) noch nicht abschließend an der Basis erreicht worden ist. Aspekte der Echtzeitkommunikation mit potentiellen Wählerinnen und Wählern hätten dabei weitreichende Vorteile für politische Akteure und könnten beispielsweise auch zu deren demokratischer Legitimation beitragen (Kersting, 2014, S.53).

Die aus diesem Blickwinkel eigentlich erwünschte und förderungswürdige Teilhabe (ebd.) wird zwar quantitativ ausgiebig genutzt, allerdings lassen sich kaum Einflüsse auf dieses Verhalten festmachen. Meist wird nur in Form von Positionierungen partizipiert und

somit auf niedrigen qualitativen Ebenen gehandelt, wobei sich die politische Ausrichtung des Profils weder auf Qualität noch Quantität auswirkt. Ähnlich verhält es sich mit den Handlungsmöglichkeiten der Profile diese Teilhabe zu bestärken. Selbst wenn ein solches Bewusstsein vorhanden ist, bleibt mit der Moderation in den Kommentaren durch eigene Eingaben nur ein geringer Einfluss für die politischen Akteure. Dieses Vorgehen kann jedoch einen weiteren positiven Aspekt für demokratische Strukturen mit sich bringen, da bei aktiver Rezeption der (Sub-)Kommentare von Nutzerinnen und Nutzern ein Transport von Meinungen und Ideen in das politische System von statten gehen kann (ebd., S.53).

Für politische Akteure, wie Politikerinnen und Politiker, Parteien oder politische campaigner ergeben sich aus diesen Schlussfolgerungen somit direkte Erkenntnisse, die sich praxisorientiert als relevant erweisen und einige Empfehlungen zulassen.

Die nachweisbar steigende politische Partizipation, die auf Facebook-Aktivitäten politischer Profile folgt, zeigt, dass das soziale Netzwerk ein Mittel für politische Akteure sein kann, sich im Sinne eines political-marketing-Ansatzes zu positionieren und mit Stakeholdern in Kontakt zu treten. Da dies aktuell jedoch nur in einer kleinen, hochaktiven Spitze wirklich beobachtbar ist und an der breiten politischen Basis die Nutzung Facebooks nur schwach ausgeprägt zu sein scheint, müssen digitalisierte Kommunikationsformen, und insbesondere die Präsenz in sozialen Netzwerken, insgesamt stärker in die political-marketing-Strategien aufgenommen werden. Beim Umgang mit dem Instrumentarium Facebooks und dem politisch partizipativen Verhalten der Nutzerinnen und Nutzer sollte auf eine aktive Grundlage für die Teilhabe geachtet werden und in diesem Sinne auch auf eine interaktionsunterstützende Moderation der Debatten innerhalb der Kommentarsektionen unter Status-Posts. Dies kann, als fördernde Maßnahme politischer Partizipation, dazu genutzt werden das Profil als Plattform einer solchen Teilhabe dauerhaft zu etablieren und, als Echtzeitkommunikationstool, zum Austausch von Informationen, Meinungen und Ideen eingesetzt werden. Positive Aspekte können dem Aufbau einer solchen funktionierenden Präsenz in sozialen Netzwerken nicht nur in Hinsicht demokratischer Strukturen (Bohnen & Kallmorgen, 2009, S.18) abgewonnen werden, sondern beispielsweise auch mit Blick auf Zeiten politischer Wahlkämpfe, in denen sich diese als mächtiges Kommunikationsinstrument mit hoher Reichweite (Klinger & Svensson, 2014, S.1253) herausstellen kann.

Mit dem gewählten Ansatz die politische Partizipation auf Prozessebene zu analysieren und den daraus gewonnenen Ergebnissen, will diese Arbeit den sozialen Netzwerken, und Facebook im speziellen, nicht gänzlich das Potential der politischen Teilhabe absprechen. Gerade durch seine Bevölkerungsnähe, gegeben durch den einfachen Zugang, die massenhafte Verbreitung und die simple Nutzungsstruktur, bietet es neue Zugänge in der öffentliche Kommunikationsstruktur und –kultur (Meyer, 2009, S.78) sowie strukturelle Alternativen für vorherrschende Demokratiedefizite, die in der Lage sind an bisher unerreichte gesellschaftliche Teilgruppen heranzutreten (Dörr, 2012, S.16f). Im Sinne einer deliberativen Demokratie stellen soziale Netzwerke Diskussionsforen dar, die theoretisch der gesamten zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit zur Verfügung stehen (Meyer, 2009, S.78). Die Profile können für die Bevölkerung eine direkte und transparente (Caesar, 2013, S.19f) Adresse für Rückkopplungen jeglicher Art darstellen und machen politische Akteure damit ohne Mittler erleb- und für Handlungen verantwortbar (Lively, 1975, S.30). Soziale Netzwerke schließen so weiter zur Rolle traditioneller und inzwischen immer stärker geschwächer (Kersting, 2014, S.55) Massenmedien in der Demokratie auf und erbringen wichtige, herkömmliche Vermittlungsleistungen (Marr, 2005, S.78).

Abschließend kann konstatiert werden, dass diese Untersuchung nahtlos an große Teile bestehender Forschungen zum Themenkomplex der politischen Partizipation in sozialen Netzwerken anschließt und ein diffiziles Bild des demokratischen Potentials Facebooks und deren Nutzung zeichnet. Auch hier kann keine abschließende Bewertung des Stellenwerts sozialer Netzwerke für die Demokratie getroffen werden, was aber auch nicht das formulierte Ziel dieser Arbeit war. Mit den dargelegten Resultaten wurde lediglich ein weiterer Schritt in der Erforschung onlinevermittelter politischer Partizipation und speziell der in sozialen Netzwerken geleistet. Zur endgültigen Bewertung werden nach wie vor weitere empirische Studien nötig sein.

6.4 Ausblick

Die politische Partizipation in sozialen Netzwerken, wie sie in dieser Arbeit kategorisiert und interpretiert wurde, weist auf Prozessebene einige Spezifika auf, die durch die vorliegende Studie aufgedeckt wurden und somit neue Aspekte in der Diskussion um die

Potentiale sozialer Netzwerke für die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger und deren Nutzung liefern. Der gewählte Blickwinkel, vorbei etwa an häufig thematisierten Nutzungsmotiven beider involvierter Seiten, zeigt dabei strukturelle Bedingungen sowie deren Schaffung und Nutzung auf. Daraus ergeben sich nicht nur direkte Schlüsse aus den Ergebnissen der Untersuchung, sondern öffnet auch die Augen für mögliche neue Ansätze im Spektrum von politischer Online-Kommunikation, Partizipation oder dem political marketing.

Vor allem durch weitere Studien in anderen Regionen oder auch Kulturräumen, die die Thematik mit einer ähnlichen Vorgangsweise angehen, können die hier gewonnen Ergebnisse deutlich an Aussagekraft gewinnen. Durch eine vergleichende Interpretation wäre es möglich weitreichendere Bewertungen vorzunehmen und die Eigenheiten der politischen Partizipation in sozialen Netzwerken innerhalb des deutschen Sprachraums zum Vorschein treten zu lassen.

In der Kommunikationswissenschaft können ähnliche Vorgangsweisen, die in inhaltsanalytischer Form die politische Partizipation untersuchen, für den deutschen Sprachraum noch weitere Erkenntnisse liefern, die in dieser Forschung nicht im zentralen Fokus standen oder aufgrund gewählter Perspektiven nicht miterfasst wurden. Hier wäre beispielsweise eine weitere, tiefgreifendere Adaption des Ebenenmodells möglich, die die politische Partizipation weiter auffächert und somit noch genauer zu erfassen im Stande ist. Personen, die einem Status-Post gegenüber, in Form eines Kommentars (und eventuell auch innerhalb dessen mit einer Interaktionsaufforderung), zustimmend handeln, werden diesen Post vermutlich auch liken und möglicherweise sharen. Dass dies in Summe einer höheren Form politischer Partizipation entspricht, als es das hier verwendete Ebenenmodell im Stande ist zu messen, scheint offensichtlich. Speziell dafür müssten somit Lösungsansätze gefunden werden, auch eine weiter angepasste und ausdifferenzierte Operationalisierung der Interaktionshandlungen scheint denkbar.

In Anbetracht weiterer Richtungen, leistet diese Forschung auch Beiträge in Richtung ereignisgekoppelter Untersuchungen. Hier konnten außergewöhnliche Aktivitäten zeitlich mit Ereignissen wie Wahlen in Verbindung gebracht werden und somit auch die Relevanz des sozialen Netzwerks als Wahlkampfinstrument angeschnitten werden. Daran lässt sich, wie auch durch vorhandene Studien bereits thematisiert, anknüpfen. Es lassen sich, wie in dieser Arbeit, nicht nur Ausmaß und Intentionen der Kommunikation feststellen, sondern auch Erkenntnisse über deren Eigenheiten, Reaktionen darauf und Unterschiede zur

Kommunikation und politischen Partizipation außerhalb der Zeiten dieser gesonderten Ereignisse gewinnen.

Ebenso wäre eine Koppelung interessant, die die Inhalte von Status-Posts genauer beleuchtet und deren Einfluss auf die politische Partizipation näher untersucht. Als besonders spannend tun sich hier die verschiedenen Erscheinungsformen der Status-Posts (Bilder, Videos, Links und ähnliches mehr) und die Auswirkungen multimedialer Inhalte auf das politische partizipative Verhalten auf.

Für die Außendarstellung politischer Akteure sowie deren Kontakt zu Bezugspartnern, wie sie die Bevölkerung darstellt, sind die Ergebnisse ebenso relevant. Im political marketing können die hier untersuchten Möglichkeiten die politische Partizipation auf Facebook zu fördern als Instrumente betrachtet werden, deren Auf- und Ausbau im Interesse politischer Akteure liegen dürfte und weiterer Forschungsanstrengungen bedarf. Auch die Schaffung der Grundvoraussetzungen für den Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern sowie die offensichtliche Diskrepanz zwischen erwünschten, in Kommunikationsstrategien zu integrierende, Kanäle und der wirklichen Präsenz politischer Akteure in diesem Feld eröffnet Fragen, die nur in einem wissenschaftlichen Setting beantwortet werden können.

Abschließend kann, als eines von mehreren weiterverwendbaren Ergebnissen dieser Arbeit, auch das Resultat zum Parteienbezug einen Anknüpfungspunkt für zukünftige Forschungen, beispielsweise in einem eher politikwissenschaftlichen Kontext, darstellen. In einem verstärkten Fokus auf den politischen Lagern, oder auch direkt auf einzelnen Parteien, ergibt sich aus dieser Untersuchung die, im Rahmen dieser Arbeit noch nicht wissenschaftlich fundierte, jedoch angedeutete Annahme, dass die Parteien des rechten politischen Flügels aufgrund der stark erhöhten Anzahl von Subkommentaren ein stärkeres Diskussions- und somit Partizipationspotential bereit halten als dies in anderen politischen Lagern der Fall ist. Insgesamt wäre es von gesteigertem Interesse die in Europa verstärkt aufkeimenden rechten Parteien und Bewegungen sowie rechtspopulistischen Tendenzen im Schlaglicht politischer Partizipation zu betrachten, da sie ein sehr spannendes Untersuchungsobjekt bieten, das sich auch in automatisierten, inhaltsanalytischen Verfahren gut erforschen ließe.

7. Literaturverzeichnis

- Albrecht, S. (2010). *Reflexionsspiele. Deliberative Demokratie und die Wirklichkeit politischer Diskurse im Internet*. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Alexa Internet-Traffic-Ranking August 2016 Global. Abgerufen am 01.09.2016 von <http://www.alexa.com/topsites>
- Alexa Internet-Traffic-Ranking August 2016 Deutschland. Abgerufen am 01.09.2016 von <http://www.alexa.com/topsites/countries/DE>
- Alexa Internet-Traffic-Ranking August 2016 Österreich. Abgerufen am 01.09.2016 von <http://www.alexa.com/topsites/countries/AT>
- Alexa Internet-Traffic-Ranking August 2016 Schweiz Abgerufen am 01.09.2016 von: <http://www.alexa.com/topsites/countries/CH>
- Audenhove, L. van, Lievens, B. & Cammaerts, B. (2005). Neue Demokratie durch neue Medien? In: Arnold, K. & Neuberger, C. (Hrsg.), *Alte Medien – neue Medien. Theorieperspektiven, Medienprofile, Einsatzfelder*. (S. 263–290). Wiesbaden: VS.
- Baek, Y. (2014). Political mobilization through social network sites: The mobilizing power of political messages received from SNS friends. *Computers in Human Behavior*, 44, 12-19.
- Barnes, S. & Kaase, M., et al (1979). *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills, CA: Sage.
- Batrinca, B. & Treleaven, P. (2015). Social media analytics: a survey of techniques, tools and platforms. *AI & SOCIETY*, Vol.30(1). S.89-116.
- Bennett, W., Wells, C., & Freelon, D. (2011). Communicating civic engagement: Contrasting models of citizenship in the youth web sphere. *Journal of Communication*, 61(5). S.835-856.

- Bennett, L. (2012). The Personalization of Politics: Political Identity, Social Media, and Changing Patterns of Participation. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Vol. 644, Communication, Consumers, and Citizens: Revisiting the Politics of Consumption, S.20-39
- Bieber, C. (2009). Twitter, Facebook, Politpiraten. Der Einfluss des Internets auf die Politik geht weit über Wahlwerbung hinaus. *Internationale Politik: iPolitics*, 64(7), 10-15.
- Bohnen, J. & Kallmorgen, J.-F. (2009). Wie Web 2.0. die Politik verändert. Wahlen allein reichen nicht. Technologie formt eine neue Bürgergesellschaft. *Internationale Politik: iPolitics*, 64(7), 18-25.
- Bonfadelli, H. (1994). *Die Wissenskluft-Perspektive: Massenmedien und gesellschaftliche Information*. Konstanz: UVK.
- Bosch, M. (2008). *Wahlkampf 2.0: Politische Kommunikation im Web 2.0 – mehr Demokratie durch mehr Kommunikation?* Marburg: Tectum.
- Boyd, D. & Ellison, N. (2008). Social Network Sites: Definition, History, and Scholarship. *Journal of Computer-Mediated Communication*, 13, 210–230.
- Brändle, M. (1999). Konkordanz gleich Konvergenz ? Die Links–rechts–Positionierung der Schweizer Bundesratsparteien, 1947 – 1995. *Swiss Political Science Review*. 5(1): S.11-29.
- Brosius, H.-B. & Koschel, F. (2005). *Methoden der empirischen Kommunikationsforschung. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bundesamt für Statistik Schweiz. Wahlbeteiligung. Abgerufen am 19.09.2016 von http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/02/blank/key/national_rat/wahlbeteiligung.html

Bundesministerium für Inneres Österreich. Wahlbeteiligung. Abgerufen am 19.09.2016 von <http://wahl13.bmi.gv.at>

Bundeszentrale für politische Bildung Deutschland. Wahlbeteiligung. Abgerufen am 19.09.2016 von <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/55597/nach-gechlecht>

Caesar, I. (2012). *Social Web – politische und gesellschaftliche Partizipation im Netz*. Berlin: Simon Verlag für Bibliothekswissen.

Coenen, C. (2005). Weblogs als Mittel der Kommunikation zwischen Politik und Bürgern - Neue Chancen für E-Demokratie? *Journal für alte und neue Medien aus soziologischer, kulturanthropologischer und kommunikationswissenschaftlicher Perspektive*, 6, Beitrag 5.

Dahl, R.A. (2006). *On Political Equality*. Yale: Yale University Press.

Die Bundesversammlung — Das Schweizer Parlament: Mitgliederverzeichnis Nationalrat nach Kantonen. Abgerufen am 19.07.2016 von <https://www.parlament.ch/de/organe/nationalrat/mitgliederverzeichnis-nationalrat-nach-kantonen>

Diekmann, A. (2009). *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Dimitrova, D. & Bystrom, D. (2013). The Effects of Social Media on Political Participation and Candidate Image Evaluations in the 2012 Iowa Caucuses. *American Behavioral Scientist*, 57(11). S.1568-1583.

Donges, P. (2014). Politische Interessensvermittlung im Medienwandel – Entwicklungen und Perspektiven. In Oehmer, F (Hrsg.), *Politische Interessenvermittlung und Medien. Funktionen, Formen und Folgen medialer Kommunikation von Parteien, Verbänden und sozialen Bewegungen* (S.49-65). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

- Dörr, D. (2012). Was Rechtsprechung und Gesetzgeber von den Medien fordern. In Demokratie-Stiftung der Universität zu Köln (Hrsg.), *Medien und Demokratie – was der Journalismus heute leistet* (S.1-19). Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Ebersbacher, A., Glaser, M. & Heigl, R. (2008). *Social Web*. Konstanz: UVK.
- Eixelsberger, W. & Stember, J. (2012). eGovernment – zwischen Partizipation und Kooperation. In Eixelsberger, W. (Hrsg.), *E-Government – Zwischen Partizipation und Kooperation* (S.3-29). Wien: Springer-Verlag.
- Emmer, M. & Vowe, G. (2004). Mobilisierung durch das Internet? Ergebnisse einer empirischen Längsschnittuntersuchung zum Einfluss des Internets auf die politische Kommunikation der Bürger. *Politische Vierteljahresschrift*, 45(2), 191–212.
- Emmer, M. (2005). *Politische Mobilisierung durch das Internet? Eine kommunikationswissenschaftliche Untersuchung zur Wirkung eines neuen Mediums*. München: Verlag Reinhard Fischer.
- Gebel, C. & Wagner, U. (2014). *Jugendliche und die Aneignung politischer Information in Online-Medien*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Gerlach, S. (2016). *Computerphysik. Einführung, Beispiele und Anwendungen*. Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag.
- Gil De Zúñiga, H., Jung, N. & Valenzuela, S. (2012). Social Media Use for News and Individuals' Social Capital, Civic Engagement and Political Participation. *Journal of Computer-Mediated Communication*, Vol.17(3). S.319-336.
- Gustafsson, N. (2012). The subtle nature of Facebook politics: Swedish social network site users and political participation. *new media & society*, 14(7), 1111-1127.
- Gustafsson, N. & Heide, M. (2013). Are Social Network Sites Reducing Inequality in Political Participation? *Reports in Strategic Communication*, 1(2), 1-37.

- Harris, P. & Lock, A. (2010). "Mind the gap": the rise of political marketing and a perspective on its future agenda. *European Journal of Marketing*, Vol. 44, Iss 3/4. S. 297-307.
- Häder, M. (2015). *Empirische Sozialforschung. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Heigl, A. & Hacker, P. (2010). *Politik 2.0. Demokratie im Netz*. Wien: Czernin Verlag.
- Herbers, M. & Friedemann, A. (2010). Spezielle Fragen der Reliabilität und Validität bei Online-Inhaltsanalysen. In Welker, M. & Wunsch, C. (Hrsg.). *Die Online-Inhaltsanalyse. Forschungsobjekt Internet*. S.240-266. Köln: Halem.
- Hoecker, B. (2002). Mehr Demokratie via Internet? Die Potenziale der digitalen Technik auf dem empirischen Prüfstand. *Politik und Zeitgeschichte*, B39-40. S.37-45.
- Hoffmann, C., Suphan, A. & Meckel, M. (2016). The Impact of Use Motives on Politicians' Social Media Adoption. *Journal of Information Technology & Politics*. Vol.13, Issue 3.
- Hoffman, L., Jones, P. & Young, D. (2013). Does my comment count? Perceptions of political participation in an online environment. *Computers in Human Behavior*, 29. S. 2248–2256.
- Kersting, N. (2014). Online Beteiligung – Elektronische Partizipation – Qualitätskriterien aus Sicht der Politik. In Voss, K. (Hrsg.), *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet* (S.53-91). Wiesbaden: Springer.
- Kopper, G. (2005). Internet-Dienste und demokratische Kultur. Plädoyer für eine kritische Perspektive. In Matzker, R. & Reinecke, S. (Hrsg.), *Medienwissenschaft. Teil 7: Öffentlichkeit, Partizipation, Politische Kultur* (S.115-125). Bern: Peter Lang AG, Europäischer Verlag der Wissenschaften.

- Kronewald, E. (2014). „Inhaltsanalyse 2.0“ – International vergleichende Inhaltsanalyse von Social Media. In Nelke, A. & Sievert, H. (Hrsg.). *Social-Media-Kommunikation nationaler Regierungen in Europa Theoretische Grundlagen und vergleichende Länderanalysen*. S.25-34. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Kubicek, H., Lippa, B. & Westholm, H. (2009). *Medienmix in der Bürgerbeteiligung. Die Integration von Online-Elementen in Beteiligungsverfahren auf lokaler Ebene*. Berlin: edition sigma.
- Kuckartz, U., Rädiger, S., Ebert, T. & Schehl, J. (2013). *Statistik: Eine verständliche Einführung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Lazarsfeld, P., Berelson, B. & Gaudet, H. (1969). *Wahlen und Wähler: Soziologie des Wahlverhaltens. (The people's choice)*. Neuwied: Luchterhand.
- Leggewie, C. (2002). Netzwerkparteien? Parteien in der digitalen Öffentlichkeit. In Alemann, U. von & Marschall, M. S. (Hrsg.), *Parteien in der Mediendemokratie (S.173-188)*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Li & Owyang (2010). *Understand Your Customers' Social Behaviors*. Workshop-Präsentation.
- Linhart, E. & Shikano, S. (2007). *Die Generierung von Parteipositionen aus vorverschlüsselten Wahlprogrammen für die Bundesrepublik Deutschland (1949-2002)* (Working Paper). Mannheim: Zentrum für europäische Sozialforschung.
- Lively, J. (1975). *Democracy*. Oxford: Blackwell.
- Manderscheid, K. (2012). *Sozialwissenschaftliche Datenanalyse mit R. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Marr, M. (2005). *Internetzugang und politische Informiertheit. Zur digitalen Spaltung der Gesellschaft*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

- Meißelbach, C. (2009). *Web 2.0 – Demokratie 3.0? Demokratische Potentiale des Internets*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Meyer, T. (2009). *Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung*. Wiesbaden: GWV Fachverlage GmbH.
- Münker, S. (2009). *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Nelke, A. & Sievert, H. (Hrsg.) (2014). *Social-Media-Kommunikation nationaler Regierungen in Europa Theoretische Grundlagen und vergleichende Länderanalysen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Niedermayer, O. (2008). *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Norris, P. (2001). *Digital Divide. Civic Engagement, information poverty, and the internet worldwide*. Cambridge: University Press.
- Oehmer, F. (2014). Intermediäre Akteure und Medien. Eine Einleitung in Begriffe, Konzepte und Systematik des Sammelbandes. In Oehmer, F. (Hrsg.), *Politische Interessenvermittlung und Medien. Funktionen, Formen und Folgen medialer Kommunikation von Parteien, Verbänden und sozialen Bewegungen* (S.13-25). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft
- Oelsner, K. & Heimrich, L. (2015). Social Media Use of German Politicians: Towards Dialogic Voter Relations? *German Politics*, 24:4. S.451-468.
- Ormrod, R., Hennenberg, S. & O’Shaughnessy, N. (2013). *Political Marketing. Theory and Concepts*. London: Sage.
- Paier, D. (2010). *Quantitative Sozialforschung. Eine Einführung*. Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG.

- Pelinka, A. & Rosenberger, S. (2007). *Österreichische Politik: Grundlagen - Strukturen – Trends*. Wien: Facultas.WUV.
- Petersen, N. (2009). Demokratie als teleologisches Prinzip. Zur Legitimität von Staatsgewalt im Völkerrecht. In Bogdandy, A. & Wolfrum, R. (Hrsg.), *Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht*. Band 204. Heidelberg: Springer.
- Rogg, A. (2003). *Demokratie und Internet. Der Einfluss von computervermittelter Kommunikation auf Macht, Repräsentation, Legitimation und Öffentlichkeit*. Opladen: Verlag Leske + Budrich.
- Romano, V. (2007). Informations- und Kommunikationstechnologien und Demokratie. In Fleissner, P. & Romano, R. (Hrsg.), *Digitale Medien – neue Möglichkeiten für Demokratie und Partizipation?* (S.21-41) Berlin: trafo Verlag.
- Ross, K., Fountaine, S. & Comrie, M. (2014). Facing up to Facebook: politicians, publics and the social media(ted) turn in New Zealand. *Media, Culture & Society*, Vol. 37(2). S.251-269.
- Rössler, P. (2008). Gütekriterien bei international vergleichenden Inhaltsanalysen. In Melischek, G., Seethaler, J., Wilke, J. (Hrsg.). *Medien & Kommunikationsforschung im Vergleich: Grundlagen, Gegenstandsbereiche, Verfahrensweisen*. S.419-434. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmidt, J. (2013). *Social Media*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Schrape, J.-F. (2010). *Neue Demokratie im Netz. Eine Kritik an den Visionen der Informationsgesellschaft*. Bielefeld: Transcript.
- Schultze, R. (1998): Partizipation. In Nohlen, D., Schultze, R. & Schüttemeyer, S. (Hrsg.): *Politische Begriffe (Lexikon der Politik, Bd. 7)* (S.470-472). München: Verlag C. H. Beck.

- Seifert, M. (2006). Neue Demokratie durch das Internet? Zum Einfluss des Netzes auf die bürgerschaftliche politische Kommunikation. *Forschungsjournal NSB*, Jg.19, 2. S.48-59.
- Seong-Jae Min (2010). From the Digital Divide to the Democratic Divide: Internet Skills, Political Interest, and the Second-Level Digital Divide in Political Internet Use. *Journal of Information Technology & Politics* (S.22-35), 7:1.
- Shah, D., Rojas, H., & Cho, J. (2009). Media and civic participation: On understanding and misunderstanding communication effects. In J. Bryant & M. B. Oliver (Hrsg.), *Media effects: Advances in theory and research* (S.207-227). New York: Routledge.
- Siedschlag, A. (2002). Politologische Annäherungen an die digitale Demokratie — Ein Kommentar zum Forschungsstand. In Rogg, A. (Hrsg.), *Wie das Internet die Politik verändert. Einsatzmöglichkeiten und Auswirkungen* (S.9-19). Opladen: Leske + Budrich.
- Smitten, S.i.d. (2007). *Online Vergemeinschaftung. Potentiale politischen Handelns im Internet*. München: Verlag Reinhard Fischer.
- Social Media Institute. Social Media Nutzerzahlen. Abgerufen am 19.09.2016 von <http://socialmedia-institute.com/uebersicht-aktueller-social-media-nutzerzahlen/>
- Social Media Radar Austria. Abgerufen am 19.09.2016 von <http://socialmediaradar.at>
- Sørensen, M. (2016). Political conversations on Facebook – the participation of politicians and citizens. *Media, Culture & Society*, S.1-20.
- Stanoveska-Slabeva, K. (2008). Web 2.0 – Grundlagen, Auswirkungen und zukünftige Trends. In Meckel, M & Stanoveska-Slabeva, K. (Hrsg.), *Web 2.0. Die nächste Generation Internet* (S.13-39). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

- Stieglitz, S., Dang-Xuan, L., Bruns, A. & Neuberger C (2014). *Social Media Analytics. An Interdisciplinary Approach and Its Implications for Information Systems*. Wiesbaden: Springer Fachverlag.
- Tufekci, Z. & Wilson, C. (2012). Social Media and the Decision to Participate in Political Protest: Observations From Tahrir Square. *Journal of Communication*, Vol.62(2), S.363-379.
- Unger, S. (2012). *Parteien und Politiker in sozialen Netzwerken Moderne Wahlkampfkommunikation bei der Bundestagswahl 2009*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Valenzuela, S., Arriagada, A. & Scherman, A. (2012). The Social Media Basis of Youth Protest Behavior: The Case of Chile. *Journal of Communication*, 62(2), 299-314.
- Van Deth, J. (2009). Politische Partizipation. In Kaina, V. & Römmele, A. (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch (S. 141-162)*. Wiesbaden: VS.
- Vesnic-Alujevic, L. (2012). Political participation and web 2.0 in Europe: A case study of Facebook. *Public Relations Review*, 38, S.466-470.
- Vesnic-Alujevic, L. (2013). *Members of the European Parliament Online: The Use of Social Media in Political Marketing*. Brüssel: Centre for European Studies.
- Voss, K. (2014). *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*. Wiesbaden: Springer.
- Welker, M., Wunsch, C., Böcking, S., Isermann, H., Pentzold, C., Schweitzer, E. & Friedemann, A. (2010). Die Online-Inhaltsanalyse: Methodische Herausforderung, aber ohne Alternative. In Welker, M. & Wunsch, C. (Hrsg.). *Die Online-Inhaltsanalyse. Forschungsobjekt Internet*. S.9-31. Köln: Halem.

- Westle, B. (2012). „Postdemokratien?“ – Zur Wahrnehmung der Parteien auf der ideologischen Links-Rechts-Skala: Großbritannien, Frankreich und Deutschland. *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*. 2012(6). S.255-301.
- Wollschläger, D. (2014). *Grundlagen der Datenanalyse mit R. Eine anwendungsorientierte Einführung*. Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag.
- Yang, H. & DeHart, J (2016). Social Media Use and Online Political Participation Among College Students During the US Election 2012. *Social Media + Society*, January-March 2016. S.1-18.

8. Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

8.1 Abbildungsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Abbildung 1: Engagement pyramid | 13 |
| Abbildung 2: Politische Partizipation | 15 |
| Abbildung 3: Politische Partizipation auf Facebook | 24 |
| Abbildung 4: Häufigkeitsverteilung der Mitteilungen..... | 59 |
| Abbildung 5: Anzahl der Mitteilungen pro Profil..... | 60 |
| Abbildung 6: Anzahl Status-Posts im Zeitverlauf | 64 |
| Abbildung 7: Anzahl monatlicher Status-Posts pro politischem Lager im Zeitverlauf..... | 67 |
| Abbildung 8: Verteilung der Mitteilungen auf politische Lager | 68 |
| Abbildung 9: Häufigkeitsverteilung Interaktionsaufrufe in Status-Posts | 70 |
| Abbildung 10: Häufigkeitsverteilung Interaktionsaufrufe in (Sub-)Kommentaren der Profile..... | 71 |

8.2 Tabellenverzeichnis

| | |
|---|-----|
| Tabelle 1: Parteien Kategorisierung..... | 42 |
| Tabelle 2: Kreuztabelle Status-Posts und politische Partizipation..... | 62 |
| Tabelle 3: Tabelle Anzahl politisch partizipativer Handlungen auf verschiedenen Ebenen | 66 |
| Tabelle 4: Kreuztabelle politisches Lager und Ebenen der politischen Partizipation..... | 69 |
| Tabelle 5: Kreuztabelle Interaktionsaufforderung in Status-Posts und Menge politische Partizipation | 73 |
| Tabelle 6: Kreuztabelle Interaktionsaufforderung in Status-Posts und Ebenen der politischen Partizipation..... | 74 |
| Tabelle 7: Kreuztabelle Eingriff in Kommentare durch Profile und Menge politische Partizipation | 75 |
| Tabelle 8: Kreuztabelle Eingriff in Kommentare durch Profile und Ebenen der politischen Partizipation | 77 |
| Tabelle 9: Kategorisierung einzelner Parteien nach politischem Lager | 106 |
| Tabelle 10: Aufschlüsselung Mitteilungen auf politische Lager | 107 |
| Tabelle 11: Aufschlüsselung Likes und Shares auf politische Lager | 107 |
| Tabelle 12: Aufschlüsselung Interaktionsaufforderungen auf Mitteilungen | 108 |

9. Anhang

I. Quellcode Facebook-Scraping-Script

```
import json
import urllib2
import time
import datetime
import unicodedcsv as csv
from itertools import izip
import sys
import os

app_id = "" # Verwendete App
app_secret = "" # Verwendetes Passwort
access_token = app_id + "|" + app_secret

pages = []

if len(sys.argv) > 1:
    mylist = []
    for element in sys.argv[1:]:
        pages.append(element)

def request_until_succeed(url):
    req = urllib2.Request(url)
    success = False
    while success is False:
        try:
            response = urllib2.urlopen(req)
            if response.getcode() == 200:
                success = True
        except Exception, e:
            print e
            time.sleep(5)
            print "Error for URL %s: %s" % (url,
datetime.datetime.now())
    return response.read()

def getFacebookPageFeedData(page_id, access_token, num_statuses):
    base = "https://graph.facebook.com"
    node = "/" + page_id + "/feed"
    parameters =
"/?fields=message,created_time,from,name,id,status_type,likes.limit(
10).summary(true),comments.limit(10).summary(true),shares&limit=%s&a
ccess_token=%s" % (num_statuses, access_token) # changed
    url = base + node + parameters
    data = json.loads(request_until_succeed(url))
    return data

def Comments_url(graph_url, post_id, access_token):
```

```

    comments_args = post_id +
"/comments/?fields=message,created_time,comments.limit(10),from,like
s.summary(true)&access_token=" + access_token
    comments_url = graph_url + comments_args
    return comments_url

def scrapeFacebookPageFeedStatus(page_id, access_token):
    messages_full = []
    has_next_page = True
    num_processed = 0
    scrape_starttime = datetime.datetime.now()
    print "Scraping %s Facebook Page: %s\n" % (page_id,
scrape_starttime)
    statuses = getFacebookPageFeedData(page_id, access_token, 50)
    while has_next_page:
        start_time = time.time()
        for status in statuses['data']:
            messages_full.append(status)
            num_processed += 1
        if num_processed % 100 == 0:
            print "%s Statuses Processed: %s" % (num_processed,
datetime.datetime.now())
            if 'paging' in statuses.keys():
                statuses =
json.loads(request_until_succeed(statuses['paging']['next']))
                if time.time() - start_time > 30:
                    has_next_page = False
                    print num_processed
            else:
                has_next_page = False

        return messages_full
        print "\nDone!\n%s Statuses Processed in %s" % (num_processed,
datetime.datetime.now() - scrape_starttime)

for p in pages:
    messages_full = []
    messages = []
    userid = []
    statusreal = []
    sources =[]
    message_id = []
    type_of_message = []
    number_of_likes = []
    number_of_shares = []
    time_created = []

    messages_full = scrapeFacebookPageFeedStatus(p, access_token)
    # STATUS #
    for m in messages_full:
        sources.append(0)
        type_of_message.append('STATUS')
        if 'created_time' not in m.keys():
            time_created.append('NA')
        else:

```

```

        time_published =
datetime.datetime.strptime(m['created_time'],'%Y-%m-
%dT%H:%M:%S+0000')
        time_published = time_published.strftime('%Y-%m-%d
%H:%M:%S')
        time_created.append(time_published)
        if 'id' not in m.keys():
            message_id.append('NA')
        else:
            message_id.append(m['id'])
        if 'id' not in m.keys():
            userid.append('NA')
        else:
            userid.append('ID'+m['from']['id'])
        if 'status_type' not in m.keys():
            statusreal.append('NA')
        else:
            statusreal.append(m['status_type'])
        if 'shares' not in m.keys():
            number_of_shares.append(0)
        else:
            number_of_shares.append(m['shares']['count'])
        if 'likes' not in m.keys():
            number_of_likes.append(0)
        else:
            number_of_likes.append(m['likes']['summary']['total_count'])
        if 'message' not in m.keys():
            messages.append('NA')
        else:
            messages.append(m['message'].encode('UTF-8'))

# KOMMENTARE UND SUBKOMMENTARE #
for m in messages_full:
    com_processed = 0
    comments =
json.loads(request_until_succeed(Comments_url('https://graph.faceboo
k.com/', m['id'], access_token)))
    for comment in comments['data']:
        com_processed += 1
        statusreal.append('Comment')
        number_of_shares.append(0)
        type_of_message.append('COMMENT')
        if 'created_time' not in comment.keys():
            time_created.append('NA')
        else:
            time_published =
datetime.datetime.strptime(comment['created_time'],'%Y-%m-
%dT%H:%M:%S+0000')
            time_published = time_published.strftime('%Y-%m-%d
%H:%M:%S')
            time_created.append(time_published)
            if 'id' not in comment.keys():
                userid.append('NA')
            else:
                userid.append('ID'+comment['from']['id'])
            if 'message' not in comment.keys():
                messages.append('NA')
            else:
                messages.append(comment['message'].encode('UTF-8'))

```

```

        #print type (comment['message'].encode('UTF-8'))
    if 'id' not in comment.keys():
        sources.append('NA')
    else:
        sources.append(m['id'])
    if 'likes' not in comment.keys():
        number_of_likes.append(0)
    else:

number_of_likes.append(comment['likes']['summary']['total_count'])
    if 'id' not in comment.keys():
        message_id.append('NA')
    else:
        message_id.append(comment['id'])
    if 'comments' in comment.keys():
        subcomments =
json.loads(request_until_succeed(Comments_url('https://graph.faceboo
k.com/', comment['id'], access_token)))
        for subcomment in subcomments['data']:
            statusreal.append('Subcomment')
            number_of_shares.append(0)
            type_of_message.append('SUBCOMMENT')
            if 'created_time' not in subcomment.keys():
                time_created.append('NA')
            else:
                time_published =
datetime.datetime.strptime(subcomment['created_time'],'%Y-%m-
%dT%H:%M:%S+0000')
                time_published =
time_published.strptime('%Y-%m-%d %H:%M:%S')
                time_created.append(time_published)
            if 'id' not in subcomment.keys():
                userid.append('NA')
            else:
                userid.append('ID'+subcomment['from']['id'])
            if 'message' not in subcomment.keys():
                messages.append('NA')
            else:

messages.append(subcomment['message'].encode('UTF-8'))
            if 'id' not in subcomment.keys():
                sources.append('NA')
            else:
                sources.append(comment['id'])
            if 'likes' not in subcomment.keys():
                number_of_likes.append(0)
            else:

number_of_likes.append(subcomment['likes']['summary']['total_count']
)

        messages = [i.decode('UTF-8') if isinstance(i, basestring) else
i for i in messages]

        with open('%s_fb_data.csv' % p, 'wb') as f:
            w = csv.writer(f, encoding='utf-8')
            w.writerow(['Text', 'UserID', 'Source', 'Id', 'Type',
'Status_Type', 'Shares', 'Likes', 'Time'])

```

```
w.writerows(izip(messages,userid,sources,message_id,type_of_message,
statusreal,number_of_shares, number_of_likes, time_created))

os.system('say "Fertig"')
```

II. Codebuch

0 Text:

Kompletter Mitteilungstext

1 UserID:

ID des postenden Profils

2 Source:

Abstammungsquelle (=ID der Mitteilung unter dem das Kommentar/Subkommentar steht; nur bei Kommentaren und Subkommentaren erfasst)

3 ID:

ID der Mitteilung

4 Type:

1 status

2 comment

3 subcomment

5 Status_Type:

1 shared_story

2 created_event

3 created_note

4 published_story

5 mobile_status_update

6 added_photos

7 added_videos

8 comment

9 subcomment

6 Shares:

Anzahl Shares

7 Likes:

Anzahl Likes

8 Time:

Zeit der Veröffentlichung

III. Tabellen

Tabelle 9: Kategorisierung einzelner Parteien nach politischem Lager

| Land | Partei | Zugeordnete Ausrichtung |
|-------------|--|--------------------------------|
| Deutschland | Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und Christlich-soziale Union in Bayern (CSU) | Mitte |
| Deutschland | Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) | Links |
| Deutschland | Die Linke (Die LINKE) | Links |
| Deutschland | Bündnis 90/Die Grünen (Die GRÜNEN) | Links |
| Österreich | Österreichische Volkspartei (ÖVP) | Mitte |
| Österreich | Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) | Links |
| Österreich | Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) | Rechts |
| Österreich | Die Grünen – Die grüne Alternative (GRÜNE) | Links |
| Österreich | Das Neue Österreich und Liberales Forum (NEOS) | Mitte |
| Österreich | Team Stronach (STRONACH) | Mitte |
| Schweiz | Schweizerische Volkspartei (SVP) | Rechts |
| Schweiz | Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) | Links |
| Schweiz | FDP.Die Liberalen (FDP) | Mitte |
| Schweiz | Christdemokratische Volkspartei (CVP) | Mitte |
| Schweiz | Grüne Partei der Schweiz | Links |

| | | |
|---------|---|-------|
| (GPS) | | |
| Schweiz | Grünliberale Partei Schweiz (glp) | Mitte |
| Schweiz | Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) | Mitte |
| Schweiz | Christlichsoziale Partei Obwalden (CSP-OW) | Mitte |
| Schweiz | Evangelische Volkspartei (EVP) | Mitte |

Tabelle 10: Aufschlüsselung Mitteilungen auf politische Lager

| | | Politisches Lager | | | |
|-----------------------------|---------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|---------------------------|
| | | Links | Mitte | Rechts | Total |
| Mitteilungs- Art | Status-Posts | 19.260 (29,59%) | 17.159 (34,82%) | 11.095 (15,41%) | 47.514 (25,5%) |
| | Kommentare | 35.053 (53,85%) | 26.719 (54,22%) | 37.663 (52,32%) | 99.435 (53,36%) |
| | Subkommentare | 10.781 (16,56%) | 5.398 (10,96%) | 23.226 (32,27%) | 39.405 (21,14%) |
| | Total | 65.094 (100%) | 49.276 (100%) | 71.984 (100%) | 186.354 (100%) |

In Klammern Anteil am Gesamtvolumen der Mitteilungen des jeweiligen politischen Lagers in Prozent, gerundet auf zwei Nachkommastellen

Tabelle 11: Aufschlüsselung Likes und Shares auf politische Lager

| | | Politisches Lager | | | |
|--------------|--|---------------------------|---------------------------|-----------------------------|-----------------------------|
| | | Links | Mitte | Rechts | Total |
| Likes | | 601.584 (90,53%) | 508.130 (93,61%) | 3.025.239 (89,11%) | 4.134.953 (89,84%) |
| Shares | | 62.955 (9,47%) | 34.682 (6,39%) | 369.850 (10,89%) | 467.487 (10,16%) |
| Total | | 664.539 (100%) | 542.812 (100%) | 3.395.089 (100%) | 4.602.440 (100%) |

In Klammern Anteil am Gesamtvolumen der politisch partizipativen Handlungen auf der untersten Modellebene des jeweiligen politischen Lagers in Prozent, gerundet auf zwei Nachkommastellen

Tabelle 12: Aufschlüsselung Interaktionsaufforderungen auf Mitteilungen

| Art der Mitteilung | | | |
|---------------------------|--------------|------------------|---------|
| | Status-Posts | (Sub-)Kommentare | Total |
| Mit | 3.627 | 496 | 4.123 |
| Interaktionsaufforderung | (7,63%) | (12,03%) | (7,9%) |
| Ohne | 43.887 | 4.166 | 48.053 |
| Interaktionsaufforderung | (92,37%) | (87,97%) | (92,1%) |
| Total | 47.514 | 4.662 | 52.176 |
| | (100%) | (100%) | (100%) |

In Klammern Anteil am Gesamtvolumen der Mitteilungsart in Prozent, gerundet auf zwei Nachkommastellen